



Hessischer Jugendring (Hrsg.)

JUGENDVERBÄNDE ALS ZIVIL- GESELLSCHAFTLICHE AKTEURE

in Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus

Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure

– in Auseinandersetzung mit
dem Rechtsextremismus

Materialienreihe Band 15

Verfasst von: Prof. Dr. Benno Hafener, Sebastian Klinke
(Dipl.-Pädagoge), Franziska Naundorf (Dipl.-Pädagogin);
Sandra Habeck, Thomas Krüger, Philipp Ramezani, Simon Wüthrich,
Annegret Warth, Anke Willich (studentische Projektgruppe)



Hrsg.: Hessischer Jugendring
Redaktion: Dr. Manfred Wittmeier
Layout: www.grafikbuero.com
Druck: Printec, Kaiserslautern
Wiesbaden 2008

Bezug gegen Schutzgebühr bei:
Hessischer Jugendring e.V.
Schiersteiner Straße 31-33
65187 Wiesbaden
info@hessischer-jugendring.de
www.hessischer-jugendring.de
Tel.: 0611/99083-0
Fax: 0611/99083-60

Idee des Projektes
„Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure“ **7**

Drei Kommunen in Hessen. 7
 Jugendverbände als Lebens-, Lern- und Bildungsorte 8
 Untersuchung und Qualifizierung. 11

Ortsportraits **14**

Gladenbach: „Rechtsextremismus von Außen“ 14
 Hoch-Weisel: „zugezogene Aktivisten“ 16
 Kirtorf: „gewachsener Rechtsextremismus“ 17

Befragung von Jugendgruppenleitern **19**

Was bedeutet Rechtsextremismus? 20
 Berührungspunkte mit Rechtsextremismus 22
 Vereinspolitische Umgangsstrategien 28
 Thematisierung im Verein 37
 Umgang der Jugendgruppenleiter. 42
 Hypothetische Strategien der Auseinandersetzung 46
 Selbstverständnis der Jugendgruppenleiter 49
 Staatsbürger und Rechtsextremismus 57
 „Werkstatt der Demokratie“ 59
 Fazit. 61

Jugendgruppen in Kirtorf **64**

Jugendfeuerwehr 65
 Tennisjugend 66
 Gardetanzgruppe 67

Qualifizierung von Jugendgruppenleitern **69**

Konzeptionelle Überlegungen 70
 Teilnehmer 71
 Themen der Treffen. 72
 Rolle des Projektteams 76
 Fazit. 78

Öffentliche Berichterstattung.	79
Lokale Presse	79
Öffentliche Kommunikation	81
Typologie der Medienberichterstattung.	82
Bürgerbündnisse und -initiativen	83
<hr/>	
Arbeitskreis demokratisches Hoch-Weisel (ADHW)	84
Bürgerbündnis (BB) Gladenbach	87
Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus Kirtorf (AB)	90
Rechtsextremismus und Jugendverbände auf Landesebene	94
<hr/>	
Thematisierung innerhalb des Jugendverbandes	95
Auseinandersetzung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit	97
Wahrnehmung von rechtsextremen Vorfällen und Tendenzen im Jugendverband	99
Strategien im Umgang	101
Verhältnis zu den lokalen Jugendgruppen/Vereinen.	103
Fazit.	106
Rechtsextremismus in Hessen – Berichte aus der Zivilgesellschaft	108
<hr/>	
Einschätzungen	109
Aktivitäten gegen Rechts	111
Handlungsanregungen	112
Zwölf Reflexions- und Handlungsempfehlungen	114
<hr/>	
Literaturempfehlungen	120
<hr/>	

VORWORT

Ausgehend von rechtsextremen Umtrieben in drei mittelhessischen Gemeinden hat der Hessische Jugendring einen neuen Projektschwerpunkt zum Rechtsextremismus entwickelt. In den Jugendverbänden war zuvor eine Handlungsnotwendigkeit artikuliert worden, wie rechtsextreme Versuche gegenüber Kindern und Jugendlichen besser abgewehrt werden können.

Gemeinsam mit der Universität Marburg und mit finanzieller Unterstützung der „Aktion Mensch“ haben wir das Untersuchungs- und Qualifizierungsprojekt „Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure – in Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus“ initiiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Jugendliche dazu befähigt werden können, sich gegenüber dem Rechtsextremismus im Alltag aktiv und engagiert abzugrenzen.

Das Projekt (2006 – 2008) zum Umgang mit dem Rechtsextremismus verfolgte das Ziel der Sensibilisierung der Jugendgruppen in Butzbach-Hochweisel, Kirtorf und Gladenbach mit regelmäßigen MultiplikatorInnentreffen an Runden Tischen. Gestartet wurde eine Informationsreihe zum Umgang mit Gewalt, zur Entschlüsselung rechtsextremer Codes und zur Brutalisierung in rechtsextremen Musikproduktionen. Im Mittelpunkt stand die Stärkung der Prävention durch Fachtage mit neuen Studien zum Antisemitismus und zur Good Practice in Verbänden. Bereits zum Projektstart wurden erste Schritte für eine ergänzende Ausbildungseinheit zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus für JugendleiterInnen entwickelt.

Rechtsextreme agieren in modernisierter Art und Weise mit Musikproduktionen und Schulhof-CD's, sie sind mit Schmähschriften sichtbar und hörbar oder treten mit unsäglichen Beiträgen in Parlamenten auf. Jugendliche werden über den Versandhandel, in Läden und mit offen gehandelten Publikationen weiterhin provoziert. Hierin sieht der Hessische Jugendring eine wachsende Gefahr für Kinder und Jugendliche und für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft. Rechtsextreme Aktivisten offerieren zudem kulturelle Angebote und betätigen sich mit Jugendhilfeangeboten zur vermeintlichen Lösung von Schulproblemen und mit Vorschlägen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Die vorliegende Dokumentation beschreibt, wie Rechtsextremisten derzeit in den Alltag einzudringen versuchen und wie JugendleiterInnen sich gegen rechts-extremistische Einflüsse qualifizieren können. In Fortbildungen und Trainingsangeboten wurden Konzepte zur Demokratiebildung vermittelt und erprobt, um die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen abzuwehren sowie den demokratischen Alltag zu verteidigen. In den Qualifizierungen ging es auch darum, wie rechtsextremen Parolen auf Schulhöfen, bei Konzerten und bei Fußballspielen gestoppt werden können.

Die Untersuchungen zeigen den Umgang von Jugendgruppen mit rechtsextremen Aktivitäten im Vogelsbergkreis, im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Wetteraukreis. Der Projektbericht beschreibt die Begleitung der ehrenamtlichen JugendgruppenleiterInnen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Die Ergebnisse sind exemplarisch zu verstehen. Das Projekt stellt keine Jugendverbandsstudie auf Landesebene dar.

Die Akteure in der Jugendverbandsarbeit, in der politischen Bildung und in der Präventionsarbeit wissen, dass Gewalt, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden sind. Die Notwendigkeit zur Demokratiebildung existiert somit dauerhaft. Die Jugendverbände in Hessen haben ihre Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Laufe des Projektes erheblich ausgeweitet. So führte die Sportjugend Hessen in Butzbach-Hochweisel am ehemaligen Sitz des NPD-Vorsitzenden Hessen beispielhaft einen „Mitternachtssport“ als Event gegen Rassismus durch und koordiniert seit einigen Jahren ein „Interventionsteam Fußball“. Der Bund Deutscher PfadfinderInnen fördert die Vernetzung von Aktionsgruppen gegen Rechtsextremismus durch ein Hyperlinks-CD-Projekt. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend setzt eine Arbeitshilfe mit dem Titel „Courage für Vielfalt und Toleranz“ ein und brachte mit der Katholischen Jungen Gemeinde eine Schulhof-CD für Demokratie und Toleranz heraus. Die Evangelische Jugend Hessen qualifiziert in Schulungen ihre MitarbeiterInnen gegen den Rechtsextremismus. Die DGB-Jugend und der BDKJ sind mit dem Aufbau des Netzwerks Demokratie und Toleranz und der Umsetzung von Projekttagen an Schulen und in Verbänden befasst. Die Hessische Landjugend legt ihren Focus auf den Rechts-

extremismus im ländlichen Raum. Schließlich haben sich die Jugendverbände der humanitär engagierten Jugendverbände als Unterzeichner einer Plattform gegen Rechtsextremismus auf Bundes- und Landesebene klar positioniert. Die Jugendfeuerwehr Hessen ist in seit vielen Jahren in den Ortsgruppen für Vielfalt und Toleranz aktiv. Inzwischen arbeiteten engagierte Jugendverbände im „beratungsNetzwerk hessen“ zusammen und sind mit Teams zur „Mobilen Intervention gegen Rechtsextremismus“ aktiv.

Die Jugendverbände und der Hessische Jugendring setzen in der Auseinandersetzung auf den Dreischritt: professionelle Intervention bei akuten Krisen, langfristige Qualifizierung im Umgang mit Rechtsextremismus sowie Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung zur Stärkung von Jugendlichen in ihrem Demokratieverständnis und ihrer Zivilcourage. Die Dokumentation plädiert für eine stärkere Befassung mit den Jugendgruppen vor Ort im kommunalen Raum.

Wir erweitern mit diesem Projekt die Informations- und Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus. In der Qualifizierungsarbeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus arbeitet der Hessische Jugendring u.a. mit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz und dem Fritz Bauer Institut Frankfurt/Main zusammen und berät Gedenkstättenfahrten nach Polen, Buchenwald, Osthofen sowie in hessische Gedenkorte. Der Landesjugendring ist Mitglied im Lenkungsausschuss des Beratungsnetzwerks Hessen und bringt hier die Erkenntnisse des Projektes zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte ein. Der Hessische Jugendring ist zudem als zivilgesellschaftlicher Akteur im „Forum gegen Rassismus“ beim Bundesinnenminister engagiert.

Der Hessische Jugendring dankt für die großzügige Förderung durch die „Aktion Mensch“.

Wir wünschen allen Interessierten eine interessante Lektüre.

Bianka Mohr, stellv. Vorsitzende HJR



IDEE DES PROJEKTES „JUGENDVERBÄNDE ALS ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE“

Seit mehreren Jahren ist der jugendliche (und erwachsene) Rechtsextremismus mit all seinen Schattierungen und Phänomenen ein politisch-gesellschaftliches und auch pädagogisches Thema in der Bundesrepublik Deutschland. Lokale und regionale Wahlergebnisse, rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten, Verjüngungsprozesse im Lager und neue Gesellungsformen (Kameradschaften, Cliquen) sowie rechtsextreme Orientierungen in der (jungen) Bevölkerung bestimmen die öffentliche Diskussion.

Drei Kommunen in Hessen

In Hessen zeigt sich seit einigen Jahren – exemplarisch auch für andere Bundesländer – wie sich der lokale Rechtsextremismus mit Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene ausgeprägt hat. Im ländlich-kleinstädtischen Raum sind es vor allem die Phänomene und Gesellungsformen einer neuen Jugendkultur – Cliquen, Kameradschaften, Musikszene – aber auch Aktivitäten der parteipolitischen Kader und neonazistischen Kleingruppen. In diesem Kontext sind die drei mittelhessischen

Kommunen Gladenbach, Kirtorf und Hoch-Weisel mit „ihrem“ lokalen Rechtsextremismus zeitweise in die Schlagzeilen geraten. In die Kleinstadt Gladenbach (ca. 12.500 Einwohner) kam der lokale Rechtsextremismus „von außen“. Vor allem von einem Akteur des damaligen „Aktionsbündnisses Mittelhessen“ (ABM) gingen im Zeitraum 2003 bis 2005 sechs Demonstrationen der Szene aus, an denen bis zu 450 Personen aus der gesamten Bundesrepublik teilgenommen haben¹. In Kirtorf (ca. 3.500 Einwohner) gibt es einen „inneren“ Rechtsextremismus und es ist seit vielen Jahren eine aktive rechtsextreme Gruppe („Berserker“) mit einem Aktivisten, der zeitweise der Szene sein Anwesen (Bauernhof) für Konzerte und Feiern zur Verfügung gestellt hatte (an denen bis zu 200 Teilnehmer aus der ganzen Republik teilgenommen haben). In der Gemeinde Hoch-Weisel (einem Ortsteil von Butzbach mit ca. 1.200 Einwohnern) gibt es eine rechtsextreme Wohngemeinschaft mit einem eigenen Anwesen; ein Gründungsmitglied der Wohngemeinschaft war – bis Frühjahr 2008 – der ehemalige Landesvorsitzende der NPD.

Die Präsenz des jeweiligen Rechtsextremismus und die öffentliche Berichterstattung (Fernsehen, Funk, Presse) haben in den Kommunen zu unterschiedlichen Reaktionen geführt; sowohl die politischen Gemeinden als auch die zivilgesellschaftlichen Gruppen und Akteure waren herausgefordert.

Jugendverbände als Lebens-, Lern- und Bildungsorte

Zentrales Interesse des „Untersuchungs- und Qualifizierungsprojektes“ war es, den Blick auf die verbandliche Jugend(gruppen)arbeit zu richten. Neben der politischen Gemeinde bzw. den unterschiedlichen politischen Ebenen kommt es auch auf die Aktivitäten und Stärke sowie die Legitimation zivilgesellschaftlicher Kräfte (Gruppen, Organisationen, Akteure) an, wenn antidemokratische Tendenzen bzw. lokale rechtsextreme Aktivitäten/Gruppen mit „langem Atem“ und erfolgreich bekämpft werden sollen. Hier gehören Jugendverbände mit ihren lokalen Gruppen und ihrem ehrenamtlichen „Personal“ zu den zentralen kommunalen zivilgesell-

¹ Das ABM wurde in der Zwischenzeit aufgelöst und dann später wieder im Internet präsentiert.

schaftlichen Akteuren – besonders hinsichtlich der jungen Generation, deren Vergemeinschaftung und Einbindung in das Gemeinwesen.²

Jugendverbände sind Teil der (kommunalen) Zivilgesellschaft. Sie haben einerseits eine politisch-gesellschaftliche Funktion und Aufgabe und andererseits vielfältige biografische Bedeutungen für ihre Mitglieder und Teilnehmer in den Gruppen. Sie tragen als heterogene „Landschaft“ wesentlich zur Sozialisation und Vergesellschaftung der jungen Generation bei, sind Träger und Lernfeld von Demokratie in der Generationenfolge und haben unterschiedliche zivilgesellschaftliche Funktionen (Aufgaben) im demokratischen Gemeinwesen; Jugendverbandsgruppen haben im kommunalen Leben einen herausgehobenen Stellenwert. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind in ihrer Freizeit seit jeher in einer Vielzahl von Jugendgruppen (Sport, Kultur, Politik, Natur, Religion, Soziales etc.) organisiert und engagiert. In den verbandlichen Jugendgruppen organisieren sich – neben anderen selbst organisierten Gruppen und Gesellungsformen – in der Regel die politisch, sozial, humanitär, ökologisch, kulturell, technisch, sportlich und religiös interessierten und aktiven Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die ehrenamtlichen Jugendgruppenleiter wiederum sind Schlüsselpersonen und Meinungsbildner in die Jugendgruppen hinein; sie stimulieren Angebote und Lernprozesse, bestimmen – im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten – den Handlungsrahmen, den Horizont der Aktivitäten und Themen. In der Sozialisation und Integration der jungen Generation in das Gemeinwesen kann die Jugendverbandsarbeit als eine der organisierten Schnittstellen zwischen Politik und Zivilgesellschaft beschrieben werden.

Als Ort der Sozialisation kommt Jugendverbänden – neben Familie, Schule, Ausbildung/Arbeit, Medien und Selbstsozialisation – eine eigene Bedeutung zu; dabei sind folgende Voraussetzungen wesentlich:

- die Teilnahme ist freiwillig,
- die Angebote und Aktivitäten finden in der Freizeit statt,
- die verbandliche Organisationsform ist selbstbestimmt/-organisiert und

² Im Folgenden ist von Jugendgruppenleitern, Mitarbeitern, Teilnehmern, Bildungsreferent, von Mitgliedern, Bürgern, Kindern und Jugendlichen die Rede. Gemeint sind immer – soweit nicht anders erwähnt – beide Geschlechter; diese Schreibweise ist der Lesefreundlichkeit geschuldet.

■ es ist eine Gesellungsform von Gleichaltrigen.

In solchen demokratischen Strukturen erproben, lernen und leben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unterschiedliche Inhalte und Formen von Engagement; sie erwerben soziale, kommunikative und politische Kompetenzen. Hier finden junge Menschen eine Beteiligungskultur (z. B. Übernahme von Verantwortung, Aufgaben und Funktionen) und Gelegenheitsstrukturen, die es ihnen ermöglicht ihre Freizeit „sinnvoll“ (für sich und für andere) zu gestalten.

Jugendverbände sind halb-formelle und informelle Lern- und Bildungsorte, die helfen – vor dem Hintergrund einer langen, ungewissen und offenen Jugendphase – das Leben und die vielfältigen biografischen Übergänge zu bewältigen. Mit ihrer spezifischen Partizipations- und Bildungsqualität bietet die heterogene Jugendverbandsarbeit der jungen Generation zahlreiche Möglichkeiten für nachhaltiges und biografieorientiertes Lernen, für Gruppenlernen, interkulturelles und intergeneratives Lernen. Hier können personale, kommunikative, methodische, soziale und verbandspezifische Kompetenzen erworben werden, die für die biografische und berufliche Entwicklung, für die Entwicklung von Selbstbewusstsein und Reflexionsvermögen von Bedeutung sind. Lerngelegenheiten in einer Gleichaltrigenkultur gibt es bei den regelmäßigen Gruppentreffen, den Aktivitäten, Seminaren und Lehrgängen, den Gruppenleiterschulungen, den Exkursionen und Begegnungen.

Jugendverbände sind ein Lebensort mit einer wichtigen Entspannungs- und Kompensationsfunktion als Ausgleich zum Ausbildungs- und Berufsalltag. Hier erfahren Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene außerdem Zusammengehörigkeit, Zugehörigkeit und Geborgenheit, Stärkung von Persönlichkeit und Ausbildung von Selbstbewusstsein; sie lernen interessante und interessierte Erwachsene kennen, die sie stützen und begleiten; sie finden Milieus, die ihren Lebensstil und ihre Lebensentwürfe, ihr Denken und Handeln mit beeinflussen. Bei längerer Mitgliedschaft entstehen nachhaltige Freundschafts- und Beziehungsnetzwerke, die für „das gesamte Leben“ von Bedeutung sein können.

Die Wirkungen der Jugendverbände auf ihre Mitglieder sind facettenreich, sie unterstützen mit ihren Lerngelegenheiten – so der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung – die Heranwachsenden „bei der Entwicklung zu handlungs-



fähigen, kompetenten und verantwortlichen Personen“. Sie bieten als Lebens- und Lernort ein günstiges Feld und zahlreiche Gelegenheiten für Engagement und Partizipation, Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung, als Feld für Experimente und Emanzipation.

Untersuchung und Qualifizierung

Das Projekt „Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure“ war als Untersuchungs- und Qualifizierungsprojekt konzipiert und wurde im Zeitraum September 2006 bis April 2008 (insgesamt 20 Monate) realisiert. Dabei wurden in den drei Kommunen insgesamt 27 Jugendgruppenleiter (Übungsleiter, Jugendwarte) interviewt; weiter gab es im Rahmen von regelmäßigen Arbeitstreffen für interessierte Jugendgruppenleiter unterschiedlich akzentuierte Beratungs- und Qualifizierungsangebote. Jugendleiter sind meist stark im Verband engagierte Jugendliche und (junge) Erwachsene, die vor der Übernahme der Funktion eine mehrjährige Vereins-/Verbandsmitgliedschaft nachweisen können.

Die 27 Interviewten gehörten unterschiedlichen Verbänden/Vereinen an: 15 kamen aus der sportbezogenen Jugendarbeit, fünf aus der konfessionellen (evangelischen) Jugendarbeit, drei gehörten der Jugendfeuerwehr an, jeweils ein(e) Ju-

gendleiter/in kam aus dem Jugendrotkreuz, einem Karnevalsverein, einer Trachten- und Volkstanzgruppe und einer Burschenschaft. Von den Interviewten waren zehn weiblich und 17 männlich; die größte Gruppe (15) war zwischen 31 und 45 Jahre alt, gefolgt von acht Interviewten zwischen 16 und 30 Jahre.

Daten der interviewten Jugendgruppenleiter:

Befragte:	Alter: zwischen	Befragte:	Alter:
8	16-30 Jahren	10	weiblich
13	31-45 Jahren	17	männlich
5	45-62 Jahren		
1	ohne Altersangabe		

Jugend(verbands)gruppen:

Mitgliedschaft	Berufe der Befragten waren u.a.
15 sportbezogene Jugendarbeit	Schüler/Studenten (5) Handwerk (2) Hausfrauen (2) Angestellte (10) Beamte (2) Selbständige (2) Pfarrer(in) (1)
5 konfessionelle Jugendarbeit (Evangelische Jugend)	
3 Jugendfeuerwehr	
1 Jugendrotkreuz	
1 Karnevalsverein	
1 Trachten- und Volkstanzgruppe	
1 Burschenschaft (kommunal)	

In den themenzentrierten Interviews wurden anhand von sechs Leitfragen nach den Motiven und der Rolle der ehrenamtlichen Arbeit, dem pädagogischen Selbstverständnis, der Wahrnehmung des lokalen Rechtsextremismus, der Thematisierung bzw. Nicht-Thematisierung in der Jugendarbeit (ob und wie das Thema in der Jugendarbeit präsent ist), der Rolle der Jugendverbandsarbeit und der Ehrenamtlichen in der Kommune gefragt (s. Kapitel „Umgangstrategien von Jugendgruppenleitern“). Die Interviews wurden transkribiert und mit dem Computerprogramm „Maxqda“ ausgewertet; die kommunikativ und verständigungsorientiert angeleg-

ten Qualifizierungs- und Arbeitstreffen wurden schriftlich dokumentiert (Protokolle, teilnehmende Beobachtung) und ebenfalls ausgewertet. Die Ergebnisse von beiden Vorhaben werden im Folgenden vorgestellt und der Jugendverbandsöffentlichkeit in Hessen sowie der breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Untersuchungsprojekt war nicht als repräsentative Jugendverbandsstudie (für Hessen) angelegt und es wurde auch nicht nach rechtsextremen Orientierungen in den Jugendgruppen bzw. Jugendverbänden gefragt. Das Interesse richtete sich einerseits mit einem qualitativen Blick auf den jeweiligen lokalen Rechtsextremismus in den drei Kommunen und andererseits auf die zivilgesellschaftliche Rolle und Bedeutung der lokalen verbandlichen Jugendgruppen bzw. ehrenamtlichen Jugendgruppenleitern. Bei den drei Fallbeispielen ist vor allem von Interesse, wie Jugendgruppenleiter den lokalen Rechtsextremismus und ihre eigene Rolle in der Auseinandersetzung sehen, welche Wege der Thematisierung sie gegangen oder nicht gegangen sind. Die Auswahl der Kommunen war am Thema – dem jeweiligen lokalen Rechtsextremismus – und nicht an Verbandskriterien orientiert (z. B. der Repräsentativität von Jugendverbandsgruppen). Die Ergebnisse aus der Interviewstudie und den Qualifizierungs- und Beratungstreffen sind den verbandlichen und kommunalen Besonderheiten geschuldet und können nicht verallgemeinert werden; sie geben jedoch interessante Einblicke in „kommunale Verhältnisse“ und damit zugleich Hinweise für weitergehende Reflexionen und Handlungsempfehlungen, Qualifizierungs- und Vernetzungsüberlegungen.



ORTSPORTRAITS

Die Befragung und Qualifizierung wurde in drei mittelhessischen Kommunen durchgeführt. In jeder dieser Gemeinden stellt(e) der Rechtsextremismus ein Problem dar, jedoch mit jeweils unterschiedlichen Ausprägungen und Phänomenen. Der jeweilige kommunale Kontext – Wahlergebnisse, Vereinslandschaft, Gegenaktivitäten – bildet den Hintergrund, vor dem die Untersuchung vorgenommen wurde.

Gladenbach: „Rechtsextremismus von Außen“

Die Gemeinde Gladenbach liegt ca. 15 km westlich von Marburg in Mittelhessen und hat in der Region die Funktion eines Mittelzentrums. Insgesamt hat die Kleinstadt etwa 12 500 Einwohner, von denen etwa sechs Prozent nichtdeutscher Herkunft sind (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt). In der Jugendverbandsarbeit spiegelt Gladenbach eine typische Kommune im ländlichen Raum wider; es gibt u. a. mehrere Sportvereine, die Jugendfeuerwehr, kirchliche Angebote sowie mehrere Kulturvereine.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 kamen rechtsextreme Parteien auf 2,4 % der Stimmen (2002: 1,3%) und im Januar 2008 erreichten sie bei der Landtagswahl 1,6 % der abgegebenen Stimmen.

In Gladenbach gibt es keine gefestigte und organisierte rechtsextreme (Jugend-) Szene. Die Kleinstadt ist seit Ende 2003 wiederholt mit Aktivitäten der extremen Rechten konfrontiert worden, einem Rechtsextremismus, der von außen in den Ort hineingetragen wurde.

Im Winter 2003 meldete das so genannte „Aktionsbündnis Mittelhessen“ (ABM) erstmals eine Demonstration in Gladenbach an. Hinter diesem Zusammenschluss haben sich Personen aus dem Umfeld der Kameradschaften und aus Kreisen der „Autonomen Nationalisten“ der Region Mittelhessen verborgen. Als Hauptakteur fungierte ein bekannter, ehemals in Gladenbach wohnhafter Aktivist der rechtsextremen Szene in Mittelhessen. Der erste Aufmarsch mit 40 Demonstranten war Anlass zur Gründung vom Bürgerbündnis Gladenbach mit dem Motto: „Gladenbach ist bunt – nicht braun“. Im Februar 2004 wurde erneut eine Demonstration in Gladenbach von Mitgliedern des ABM angekündigt. Sie mobilisierte wieder eine kleine Anzahl von Sympathisanten. Die von der Polizei geschützten Aufmärsche und die mediale Aufmerksamkeit sorgten für eine große öffentliche Wahrnehmung und Berichterstattung. Der dritte Aufmarsch im April 2004 – für den innerhalb der rechten Szene bundesweit mobilisiert wurde – stellte mit ca. 450 Teilnehmern den Höhepunkt der rechtsextremen Aktivitäten in Gladenbach dar. Das Bürgerbündnis erhielt eine breite Unterstützung der Gladenbacher Bevölkerung und leistete Widerstand gegen den rechtsextremen Aufmarsch.³ Nach diesem massiven Auftreten der rechten Szene in der Kleinstadt folgten noch zwei kleinere Aufmärsche im Juli 2004 und im Januar 2005 mit knapp 30 Teilnehmern.

Seit 2005 sind bis zum Ende der Projektzeit (April 2008) keine rechtsextremen Aktivitäten mehr bekannt geworden, und es kam außer einem Wahlkampfstand der NPD im Herbst 2007 auf dem Gladenbacher Marktplatz – der keine Beachtung durch die Öffentlichkeit gefunden hat – in der Stadt zu keinem weiteren offenen Auftreten der extremen Rechten.

³ Siehe das Kapitel „Bürgerbündnisse und -initiativen“

Hoch-Weisel: „zugezogene Aktivisten“

Hoch-Weisel ist ein Ortsteil von Butzbach in der Wetterau und hat – nach Aus-kunft der Gemeinde – etwa 1.200 Einwohner. Durch den Zuzug von Pendlern aus dem Rhein-Main- Gebiet ist Hoch-Weisel innerhalb der letzten Jahre stetig gewach-sen. Bei der letzten Kommunalwahl 2006 erreichte die NPD in Butzbach einen Stim-menanteil von 2,5%. Bei der Landtagswahl 2008 erhielt die NPD in Butzbach 195 (1,8 %) Stimmen, davon in Hoch-Weisel 31 (5,2%) und aus dem Nachbarort Fauerbach v. d. H. 19 Stimmen (5,4%). Der Direktkandidat der NPD erreichte 202 Stimmen in Butzbach (1,9%), von denen 31 aus Hoch-Weisel kamen. Mit den Stimmen der REP wählten bei der Landtagswahl 2008 in Butzbach insgesamt 195 Personen (1,8 %) mit ihrer Zweitstimme eine rechtsextreme Partei.

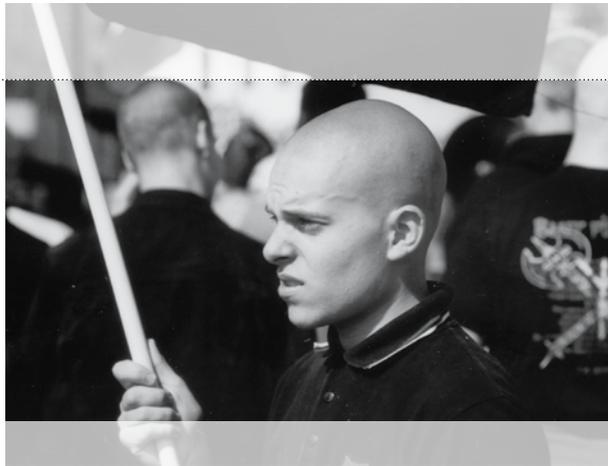
In Hoch-Weisel hat der Rechtsextremismus im Jahr 2005 an Bedeutung gewon-nen, weil Mitglieder der rechtsextremen Gruppe „Freie Nationalisten Rhein- Main“ im Ort ein Anwesen erworben haben. Dieses bietet Wohnraum für mehrere Perso-nen und die Möglichkeit zur Veranstaltung von Konzerten, Partys und Schulungs-veranstaltungen. Mitte des Jahres 2008 wurde das Haus zum Verkauf angeboten. Ein Bewohner der „nationalen Wohngemeinschaft“ war Vorsitzender der NPD in Hessen und hat bei der Landtagswahl 2008 auf Platz drei der Landesliste kandi-dierte. Unmittelbar nach dem Einzug der Wohngemeinschaft begannen in Hoch-Weisel und in der Region Aktivitäten gegen diese Wohngemeinschaft. So gründete sich der „Arbeitskreis Demokratisches Hoch-Weisel“, es gab eine Bürgerversamm-lung, bei der Wege der Sensibilisierung der Bevölkerung und angemessene Wege des Umgangs mit dem lokalen Rechtsextremismus diskutiert wurden (siehe das Kapitel „Bürgerbündnisse und -initiativen“).

Im April 2007 wurde der Arbeitskreis demokratisches Hoch-Weisel durch die Gründung des „Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz“ abgelöst und erweitert. In dem Bündnis wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die zu Themen wie Schule, Jugend, Musik, Sport oder Öffentlichkeit arbeiten; ein Sprecherrat wirkt vernetzend und die Sprecher haben administrative Aufgaben und planen regelmä-ßige Gesamttreffen.

Kirtorf: „gewachsener Rechtsextremismus“

Die Gemeinde Kirtorf liegt im ländlichen Vogelsbergkreis und hat ca. 3.500 Einwohner. In Kirtorf sind Vereine zahlreich vertreten; neben der freiwilligen Feuerwehr und den Kirchen sind es vor allem Sportvereine, die Jugendverbandsarbeit leisten.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 kamen rechtsextreme Parteien in Kirtorf auf 2,7% der Stimmen (2002: 1,7%) und bei der Landtagswahl im Januar 2008 erreichten sie 1,7% der abgegebenen Stimmen (vgl. Hessisches Statistisches Landesamt).



In Kirtorf existiert eine „gewachsene“ rechtsextreme Szene. Seit Beginn der 1990er Jahre gibt es Informationen und später auch ein Anwesen in der Gemeinde, das die lokale (und regionale, bundesweite) rechtsextreme Szene für Treffen und Feierlichkeiten nutzte; hierfür wurde ein umgebauter Schweinestall auf dem Anwesen eines bekannten Akteurs bereitgestellt. Die Veranstaltungen wurden teilweise von einem erheblichen Polizeiaufgebot begleitet und zum Teil reisten mehrere Hundert Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet an. Die Mitglieder in der vom Verfassungsschutz beobachteten lokalen Kameradschaft „Berserker Kirtorf“ waren zu dieser Zeit von Teilen der Kommune (so Ergebnisse einer Bürger-

befragung) akzeptierte Bürger, die vereinzelt auch in Vereinen aktiv waren. Lange Zeit regte sich kein bzw. kaum Widerstand gegen die rechtsextreme Gruppierung in der Gemeinde.

Nach der Ausstrahlung eines Magazinberichtes der ARD über rechtsextreme Aktivitäten im Ort und dem damit verbundenen großen Medieninteresse – der Ort wurde als „braune Hochburg“ bezeichnet – meldeten sich besorgte Bürger zu Wort und gründeten das „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus“. Durch Veranstaltungen und Aktionen, wie einem Ortsschild mit der Aufschrift „Kirtorf ist bunt – Rechtsextremismus Nein Danke“, wurde versucht dem negativen Image entgegen zu wirken. Mit Hilfe von Politik und Justiz konnte darüber hinaus eine weitere Nutzung des Konzertraums für Veranstaltungen der Szene unterbunden werden. Weiter haben sich die Vereine in Kirtorf vernetzt und in ihren Satzungen einen Passus aufgenommen, nach dem Rechtsextreme nicht Mitglied werden können.

Seit einiger Zeit finden in Kirtorf keine Konzerte und größere Veranstaltungen mehr statt, aber es gibt weiterhin Treffen und Proben der ortsansässigen Neonaziband „Gegenschlag“, die sich aus Mitgliedern der Kameradschaft „Berserker“ zusammensetzt; weiter wird beobachtet, dass sich die rechtsextremen Aktivitäten aus Kirtorf in Richtung Homberg/Ohm verlagert haben.



BEFRAGUNG VON JUGENDGRUPPENLEITERN

Im Rahmen des Projektes wurden Interviews mit insgesamt 27 Jugendgruppenleitern in den drei Gemeinden (Kirtorf, Gladenbach und Hoch-Weisel) geführt. Die Interviews hatten das Ziel, den Umgang der ehrenamtlichen Jugendgruppenleiter mit dem jeweiligen lokalen Rechtsextremismus zu rekonstruieren. Die thematisch angelegte Befragung war anhand eines Leitfadens nach sechs Fragen strukturiert.

Interview-Leitfragen

Wie sieht die Jugendarbeit in der Jugendgruppe aus?

Warum engagieren Sie sich in diesem Bereich der Jugendarbeit?

Welche Beziehung haben Sie zu den Jugendlichen?

Wie gehen Sie als Jugendleiter mit dem lokalen Rechtsextremismus um?

Welche Rolle spielt das Thema „Rechtsextremismus“ in der Jugendgruppe und im Verein?

Ist Ihrer Meinung nach der Verein/die Jugendgruppe eine „Werkstatt der Demokratie“?

Die Jugendgruppenleiter gehörten vier unterschiedlichen Jugendverbänden an. Sechs kamen aus der Sportjugend, jeweils drei aus der konfessionellen Jugendarbeit (Evangelische Jugend) bzw. der Jugendfeuerwehr und ein Jugendgruppenleiter aus dem Jugendrotkreuz. Drei weitere Jugendgruppenleiter engagierten sich in Vereinen, die nicht verbandlich organisiert sind: einem Karnevalsverein, einem Volkstanz- und Trachtenverein und einer Dorfburschenschaft. Die sozialstrukturellen Merkmale der Interviewpartner sind breit gestreut. 18 Jugendgruppenleiter befinden sich im Erwachsenenalter zwischen 31 und 62 Jahren. Eine kleinere Gruppe der Jugendgruppenleiter sind Jugendliche und junge Erwachsene bis 30 Jahre; zehn der Befragten sind weiblich und 17 sind männlich. Die Interviewpartner haben folgende berufliche Hintergründe: Schüler/Studierende (5), Handwerker (2), Hausfrauen (2), Angestellte (10), Selbständige (2), Lehrer (2), Pfarrerin (1), Person im Ruhestand (1), zwei Jugendgruppenleiter machten zu ihrem Beruf keine Angabe.

Was bedeutet Rechtsextremismus?

Die interviewten Jugendgruppenleiter waren – vor dem Hintergrund der jeweiligen lokalen Situation – mit Rechtsextremismus konfrontiert und durch die lokale Kommunikation und Öffentlichkeit herausgefordert sich mit der Ideologie und den Akteuren auseinander zu setzen, Informationen aufzunehmen und eine Meinung zu bilden. Mit dem Begriff Rechtsextremismus verbinden die Jugendgruppenleiter unterschiedliche Aspekte und sie bieten Erklärungen für die Entstehung rechtsextremer Orientierungen bei Jugendlichen an. 13 Jugendgruppenleiter nehmen bei der Beschreibung von Rechtsextremismus auf den historischen Nationalsozialismus Bezug.⁴ Rechtsextreme werden von Jugendgruppenleitern z.B. als Personen dargestellt, die „unreflektiert rechtes Gedankengut aus der Vergangenheit übernehmen“ (weiblich, 56, Sportjugend), „die Vergangenheit verdrehen“ (männlich, 39,

⁴ Wissenschaftlich wird Rechtsextremismus als ein mehrdimensionales Einstellungsmuster mit den Teilaspekten Autoritarismus, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Pro-Nazismus bezeichnet (vgl. Decker, O. und Brähler, E., Vom Rand zur Mitte, 2006). Heitmeyer beschreibt Rechtsextremismus als Ideologie der Ungleichwertigkeit in Kombination mit Gewaltakzeptanz bzw. gewaltförmigen Verhalten (vgl. Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt/M. 2002).

Jugendrotkreuz) und „das Hitler-Regime verherrlichen“ (weiblich, 43, Sportjugend). Ein Jugendgruppenleiter bezeichnet Rechtsextreme als „ewig Gestrige, die dem Nationalsozialismus positive Seiten abgewinnen und nicht richtig im Geschichtsunterricht aufgepasst haben“ (männlich, 35, Sportjugend). Eine Jugendgruppenleiterin vergleicht die Parolen in dem rechtsextremistischen Flugblatt, das im Ort verteilt wurde, mit der „Diktion des Dritten Reiches“ (weiblich, ohne Altersangabe, Evangelische Jugend).

Für 12 Jugendgruppenleiter bedeutet Rechtsextremismus vor allem Ausgrenzung von Andersdenkenden, Ausländern und Behinderten. Sie bezeichnen Rechtsextremismus als „Intoleranz“ (männlich, 19, Evangelische Jugend), „Ausländerfeindlichkeit“ (weiblich, 16, Evangelische Jugend) und als die Haltung „Leute nach ihrem Sein, ihrer Einstellung und Hautfarbe zu diskriminieren“ (männlich, 39, Jugendrotkreuz) oder „Leute in Menschen erster und zweiter Klasse zu teilen“ (männlich, 49, Trachten- und Volkstanzverein). Für einen Jugendgruppenleiter beginnt Rechtsextremismus „bei diesen Witzen im Endeffekt, was manche Leute witzig finden, wo Leute reingehauen werden“ (männlich, 36, Sportjugend).

Fünf Jugendgruppenleiter betonen bei ihrer Beschreibung den Gewaltaspekt. Rechtsextremismus ist nach ihnen „*immer im Bereich der Gewalt angesiedelt*“ (männlich, 42, Sportjugend), bedeutet, „*willkürlich auf Leute nichtdeutscher Herkunft einzuprügeln*“ (männlich, 17, Dorfburschenschaft), „*einfach nur darauf aus zu sein, sich zu schlagen oder sich mit der Polizei auseinander zu setzen*“ (männlich, 34, Sportjugend), „*Gewaltbereitschaft oder massives Auftreten*“ (männlich, 22, Evangelische Jugend) sowie „*im Groben gesagt, Jagd auf Ausländer*“ (weiblich, ohne Altersangabe, Sportjugend).

Weitere Aspekte sind rechtsextreme Jugendkultur und Erlebniswelt mit ihren „*Liedern*“, „*Zeichen*“, „*Fackelläufen*“ und „*Aufmärschen*“, die Rigidität der rechtsextremen Ideologie, bei der „*nur festgefahrene Standpunkte vertreten*“ werden (männlich, 39, Jugendrotkreuz) und „*alles abgelehnt wird, was es an demokratischen Errungenschaften hier in Deutschland mittlerweile gibt*“ (weiblich, 56, Sportjugend). Zwei Jugendgruppenleiter führen die fehlgeleitete Sozialisation rechtsextremer Jugendlicher auch darauf zurück, dass diese nicht in Vereine integriert waren: *Eine Analyse*,

die ich jetzt für mich getroffen habe: „welche Jugendlichen gehen denn überhaupt dahin?“ Und ich habe festgestellt, dass das Kids sind, die sich in den Vereinen nirgendwo integriert haben, die eine Außenseiterrolle haben, die zum Teil ein schweres Elternhaus haben, und die so Einzelgänger sind und dort, in der [rechtsextremen, Anm. d. Verf.] Gruppe, akzeptiert werden (männlich, 42, Sportjugend).

Berührungspunkte mit Rechtsextremismus

Die Interviews zeigen, dass Vereine auf verschiedene Art und Weise mit dem lokalen Rechtsextremismus konfrontiert sind. Sie können einerseits mit rechtsextremen Gruppierungen konfrontiert sein, die mit ihren Aktivitäten versuchen den Vereinsalltag zu beeinflussen und zu stören. Dieses Szenario wird als Bedrohung „von außen“ erlebt und erzeugt einen Abgrenzungs- und Distanzierungsbedarf. Rechts-extreme Äußerungen und Orientierungen innerhalb der Jugendgruppen konnten nicht festgestellt werden; vereinzelt gibt es jedoch fremdenfeindliche und/oder rechtsgerichtete Orientierungen bei Jugendlichen.

Konfrontation mit dem lokalen Rechtsextremismus

Es ist von der Verankerung, der Akzeptanz und dem (strategischen) Agieren der organisierten und/oder jugendkulturellen Szene abhängig, wie Vereine mit dem lokalen Rechtsextremismus in Berührung kommen, welche Bedrohungs- und Konfliktszenarien sich für die Vereine daraus entwickeln und welche „Gegenmaßnahmen“ ergriffen werden. Die Konfrontation der Vereine mit lokalem Rechtsextremismus verlief daher in jeder der Gemeinden nach einem anderen Muster.

Gladenbach: keine Konfrontation

Die Vereine in Gladenbach waren nicht mit einem lokalen, organisierten Rechtsextremismus konfrontiert. Hier beschränkten sich die rechtsextremistischen Aktivitäten auf sechs von einem Akteur der rechtsextremen Szene in Mittelhessen initiierten Aufmärsche, die teilweise große Resonanz in der regionalen und bundesweiten Szene fanden. Die Jugendgruppenleiter sahen ihre Jugendgruppen und Vereine



durch diese Form des „externen“ Rechtsextremismus nicht herausgefordert. Eine lokale rechtsextreme Szene gibt es in Gladenbach nicht, wie das folgende Zitat eines Jugendgruppenleiters exemplarisch zeigt:

Wenn ich auf der Arbeit mit Leuten aus Korbach über Gladenbach spreche, dann sagen die: „Ja das ist doch da, wo die Rechten.“ Und ich sage dann: „Es gibt aber in Wirklichkeit bei uns kein rechtes Potenzial.“ Das sehe ich nicht. Ich habe es noch nie gesehen, und ich muss auch ehrlich sagen, ich hab über Jahre hinweg, egal in welchen Orten ich war, auch in Jugendclubs, nie gehört oder gesehen, dass es irgendwelche Rechten gibt, die sich da regelmäßig treffen, die große Kampagnen machen oder irgendetwas voll schmieren (männlich, 39, Jugendrotkreuz).

Hoch-Weisel: Befürchtungen, Unsicherheit, Abgrenzung

Die Vereine in Hoch-Weisel mussten sich mit dem Bestreben eines lokalen rechtsextremen Akteurs auseinandersetzen, sein Kind in mehrere örtliche Vereine zu integrieren, was als strategisches Vorgehen wahrgenommen wurde und für die betroffenen Vereine mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden war. Jugendgruppenleiter befürchteten insbesondere, dass ihr Verein unterwandert werden könnte. Eine Jugendgruppenleiterin äußert die Vermutung, die Vereinslokalitäten (z.B. Grillplatz) könnten sich zum Versammlungsort für gesellige Treffen der Szene entwickeln. Ein Jugendgruppenleiter formuliert die Gefahr, die Mitgliedschaft des Kindes könne zur Präsenz von Rechtsextremen im Vereinsalltag führen, die ihre Hass-

Parolen verbreiten und damit jüngere Jugendliche beeinflussen könnten. Er berichtet von der Anwesenheit von Rechtsextremen im Zuschauerbereich bei einem Spiel des örtlichen Fußballvereins.

Das hatte den Hintergrund, dass wir hier letztes Jahr die Stadtmeisterschaft veranstaltet haben im Fußball. Und da waren auch die Kameraden hier, drei, vier von denen und klar, die haben mit den Leuten gesprochen, die haben ihre Masche: geben ein Bier aus. Jede Menge. Die Leute stehen dann bei denen. Ob sie irgendwelche Parolen hier schon verbreitet haben, konnte man an dem Abend nicht nachvollziehen, erst im Nachhinein, weil diverse Mütter da waren (...). Es gab Eltern, die gesagt haben: „Ja, mein Sohn kam heute morgen Heim, nach eurer Veranstaltung gestern und da hieß es ‚Ausländer sind scheiße!‘“ Solche Parolen kamen dann da rüber (männlich, 26, Sportjugend).

Zwei Jugendgruppenleiterinnen befürchteten, ihr Verein könnte Ziel von Racheaktionen werden. Ihr Verein wurde in einem Flugblatt der Rechtsextremen denunziert, weil das Kind aus ihm ausgeschlossen wurde. Sie hatten Angst vor körperlichen An- und Übergriffen und sie befürchteten, die Pferde des Vereins könnten vergiftet oder das Vereinsheim könnte zum Ziel eines Brandanschlags werden.

Ich würde mich raushalten, weil für mich die Angst besteht, dass hier nachts vielleicht mal irgendwas fackelt. (...) Oder, dass uns die Pferde vergiftet werden. Ich würde die Bälle flach halten, weil ich habe keine Lust, hier mal ein totes Pferd zu finden oder dass hier alles abgebrannt ist. (...) Ja, das ist halt immer so ein Risiko, ob du jetzt den Mund dagegen aufmachst, oder nicht (weiblich, ohne Altersangabe, Sportjugend).

Kirtorf: Kontakte, Freundschaften, Mitgliedschaften

In Kirtorf gab es vereinzelt Berührungspunkte zwischen der lokalen rechtsextremen Szene und den Vereinen. Zwei der befragten Jugendgruppenleiter weisen auf die „passive“ Mitgliedschaft von Personen aus der Kameradschaft „Berserker Kirtorf“ im Erwachsenenverband hin: In einem Sportverein waren „zwei, drei Figuren angemeldet, aber nicht tätig“ (männlich, 35, Sportjugend) und in der Freiwilligen Feuerwehr war ein rechtsextremer Akteur „passives, also kein aktives Mitglied“ (männlich 43, Jugendfeuerwehr). Von zwei weiteren Jugendgruppenleitern werden

Kontakte und Freundschaften zwischen Jugendlichen geschildert: Der Gruppenleiter der evangelischen Jugendgruppe in Kirtorf berichtet, dass vereinzelt Jugendliche aus seiner Gruppe den lokalen rechtsextremen Szenetreff besucht hätten. Zwischen einigen Jugendlichen der Dorfburschenschaft und der rechtsextremen Szene gab es cliquenförmige Verbindungen. Zu den abendlichen Treffen der Dorfburschenschaft hatten sich regelmäßig auch Mitglieder der lokalen Kameradschaft eingefunden; der rechtsextreme Hintergrund dieser Personen wurde innerhalb der Dorfburschenschaft nicht als Problem gesehen:

Man kennt die Leute ja schon lange. Ich denk mal, nur wegen einer politischen Meinung sollte man nie eine Freundschaft kündigen. Man kann die Leute darauf hinweisen, dass es nicht in Ordnung ist: „Der und der Spruch in meiner Gegenwart, das muss nicht sein.“ Aber tolerieren tut man die Leute schon. Man toleriert ja auch Punks, und das ist ja eigentlich genau dasselbe. Ich habe auch [rechte Kumpels, Anm. d. Verf.]. Mir macht das nichts aus. Politische Meinungen kann man sehen wie man will. Manchmal wird das alles auch ein bisschen zu hochgejubelt (männlich, 17, Dorfburschenschaft).

Die beschriebenen Mitgliedschaften und freundschaftlichen Kontakte waren in Kirtorf lange kein Thema und wurden nicht problematisiert, bis durch einen Fernsehbericht im Jahr 2004 die Aktivitäten der lokalen rechtsextremen Szene öffentlich und die örtliche Bevölkerung „wachgerüttelt“ wurde.⁵ Danach reagierten die Kirtorfer Vereine mit Abgrenzung gegen einzelne Mitglieder (ein Vereinsausschluss und ein Hausverbot wurden erteilt) und alle Vereine unterstützen eine kommunale Resolution gegen Rechtsextremismus.

⁵ Hinweise über eine rechtsextreme Szene in Kirtorf gibt es seit Anfang der 90er Jahre. Seit dieser Zeit versuchten engagierte Kirtorfer Bürger die lokale Öffentlichkeit z.B. durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen auf die Probleme aufmerksam zu machen; es gelang ihnen aber bis 2004 nicht, die örtliche Bevölkerung zu sensibilisieren und für Gegenaktivitäten zu gewinnen.

Wahrnehmung von Rechtsextremismus in Verein und Jugendgruppe

In den Interviews wurden die Jugendgruppenleiter neben den Berührungspunkten mit der lokalen rechtsextremen Szene auch nach ihrer Wahrnehmung von Rechtsextremismus innerhalb des Vereines und der Jugendgruppe gefragt. Die Mehrheit der Jugendgruppenleiter nimmt hier keine rechtsextreme Orientierungen wahr; vereinzelt gibt es jedoch Unsicherheiten und sie schildern fremdenfeindliche Sprüche, Provokationen und ausgrenzendes Verhalten von Jugendlichen.



Keine Wahrnehmung von Rechtsextremismus

Die größere Gruppe der Jugendgruppenleiter gibt in den Interviews an, dass es unter den jugendlichen Mitgliedern keine rechtsextremen Orientierungen oder Äußerungen gibt. Zu dieser Gruppe gehören 15 der 27 Interviewten und weitere sechs Jugendgruppenleiter können dazu keine Angaben machen. Die Frage nach rechtsextremen Äußerungen von jugendlichen Gruppenmitgliedern wird von den meisten Jugendgruppenleitern mit Bestimmtheit verneint: „*das kann ich nicht bestätigen*“ (männlich, 35, Sportjugend), „*nicht, dass ich wüsste*“ (männlich, 42, Sportjugend), „*kann ich mit ruhigem Gewissen verneinen*“ (männlich, 20, Jugendfeuer-

wehr), „ist mir bis jetzt noch nicht aufgefallen, weder Witze, die in die Richtung gehen, noch Grüße, die merkwürdig sind oder irgendwelche Schriftzeichen“ (männlich, 36, Sportjugend). Bei einigen Jugendgruppenleitern werden Unsicherheiten bei der Einschätzung der Jugendlichen deutlich, wie die folgenden beiden Zitate exemplarisch zeigen:

Wir haben keine Leute, die dazu tendieren; zumindest nicht offiziell. Es soll ja viele Versteckte geben, was man nicht weiß (weiblich, 40, Sportjugend).

Ich glaube nicht, dass es ein Problem der Jugendlichen [im Verein, Anm. d. Verf.] war. Ich kann es mir nicht vorstellen, aber das will nichts heißen; es gibt natürlich ein gewisses [rechtsextremes, Anm. d. Verf.] Potenzial in Hoch-Weisel (weiblich, 43, Sportjugend).

Die Tatsache, dass rechtsextreme Äußerungen innerhalb ihrer Jugendgruppe nicht auftreten, wird von mehreren Jugendgruppenleitern mit der demokratischen Grundausrichtung ihres Vereines begründet, der für sie ein Ort ist, in dem Rechtsextremismus „keinen Platz“ hat.

Ich glaube, wer rechtsextremistische Äußerungen bei uns reinbringt, wäre mit Sicherheit falsch am Platz, weil der eigentlich hier nichts verloren hat. Ich kann mir das schon gar nicht in der Hinsicht vorstellen, weil man eigentlich weiß, was das Rote Kreuz für eine Grundorganisation, Grundhaltung hat (männlich, 39, Jugendrotkreuz).

Wahrnehmung von Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindliche Äußerungen von einzelnen Jugendlichen werden von sechs Jugendgruppenleitern thematisiert. Diese Hinweise beziehen sich z.T. auf Ereignisse, die schon einige Zeit zurück liegen oder in anderen Abteilungen des Vereins aufgetreten sind. Eine Jugendgruppenleiterin weist auf Äußerungen von „älteren“ Jugendlichen hin. Aus der konfessionellen Jugendarbeit in Gladenbach berichtet eine Interviewte von einzelnen Jugendlichen in ihrer Gruppe, die meinten, es gäbe „zu viel Ausländer“ in Deutschland. Nach ihrer Ansicht hätten diese Jugendlichen eine „andere Einstellung“ gegenüber Ausländern, sie würde deren Äußerungen aber nicht „in den Rechtsextremismus reinpacken“ (weiblich, 16, konfessionelle Jugend-

arbeit). Ein Interviewter aus Gladenbach beschreibt einen Vorfall, der zeitlich vor seiner Tätigkeit als Jugendgruppenleiter liegt: Ein Mädchen mit Migrationshintergrund wurde von einigen Jugendlichen in der Gruppe gemobbt, was schließlich zu deren Austritt führte. Für ihn liegt die Ursache nicht in einem persönlichen Konflikt, sondern in einer negativen Grundatmosphäre gegenüber dem Mädchen aufgrund ihres Migrationshintergrundes. Die Mitarbeiterin der konfessionellen Jugendarbeit in Hoch-Weisel schildert provozierendes Verhalten von einzelnen Jugendlichen in ihrer Konfirmandengruppe, die mit Lonsdale-T-Shirt⁶ auftraten. Ein Jugendgruppenleiter deutet die rechten Äußerungen, die in dem von ihm betreuten Jugendtreff fallen, als Provokation. Diese übergeht er und lässt sie ins Leere laufen.

Ein Interviewter vermutet, dass sich rechte Orientierungen entsprechend der weiten Verbreitung in der Gesamtbevölkerung auch unter den (jugendlichen) Vereinsmitgliedern finden lassen, ohne dass er solche Einstellungen selbst wahrgenommen hat:

Nein, das hab ich im Verein nicht mitbekommen. Ich meine den [Rechtsextremismus, Anm. d. Verf.] wird es prozentual im Verein ebenso geben, wie es den in der Gesellschaft auch gibt, denn der Verein ist nichts Besseres und nichts Schlechteres. Aber dass der jetzt hier überproportional vertreten wäre, dass man sagen könnte, da werden irgendwelche Exzesse gefeiert, das ist mir persönlich noch nicht aufgefallen (männlich, 35, Sportjugend).

Vereinspolitische Umgangsstrategien

Die Jugendgruppenleiter sind mit ihren Gruppen organisatorisch in die lokale Vereinslandschaft eingebunden und diese Einbindung prägt den Thematisierungs- und Handlungsrahmen im Umgang mit dem lokalen Rechtsextremismus. Vereine haben vielfach ein unpolitisches Selbstverständnis und kaum Erfahrung in der Thematisierung von kommunalen Themen und Konfliktlagen. Einen hohen Stellen-

⁶ Lonsdale ist eine populäre Kleidungs-Marke in der rechtsextremen Szene, weil in dem Schriftzug die Buchstaben NSDA enthalten sind. Die Marke Lonsdale hat keinen politischen Hintergrund und sich mittlerweile von ihrem neonazistischen Kundenkreis distanziert.

wert im Umgang mit dem Rechtsextremismus haben für die Vereine „klassische“ vereins- und verbandpolitische Maßnahmen, dazu gehören der Vereinsausschluss oder die Verabschiedung einer Resolution.

Konsequenzen bei der Mitgliedschaft

Die Interviews zeigen, dass Vereine in allen drei Gemeinden, die mit einer angestrebten oder tatsächlichen Mitgliedschaft von bekannten und bekennenden Rechtsextremisten im Ort konfrontiert sind, immer mit dem Ausschluss bzw. der Verweigerung der Aufnahme der betreffenden Person reagieren. Auch Vereine, die nicht von Mitgliedsbestrebungen betroffen waren, trafen „präventiv“ einen Beschluss der Nicht-Aufnahme. In Kirtorf wurde *nach* der Ausstrahlung des Fernsehberichtes, in dem die Aktivitäten der lokalen Szene skandalisiert wurden, ein rechts-extremer Akteur aus der örtlichen freiwilligen Feuerwehr ausgeschlossen und die Dorfburschenschaft musste auf Druck der Stadt ein Hausverbot gegen einzelne Mitglieder der Szene verhängen.

Wir haben dann entsprechend der Satzung dem Herrn K. [rechtsextremer Akteur, Anm. d. Verf.], weil er passives Mitglied ist, also kein aktives Mitglied, gesagt: „Auch ein passives Mitglied dulden wir mit diesem Umfeld und diesen Meinungen nicht.“ Und haben dann im Vorstand beschlossen, ihn auszuschließen. (...) Wir [haben, Anm. d. Verf.] uns etwas länger und intensiver mit dem ganzen Thema beschäftigt und haben (...), nachdem wir dann eine Resolution sowohl im Vorstand, als auch in der Versammlung beschlossen haben, ihm eine Anhörung [zum Ausschluss, Anm. d. Verf.] geschickt und dann detailliert auf Satzung und Resolution verwiesen (männlich, 43, Jugendfeuerwehr).

Der Ausschluss ist das stärkste Sanktionierungsinstrument, das den Vereinen zur Verfügung steht. Ein Platzverbot ist ein weiteres Mittel, das von Sportvereinen unter Hinweis auf das Hausrecht ausgesprochen werden kann.

Also sämtliche Leute, die in diesem Haus da [rechtsextreme Wohngemeinschaft, Anm. d. Verf.] involviert sind, dass die ein Platzverbot bekommen. Das haben wir auch durchgesetzt. Wir haben denen das damals schriftlich zukommen lassen. Haben sie

akzeptiert, gut, müssen sie auch im Endeffekt, denn als Verein hat man ja auch ein Hausrecht. Ich sage mal, rechtlich gesehen sind wir auf der sicheren Seite (männlich, 26 Sportjugend).

Von vier Jugendgruppenleitern wird der formal-rechtliche Aspekt solcher Vorstandsbeschlüsse thematisiert. Sie weisen darauf hin, dass der Vorstand zu dieser Entscheidung berechtigt ist und die betreffenden Personen an diese Entscheidung rechtlich gebunden sind.



Die Verweigerung der Mitgliedschaft und der Anwesenheit ist für die Vereine eine Umgangsstrategie, um die Konfrontation mit Angehörigen der rechtsextremen Szene zu vermeiden bzw. zu beenden. Eine Jugendgruppenleiterin bezeichnet dies als den Versuch, das Vereinsleben „so konfliktfrei wie möglich zu halten“ (weiblich, 43, Sportjugend). Diese Strategie der Abgrenzung ist auch vor dem Hintergrund eines drohenden Imageschadens des Vereins durch ein „Rechtsextremismusproblem“ zu sehen, der, so wird befürchtet, zu Mitgliederverlusten führen könnte.

Weil wir nicht möchten, dass Rechtsextreme hier drin sind, weil sich das ja nicht nur negativ auf den Verein auswirken würde, sondern, was meinen Sie, wenn hier irgendwelche Eltern mitkriegen, dass hier Rechtsextreme rumlaufen. Die würden ihre

Kinder nicht mehr hierher schicken. Das würde ich auch nicht, muss ich ganz ehrlich sagen (weiblich, ohne Altersangabe, Sportjugend).

Eine Ausnahme dieser allgemeinen Tendenz der Aus- und Abgrenzung stellt die Dorfburschenschaft in Kirtorf dar. Hier waren Angehörige der rechtsextremen Szene, deutlich erkennbar an ihrem Outfit, fest in das Gruppen-/Cliquenleben integriert. Ein Hausverbot gegen drei Personen wurde vom Vereinsvorstand erst nach einer Intervention der Stadt Kirtorf ausgesprochen.

Zum Beispiel einer, der ist auch bei den Berserkern und hat das offen gezeigt, den haben wir drin gelassen, weil der halt schon immer Mitglied ist und sich jeder mit ihm versteht. Wir hätten die drei eigentlich auch nicht rausgeworfen, wenn wir von der Stadt nicht die Grenzen aufgezeigt bekommen hätten: „Die Person, die Person und die Person, die dürfen nicht mehr kommen.“ Dann hätten wir das auch nicht gemacht. Weil wir uns auch mit denen verstanden haben und die sich nie politisch geäußert haben (männlich, 17, Dorfburschenschaft).

Zivilgesellschaftliche Positionierung

Die öffentliche Positionierung von Vereinen gegen Rechtsextremismus ist eingebettet in die jeweiligen kommunalen, zivilgesellschaftlichen Mobilisierungsszenarien. Vereine sind hier keine federführenden Akteure in der Gemeinde, aber sie nehmen Beteiligungsmöglichkeiten wahr, wenn sich ihnen Anknüpfungspunkte bieten. So haben sich Vereine aus Kirtorf und Gladenbach öffentlich gegen Rechtsextremismus positioniert; in Kirtorf haben die Vereine eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung gegen Rechtsextremismus unterstützt und in Gladenbach haben sie sich an den Aktivitäten des Bürgerbündnisses beteiligt. In Hoch-Weisel war zum Zeitpunkt der Interviews die kommunale, zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierung durch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Arbeitskreis demokratische Hoch-Weisel und Teilen der lokalen Bevölkerung schwierig, hier haben sich den Jugendgruppenleitern zunächst keine Anknüpfungspunkte für eine öffentliche, zivilgesellschaftliche Positionierung geboten.

Fünf Jugendgruppenleiter aus Gladenbach haben an den Veranstaltungen des Bürgerbündnisses teilgenommen. Mit diesem Engagement haben sie jedoch nicht „offiziell“ die Position des Vereins in der kommunalen Öffentlichkeit vertreten und ihre Teilnahme an den Veranstaltungen blieb eher passiv. In einem Verein gab es eine informelle Absprache, an den Gegendemonstrationen teilzunehmen:

Nach den Übungsstunden haben wir da drüber diskutiert, wie man das macht, um den Verein draußen zu lassen und nicht in diese Ecke reingestellt zu werden, weil man gerade mit diesen Traditionen sehr leicht in diese Ecke reingestellt wird. Wir haben vom Verein gesagt, dass wir uns jeder für sich engagieren und wir waren bei den Veranstaltungen, immer wieder da und präsent, aber halt nicht als Verein, weil wir halt miterlebt haben, dass andere Vereine, dann von der rechten Szene fotografiert worden sind und auch ins Internet gestellt wurden (männlich, 49, Volkstanzverein).

Aus der evangelischen Jugendarbeit in Gladenbach haben sich zwei Gruppenleiter dafür eingesetzt, dass auch Kinder und Jugendliche aus ihrer Gruppe an den Aktivitäten des Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus teilnehmen.

Es gab so ein Bürgerbündnis (...). Es wurden dann Stände gemacht, zum Verkaufen, und es wurden dann auch versucht die Kinder mit einzubauen. Jetzt nicht die ganz kleinen Kinder, es wurde schon geguckt, dass wir ein paar dabei haben, die den Sinn auch schon verstehen, die vielleicht wissen, was da abgeht, also vielleicht nicht nur aus der Jungschar, sondern aus älteren Kreisen (männlich, 19, konfessionelle Jugendarbeit).

Nach den rechtsextremen Aufmärschen in Gladenbach traten mehrere Vereine öffentlich erkennbar im Rahmen von Veranstaltungen des Bürgerbündnisses auf. Bei einem Friedensfest aus Anlass des 60-jährigen Kriegsendes auf dem Marktplatz führte der Trachten- und Volkstanzverein internationale Tänze auf; eine Jugendgruppe des örtlichen Jugendrotkreuzes bot eine Jazz-Dance-Aufführung und ein Gladenbacher Sportverein hielt mit seiner Basketball-Abteilung eine öffentliche Trainingsstunde ab.

Auch in Kirtorf wurden Vereine im Rahmen der kommunalpolitischen und der zivilgesellschaftlichen Gegenmobilisierung in der Gemeinde aktiv. Wie in Gladen-

bach nahmen Jugendgruppenleiter an den Aktivitäten teil, die von der örtlichen Bürgerinitiative ausgingen. Weiter wurde eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung gegen Rechtsextremismus von den Kirtorfer Vereinen unterzeichnet und verbreitet.

Wir haben dann seinerzeit auch eine Resolution entworfen gegen den Rechtsextremismus, für alle Kirtorfer Bürger und Bürgerinnen, und wir haben uns als Verein da auch geoutet, dass wir dahinter stehen. (...) Und haben da als Vereinsvorstand dann auch unterschrieben und haben das auch in der Öffentlichkeit bekannt getan (männlich, 42, Sportjugend).

Alle Vereine, aus denen Jugendgruppenleiter interviewt wurden, verabschiedeten die Resolution. Die Resolution kann als eine Form des solidarischen kommunalen Handelns angesehen werden. Weiter nutzte ein Verein in Kirtorf das Internet um sich öffentlich zu positionieren.

Wir haben eine Homepage und da haben wir auch geschrieben, dass wir also dagegen sind, dass es sich so entwickelt hat (...). Das haben wir in der Vorstandssitzung beschlossen, dass wir das dann auch in der Öffentlichkeit preisgeben, dass wir auch dagegen sind, für diejenigen, die mal auf die Homepage draufgehen (männlich, 47, Sportjugend).

Zurückhaltung und politisch distanzierteres Selbstverständnis

Auf die Frage nach Gegenaktivitäten ihres Vereins werden von zehn Jugendgruppenleitern eher zurückhaltende Positionen und Passivität geschildert. Sie beschreiben die Zurückhaltung ihres Vereines mit Formulierungen wie: „*Wir haben da gar nichts gemacht (...), wir waren da nicht dabei*“ (männlich, 17, Dorf-Burschenschaft); „*wir haben keine Aktionen gemacht nach dem Motto, der TV Gladenbach wehrt sich gegen die braune Soße*“ (weiblich, 32, Sportjugend) und „*ich denke, der Verein sollte sich erst mal zurückhalten*“ (männlich, 35, Sportjugend). Ein Jugendgruppenleiter sagt, dass die Teilnahme an Gegenaktivitäten unter den Mitgliedern der Jugendfeuerwehr auf „*weniger Zustimmung gestoßen*“ wäre, da sie „*konservativer*“ eingestellt seien (männlich, 19, Jugendfeuerwehr). Es wird auch argumentiert, dass kein Hand-

lungsbedarf besteht, da es innerhalb des Vereins bzw. innerhalb des Ortes keinen Rechtsextremismus gibt: *„Nein, weil die Problematik nicht da ist. Also wir keine Leute haben, die dazu tendieren“* (weiblich, 40, Sportjugend) und *„wir haben darüber so nicht gesprochen, muss ich ganz ehrlich sagen, wir haben auch gehofft, dass da jetzt nichts mehr läuft. Der M. M. [rechtsextremer Akteur, Anm. d. Verf.] hat ja gesagt: Das bringt nichts mehr“* (männlich, 39, Jugendrotkreuz).

Hintergrund für die Zurückhaltung bei Aktivitäten gegen den lokalen Rechtsextremismus ist unter anderem das eher unpolitische Selbstverständnis der Vereine bzw. ihrer Akteure. Die Frage: *„Ist der Verein für Sie ein politischer Ort?“* wird von 19 der 27 Interviewpartner und damit der Mehrheit der Jugendgruppenleiter verneint.⁷ Im Vordergrund stehen die Vereinsinteressen und das Interesse an Geselligkeit und Freizeitgestaltung. Neben der Jugendarbeit im Rahmen des engeren Vereinsthemas (Sport, Rettungswesen, Tanzen), besteht aus Sicht der Jugendgruppenleiter kaum Zeit und bei den Jugendlichen auch kein Bedarf für die Auseinandersetzung mit (kommunal-) politischen Themen. Eine Befragte nimmt an, dass sich die jugendlichen Vereinsmitglieder bei einem Interesse an politischen Fragestellungen eine andere Gruppe gesucht hätten.

Ich bin auch immer noch der Meinung, dass das Vereinsleben, jetzt nicht das Mitglied so stark angreift oder versucht, da eine Meinung zu bilden. Wir begleiten das Mitglied vier bis fünf Stunden die Woche, und dann denk ich, dass erst mal sportlich eine Gemeinschaft da ist und nicht die Aufgabe, vielleicht auch gar keine Zeit dafür. Das will der Spieler dann auch gar nicht, dass wir da noch Themen diskutieren. Der will seinen Spaß haben, sich sportlich betätigen (männlich, 34, Sportjugend).

Wenn ich mich politisch engagieren will und Politik treiben will, (...) dafür haben wir Parteien, dafür gibt es Jugendorganisationen bei den Parteien, da kann ich mich da drin engagieren. Aber der Verein sollte meiner Meinung nach eigentlich, es ist auf jeden Fall auch mein Ziel, versuchen politisch neutral zu bleiben und lieber Jugendliche von der Straße holen, als Politik zu machen (männlich, 49, Volkstanzverein).

⁷ Diese Positionierung meint ein (enges) Politikverständnis, das mit offizieller Politik, mit Parteien und politischen Institution verbunden ist. Ein anderes (weites) Politikverständnis zielt auf Probleme, Themen und Fragen, die eine Gesellschaft und die junge Generation bewegen.

Politische Bildung und die Vermittlung politischer Ziele wird von der Mehrheit nicht als Aufgabe des Vereins angesehen. Tendenziell wird die politische Beeinflussung von Jugendlichen sogar als Grenzüberschreitung wahrgenommen, die z. T. mit der Befürchtung verbunden ist, dass Jugendliche und auch deren Eltern dies als Indoktrination empfinden und sich die Jugendlichen dann aus dem Verein zurückziehen würden. Die Verantwortung für politische Bildung wird bei anderen Institutionen gesehen, wie das folgende Zitat eines Jugendgruppenleiters deutlich macht:

Es könnte vielleicht ein bisschen ungeschickt sein, wenn man jetzt sagt, man nimmt alle Kinder zusammen und betreibt vom Sportverein aus politische Aufklärung. Also das wäre fehl am Platz. Also ich sage mal, das ist ein Sportverein, das soll auch so bleiben, die sollen hier Fußball spielen (männlich, 26, Sportjugend).



Zwei Jugendgruppenleiter aus dem Rettungswesen sind der Ansicht, dass eine politische Positionierung gegen Rechtsextremismus mit dem Neutralitätsgebot ihres Verbandes unvereinbar sei, weil damit eine Voreingenommenheit in Rettungssituationen entstehen könnte.

Wir sind auch eher der Meinung, dass wir da außen vor sind. Wir können von der Feuerwehr da keine Partei ergreifen. Wir müssen, so gesehen, zu jedem hinrennen,

wenn es bei ihm brennt. Wir können da nicht sagen, zu dem wollen wir nicht, den holen wir da nicht aus dem Auto raus, wenn der einen Verkehrsunfall hatte. Also wir haben da eher eine neutrale Einstellung (männlich, 20, Jugendfeuerwehr).

Verein als politischer Ort

Sieben Jugendgruppenleiter sehen den Verein als politischen Ort. Dabei ist zwischen den Vertretern der konfessionellen Jugendarbeit und den Vertretern der Sportvereine und der Jugendfeuerwehr zu unterscheiden: Aufgrund eines weiten Politikverständnisses hat für die Interviewpartner aus den Sportvereinen und der Jugendfeuerwehr das Miteinander in der Gruppe, das Aushandeln von unterschiedlichen Interessen und die Beeinflussung der Jugendlichen durch die Wahrnehmung einer Vorbildrolle durchaus einen politischen Aspekt.

Es ist schon ein politischer Ort, weil immer viele Menschen zusammen kommen, die halt auch diskutieren und vielleicht in der Diskussion halt auch schon eine Richtung erkennen lassen, von daher ist das schon ein politischer Ort, wo diskutiert wird, und wo halt auch vielleicht ein Jugendlicher in der Diskussion dann eher vielleicht beeinflusst werden kann. Ein politischer Ort ist das schon (männlich, 34, Sportjugend).

Das Politische im Verein wird hier im Sinne von „Erziehung“ oder im Sinne eines „Lebens in einer sozialen Gemeinschaft“ (Vereinsgemeinschaft) wahrgenommen, wie das Zitat einer Jugendgruppenleiterin beispielhaft zeigt:

Natürlich mache ich auch Politik, wenn ich Vereinsarbeit mache, weil ich eben, mit einem gängigen Schlagwort, „die Kinder von der Straße hole“. Das ist auch eine Form von Politik. Aber für mich ist der Verein kein politischer Ort in dem Sinne, dass ich da versuche politische Ziele an Jugendliche weiterzugeben (weiblich, 56, Sportjugend).

Die Jugendgruppenleiter aus der evangelischen Jugendarbeit in den drei Kommunen begreifen ihre Jugendarbeit sehr bewusst als politisch. Die Positionierung zu politischen Themen und die Befähigung zu politischem Denken und Handeln sind von ihnen gewollt. Damit hat die Evangelische Jugend im Spektrum der von uns befragten Jugendgruppenleitern eine Sonderrolle, weil sie in ihrer ehrenamt-

lichen Jugendarbeit Bezüge zu politischen Themen haben und auch Wege finden, den lokalen Rechtsextremismus mit den Jugendlichen im Rahmen der Gruppenstunde zu thematisieren oder sich mit der Jugendgruppe an Gegenaktivitäten zu beteiligen.

Ja, ich denke, Kirche gehört in die Welt und da kann man nicht das ausblenden. Das ist ja genau das Gegenargument von Leuten, denen das nicht so passt, dass ich mich so engagiere. Die sagen: „Kirche gehört in den Kirchenraum und sie haben in der Welt nichts verloren, halten sie die Klappe.“ Das sehe ich anders (weiblich, ohne Altersangabe, konfessionelle Jugendarbeit).

Und bei den Jugendlichen gehört das mit zu meinen großen Zielen, natürlich. Sie sollen einfach nur ein bisschen genauer wahrnehmen, was passiert, verstehen, dass man sich dazu eine Meinung bildet Dazu gehört aber erst mal, sich zu informieren, und dass eine Meinung normalerweise Konsequenzen haben muss. Und man nicht nur eine Meinung hat (männlich, 35, konfessionelle Jugendarbeit).

Thematisierung im Verein

Der lokale Rechtsextremismus wurde in den drei Gemeinden in allen Vereinen auf verschiedenen Ebenen thematisiert. Dabei ist einerseits zwischen einer **formalen Ebene** der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen im Rahmen der lokalen Vereinsorganisation und andererseits einer **informellen Ebene** der Meinungsbildung im Jugendgruppenalltag zu unterscheiden. Unter den Kindern und Jugendlichen, den erwachsenen Vereinsmitgliedern sowie in den Vorständen fanden Gespräche darüber statt, wie der lokale Rechtsextremismus zu bewerten ist, auf welche Art und Weise der Verein betroffen ist und welche „Gegenaktivitäten“ notwendig und angemessen sind. Weiter gab es Gespräche zwischen einzelnen Jugendgruppenleitern und Lokalpolitikern sowie Kontakte zu den lokalen Medien. Vereinzelt wurde von Jugendgruppenleitern der Kontakt zu hauptamtlichen Ansprechpartnern des eigenen Verbandes auf Landesebene gesucht und Unterstützungsbedarf formuliert.

Thematisierung unter Erwachsenen

Die vereinspolitischen Verständigungen darüber, wie der lokale Rechtsextremismus einzuschätzen ist und wie der Verein reagieren sollte, findet unter den Erwachsenen in den zuständigen Gremien statt. Zu unterscheiden ist hier zwischen einer informellen Ebene der Meinungs- und Willensbildung im Verein und einer formell-administrativen Ebene der Thematisierung im Vorstand und in der Mitgliederversammlung.⁸

Informelle Gespräche

Von sieben Jugendgruppenleitern wird über informelle Gespräche unter den Erwachsenen berichtet. In einigen Vereinen wurde das Thema „Rechtsextremismus“ aufgegriffen, weil es von Vereinsmitgliedern, die in kommunaler Verantwortung stehen (wie z.B. Lehrer, Polizisten, Angehörige einer Bürgerinitiative und Schüler) angesprochen und als Problem benannt wurde.

Bei uns im Verein sind halt auch Lehrer, die kamen dann wieder von der Schule her an diese Sache ran, auch unsere etwas älteren Jugendlichen die kamen an und haben gesagt: „hier, da müssen wir was dagegen tun.“ Also man ist von vielen Seiten drauf aufmerksam gemacht worden. Und dann waren auch die Mitglieder – die Erwachsenen und die jüngeren Erwachsenen so bis dreiundzwanzig, vierundzwanzig rum, wo das halt in der Hauptsache diskutiert wurde – da schon ganz klar der Meinung, wir gehören nicht da hin und wir möchten auch nicht in diese [rechte, Anm. d. Verf.] Ecke reingestellt werden (männlich, 49, Volkstanzverein).

⁸ Baur, J. u.a. haben in ihrer Untersuchung von Partizipationsformen innerhalb von Sportvereinen auf die informell-formelle Doppelstruktur von Mitgliederpartizipation hingewiesen. Vereine sind de jure demokratisch strukturierte Organisationen. Die Vorstände werden durch Wahlen bestimmt. Diese fassen Beschlüsse in Vorstandssitzungen. Das Oberste Beschlussorgan in einem Verein ist die Mitgliederversammlung. Daneben gibt es eine Ebene der informellen vereinspolitischen Partizipation in Form von „Nebenbemerkungen, Rückfragen, Kritik und Meinungsäußerungen – kurz vereinsinternen Klatsch“, die von Baur u.a. als „Stammtisch-Demokratie“ bezeichnet wird (vgl. Jürgen Baur, J., Braun, S., Burrmann, U., Nagel, M., Wer macht Vereinspolitik in Sportvereinen?, in: Jürgen Baur, Sebastian Braun (Hrsg.), Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen, Meyer & Meyer Verlag, 2003).

Informelle Gespräche unter den erwachsenen Mitgliedern, Jugendgruppenleitern und Vorständen gehen in der Regel einem formellen Beschluss in einer Vorstandssitzung oder der Mitgliederversammlung voraus. Sie führen aber nicht immer zu einer vereinspolitischen Entscheidung oder zu Konsequenzen:

Also der Verein ist damit in sofern nicht umgegangen, dass wir keine gemeinsame Sitzung gemacht haben und beraten haben, was können wir als Verein tun (...). Also ich möchte das jetzt nicht ausschließen, dass wir nicht auch im Vorstand mal (...) über diese Gruppen diskutiert hätten. Aber nicht als Tagesordnungspunkt, sondern, wenn dann höchstens informell, weil es uns beschäftigt hat. Und zu irgendwelchen Beschlüssen, dass wir als Verein jetzt unbedingt organisatorisch tätig sein müssen, sind wir nicht gekommen (weiblich, 56, Sportjugend).

Drei Jugendgruppenleiter machen deutlich, dass der Meinungsaustausch und die Verständigung innerhalb des Vereins ein kontroverser Prozess war und unterschiedliche Ansichten und Haltungen verhandelt wurden. In dem folgenden Zitat beschreibt ein Jugendgruppenleiter seine „Überzeugungsarbeit“ gegenüber anderen Vorstandsmitgliedern:

Der Verein war immer wieder gefordert. Einerseits, weil die Polizei hier war: „Was ist denn bei euch schon wieder los?“ Insofern waren die, in der Führung vom Verein stehen, logischerweise gefordert. (...) Da kommen dann immer so Äußerungen wie „die machen doch gar nichts“, wo man dann auch wieder was zu sagt. Und da kann man dann auch drauf eingehen, wenn man so ein paar Punkte schon im Hinterkopf hat, wo man sagen kann: „Hey Freunde, passt mal auf, das war nicht immer so! Überlegt mal“. Ich hab es zum Beispiel selbst miterlebt, dass bei der Kirmes dann auch von dieser Seite aus Jagd auf Asylanten gemacht wurde. Also: „Die machen nichts“ kann ich da nicht mehr sagen (männlich, 43, Jugendfeuerwehr).

Vorstand und Mitgliederversammlung

Die formelle Thematisierung im Vorstand oder in der Mitgliederversammlung im Erwachsenenverband dient der Entscheidungsfindung, wie der Verein mit der Konfrontation mit dem lokalen Rechtsextremismus umgehen soll. Auf Diskussionen und Beschlüsse des Vorstandes weisen zwölf Jugendgruppenleiter hin. Von

den Vorständen wurden Resolutionen gegen Rechtsextremismus verabschiedet und Beschlüsse über den Vereinsausschluss bzw. die Nicht-Aufnahme von Personen mit Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene getroffen. Solche Vorstandsbeschlüsse auf der vereinspolitisch-administrativen Ebene haben für die Jugendgruppenleiter einen großen Stellenwert. Sie sollen die aus der Konfrontation mit dem lokalen Rechtsextremismus entstehenden Fragen klären, Positionen markieren und dabei die Vereinsinteressen (guten Ruf und Mitgliederbindung) wahren. Wenn Vereine mit lokalem Rechtsextremismus direkt konfrontiert sind, z.B. bei Mitgliedsbestrebungen, können solche Vorstandssitzungen auch den Charakter von „Krisensitzungen“ annehmen. Der Verein, in dessen Kontext folgende Aussage gemacht wurde, war sowohl mit Mitgliedsbestrebungen als auch mit Flugblättern aus der rechten Szene konfrontiert:

Also es war ganz klar von jedem Vorstandsmitglied und auch von den erwachsenen Mitgliedern: „Wir sind hier ein Verein, der Jugendarbeit macht und wir müssen uns hier zur Wehr setzen.“ (...) Das war eine gemeinsame Sache des Vorstands, also wir haben uns wirklich hingesezt und überlegt: „Mensch, was machen wir denn jetzt?“ (weiblich, 43, Sportjugend).

In drei Vereinen beschäftigte sich die Mitgliederversammlung mit dem Thema. In zwei Vereinen wurde die „Kirtorfer Resolution gegen Rechtsextremismus“ zur Ab-sprache und Abstimmung vorgelegt und in einem Verein wurde über eine Satzungs-veränderung entschieden, in der festgelegt wurde, dass Personen mit extremistisch-religiösem oder -politischem Hintergrund ausgeschlossen werden können.

Unsere Satzung ist wasserdicht. Wir haben aber trotzdem, aufgrund dieses Falls, eine spezielle Ausschlussklausel in die Satzung eingefügt, dass Personen aus extremistischen, politischen oder auch religiösen Richtungen, wenn das bekannt wird, aus dem Verein ausgeschlossen werden können (weiblich, 43, Sportjugend).

Thematisierung mit weiteren Ansprechpartnern

Fünf Jugendgruppenleiter berichten in ihrer Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus über Treffen und Gespräche mit anderen Vereinen, Lokalpolitikern, Beratungsstellen und den lokalen Medien. In Hoch-Weisel gab es zwischen

den Vereinen einen Informationsaustausch darüber, wie die Vereine jeweils von Mitgliedsbestrebungen der lokalen Rechtsextremen betroffen sind; im Hoch-Weiseler Vereinsring wurden Absprachen getroffen, wie damit umzugehen ist, wenn das Kind des lokalen Akteurs in den Vereinen angemeldet werden sollte.

Ja, es gab da eine Vereinssitzung zu, eine Vorstandssitzung von den Vereinen in ganz Hoch-Weisel und das [Nicht-Aufnahme des Kindes, Anm. des Verf.] ist von den Vereinen beschlossen worden. Und da haben sich auch wohl alle daran beteiligt, wie ich da in Erinnerung habe (weiblich, 43, Sportjugend).

Weiter gab es in Hoch-Weisel Absprachen zwischen einzelnen Vereinen und Lokalpolitikern, so mit dem Bürgermeister.

Also wir haben auch viele Rücksprachen gehabt (...). Wir hatten hier in Hoch-Weisel im Rahmen des Kommunalwahlkampfes eine CDU-Veranstaltung. Da ist das thematisiert worden, also generell Rechtsradikalismus in Hoch-Weisel. Und da haben wir das mit dem Bürgermeister durchgesprochen. Es gibt natürlich da keine Marschroute, weder von der Politik, noch von sonst irgendjemand, von irgendwelchen Institutionen, dass man sagt: „Nein, solche Leute dürfen in keinem Verein Mitglied sein“. Wie gesagt, es gibt da keinen Leitfaden, wie man es macht (männlich, 26, Sportjugend).

Zwei Jugendgruppenleiter weisen auf eine Beratung durch externe Fachkräfte hin. Eine Jugendgruppenleiterin berichtet von einem Beratungstreffen zwischen Vereinsvertretern, dem Bürgermeister und einem Experten für Rechtsextremismus des Landeskriminalamtes. Eine andere Jugendgruppenleiterin schildert, dass die Beratung und Unterstützung durch den Landessportbund hilfreich für den Umgang mit dem lokalen Rechtsextremismus war:

Die wollte ja in unseren Verein eintreten. Sie hat uns auch gleich mit dem Anwalt gedroht. (...) Das hat dazu geführt, dass wir mit dem Landessportbund telefonischen und schriftlichen Kontakt hatten. Wir wurden übrigens sehr stark unterstützt vom Landessportbund. Der Landessportbund hat sich ausgesprochen für die Sache interessiert und sich sofort mit Anwälten in Verbindung gesetzt, die sich ihrerseits sofort

wieder mit uns in Verbindung gesetzt haben. Also das fand ich ausgesprochen tröstlich (weiblich, 43, Sportjugend).

Über Kontakte zu den lokalen Medien wird von einem Kirtorfer Jugendgruppenleiter berichtet. In einer lokalen Zeitung wurde die „Kirtorfer Resolution gegen Rechtsextremismus“ mit dem Hinweis veröffentlicht, dass die Kirtorfer Vereine die Resolution verabschiedet hätten.

Umgang der Jugendgruppenleiter

Neben den Strategien der Vereine waren auch die Umgangsweisen der Jugendgruppenleiter in den Gruppen unterschiedlich. Deren Strategien lassen sich – auf der Basis persönlicher Beziehungen und mit Thematisierungsangeboten in informellen Gesprächssituationen – als eine eher erzieherisch-fürsorglich motivierte Form der Auseinandersetzung charakterisieren. Häufig werden von Jugendgruppenleitern auch hypothetische Strategien beschrieben. Eine vertiefte, inhaltliche Beschäftigung in pädagogischen „Settings“ (Gruppenstunde, Anti-Rassismus-Training, u.a.) findet vor allem in der Evangelischen Jugend statt.

Strategien der Auseinandersetzung

Bis auf die Leiter von konfessionellen Gruppen fühlte sich kein Jugendgruppenleiter herausgefordert, den lokalen Rechtsextremismus in der Gruppenstunde zu thematisieren; gleichwohl beschreiben elf der Interviewten eine Verständigung und einen Meinungsaustausch mit Kindern und Jugendlichen, der sich vorwiegend auf der informellen Ebene abspielte.

Bei den Gesprächssituationen handelt es sich mehrheitlich um Pausen- und Übergangssituationen vor und nach der Gruppenstunde, um Freizeiten oder Vereinsfeste. Ein Jugendgruppenleiter schildert, dass er mit den Jugendlichen „ab und zu“ ins Gespräch über den lokalen Rechtsextremismus kommt, wenn sie im Auto gemeinsam zu den Spielen gegen andere Sportvereine fahren. Bei solchen Gelegen-

heiten wird der lokale Rechtsextremismus im Vereinsalltag als kommunale Neuigkeit und Gesprächsthema von den Kindern und Jugendlichen eingebracht.

Und dann kommt so was vor, dass man so was auch mal anschneidet. Aber das sind eher die Situationen außerhalb der Trainingsmatte, wenn man dann auf Freizeiten über mehrere Stunden oder zwei, drei Tage mit Leuten zusammen ist, da kommen da solche Themen dran. Ist aber ganz klar meiner Meinung nach nicht die Hauptaufgabe hier im Verein (männlich, 35, Sportjugend).

Unter den Jugendlichen, wenn ich mit denen fahre, diskutieren wir da ab und zu mal drüber, und die sind da auch gegen, die ich jetzt also kenne, gegen Rechtsextremismus, (...) (männlich, 42, Sportjugend).

Der Austausch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen bleibt in der Regel auf „Tür-und-Angel-Gespräche“ beschränkt. Solche informellen Gesprächssituationen kommen spontan und punktuell zustande, ohne Verankerung in der zeitlichen und thematischen Struktur des Jugendgruppenalltags.

Hier im Verein habe ich dann zum Teil auch ein bisschen was erzählt, wenn es dazu kam. Ich bin natürlich jetzt nicht hierhin und habe gesagt: „Jetzt will ich mal mit euch darüber sprechen.“ Das haben wir so gar nicht gemacht (weiblich, 43, Sportjugend).

Da die meisten Jugendgruppenleiter das Klima in ihrer Jugendgruppe als vertrauensvoll beschreiben, bieten gerade diese informellen Gespräche den Jugendgruppenleitern gute Möglichkeiten des Meinungs-austausches. Sie können in diesen Situationen sowohl Position gegen Rechtsextremismus beziehen als auch Jugendlichen außerhalb von Elternhaus und Schule demokratische Orientierungen anbieten. Drei Jugendgruppenleiter unterstreichen ihre Rolle als Ansprechpartner und Vorbild der Jugendlichen, und dass mit dieser Rolle auch eine Positionierung (in informellen Situationen) erfolgen muss; sie also gefordert sind, Position zu beziehen ohne die Jugendlichen zu belehren.

Als Übungsleiter hat man aber eine gewisse Vorbildfunktion und wenn solche entsprechenden Themen auf die Tagesordnung kommen, dann glaub ich, sollte man in

der Lage sein, das so zu formulieren und da auch seine Position klar zu machen. Da können andere auch anderer Meinung sein. Man sollte schon zu den verschiedenen Problempunkten Stellung beziehen können. Und dann kommt so was vor, dass man so was auch mal anschneidet (männlich, 35, Sportjugend).

Zwei Jugendgruppenleitern ist die Thematisierung im Verein und mit den Jugendlichen ein persönliches Anliegen. Beide sind in dem örtlichen Bürgerbündnis aktiv und tragen ihr Engagement in den Verein, da sie neben der Verantwortung für die Jugendgruppen auch als Vereinsvorsitzende bzw. als Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr wichtige zivilgesellschaftliche Funktionen im Gemeinwesen haben. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, ihr Engagement gegen den lokalen Rechtsextremismus im Verein stärker auf die Agenda zu setzen.



Aber der eine oder andere hat im Hinterkopf dann doch so ein bisschen Sympathie für die Person; weniger vielleicht für das, was im Extremen gemacht wird und das was sie damit vielleicht unterstützen, weil sie sich dessen gar nicht bewusst sind.(...) Und gerade aus diesem Grund finde ich es wichtig, dass man gerade im Verein drüber spricht und was daraus entstehen kann und vielleicht denen, die „neutral“ drüber denken, vielleicht doch den einen oder anderen Kick gibt: „Hier pass mal auf, so neu-

tral sollte man das nicht sehen.“ Da sollte man schon was dagegen tun und das ist nicht in Ordnung, was da läuft (männlich, 43, Jugendfeuerwehr).

Jugendgruppenleiter aus der Evangelischen Jugend berichten neben informellen Gesprächen über eine zivilgesellschaftlich bzw. pädagogisch motivierte Auseinandersetzung mit Kindern und Jugendlichen. Ein Jugendgruppenleiter engagierte sich dafür, mit den Kindern aus einer Jungschargruppe (spielerisch) an den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus teilzunehmen. Im Jugendkreis der evangelischen Jugendarbeit waren in der Gruppenstunde die rechtsextremen Aufmärsche Anlass für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Alltagsphänomen Fremdenfeindlichkeit. Die Aktivitäten der lokalen Rechtsextremisten und die damit verbundene zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierung waren in einer Gemeinde für die Pfarrerin Anlass, sich mit ihrer Konfirmandengruppe mit dem Thema zu befassen. Sie initiierte einen Konfirmandentag, an dem Jugendliche aus fünf Konfirmandengruppen teilnahmen und an dem sowohl historische Themen bearbeitet als auch Angebote aus dem Bereich der anti-rassistischen Bildung gemacht wurden.

Daraufhin habe ich mich mit Kollegen in der Umgebung kurzgeschlossen und habe gesagt: „Hier Freunde, das ist aber genau das zentrale Thema in unserer Gemeinde. Das muss drankommen. Können wir einen Weg zusammen finden?“; und wir haben einen Konfirmandentag mit fünf Gemeinden veranstaltet – extra im Nachbardorf – und da wurde Zeitgeschichte, Drittes Reich, Dietrich Bonhoeffer als Aufhänger, der dieses Jahr 100 geworden wäre, genommen und ein Schwerpunkt – wir hatten drei Schwerpunkte gebildet, durch die alle Konfirmanden laufen mussten – ein Schwerpunkt war ein Toleranz-Intoleranz-Trainingsprogramm. Also die mit den „blue eyes“, so was Ähnliches war das (weiblich, ohne Altersangabe, konfessionelle Jugendarbeit).

Ein anderer Jugendgruppenleiter aus der konfessionellen Jugendarbeit verweist auf eine frühere Situation, in der er rechte Musik offensiv zum Thema gemacht hat; für ihn nimmt diese Strategie der rechten Musik den Reiz des Verbotenen.

Meistens erkenne ich ja, dass es eine Provokation sein soll, also z.B.: „Darf ich die Musik hier spielen oder nicht?“ Wenn jemand schon so superschlau fragt, oder noch allgemeiner: „Dürfen wir hier auch verbotene Lieder spielen?“, dann muss ich erst mal nachdenken: „Was bedeutet verboten noch mal?“. Darauf reagiere ich natürlich gar nicht. Ansonsten bin ich da immer für die Offensive. Ich habe zum Beispiel, das ist schon ein paar Jahre her, auf einer Konfi-Freizeit mal rechtsextreme Musik einer Bochumer Gruppe thematisiert und habe die dann auch knallhart gespielt (...). Nicht belehrend, sondern einfach mal: „Hören wir doch mal richtig hin und was soll das Ganze eigentlich?“(...) und schwuppdwupps, hatte das Ganze schon mal ganz viele Reize verloren (männlich, 35, konfessionelle Jugendarbeit).

Hypothetische Strategien der Auseinandersetzung

Der überwiegende Teil der Jugendgruppenleiter verweist auf hypothetische Strategien. Sie deuten Ideen an, wie sie mit Rechtsextremismus umgehen würden, wenn er ihnen in der Jugendgruppe begegnen würde. Einige Befragte machen deutlich, dass sie bei (verfestigten) rechten Einstellungen reagieren würden, andere würden bereits bei abfälligen, ausgrenzenden Sprüchen im Gruppenalltag eingreifen; zehn Jugendgruppenleiter würden in einem solchen Fall die Jugendlichen ansprechen.

Wo wir ja hier auch so ein politisches Thema haben, wenn ich wüsste, dass da einer irgendwo in dieser Szene drin wäre, würde ich natürlich versuchen, mit dem ein Gespräch zu führen (männlich, 42, Sportjugend).

Vier Jugendgruppenleiter formulieren ihre Bereitschaft, eine Thematisierung des lokalen Rechtsextremismus aufzunehmen, wenn „ihre“ Jugendlichen sie direkt darauf ansprechen würden.

Also ich hab mit Politik nicht viel am Hut, da bin ich ganz ehrlich. Ich sag, wenn das Problem von Kindern angesprochen würde, klar geht man drauf ein oder man macht sich Gedanken: „Wie kann ich dagegen agieren oder was könnte ich tun?“.

Aber da es momentan kein Thema ist oder ich nicht wüsste, dass Kinder dabei sind, die solche Äußerungen haben (...) (weiblich, 40, Sportjugend).

Ein Jugendgruppenleiter benennt als hypothetische Strategie der Auseinandersetzung das Gespräch mit „Experten“. Diese Strategie folgert er aus seinen bisherigen Erfahrungen der Bearbeitung von pädagogischen Fragen und Problemen im Jugendgruppenalltag. Zentral ist für ihn, dass es sich um Fragestellungen handeln muss, die eine Relevanz für die Kinder und Jugendlichen haben. Diese greift er auf und macht sie mit externen Experten oder Akteuren in der Jugendgruppe zum Thema. Eine solche Strategie scheint ihm auch bei einer möglichen Konfrontation mit Rechtsextremismus geeignet zu sein.

Wenn immer irgendwas akut wird in der Gruppe, dann versuch ich das Thema auch aufzufassen, mit Leuten die Sache etwas zu unterstützen, die fachlich in der Hinsicht auch mehr wissen, um halt Aufklärung zu betreiben. (...) Und sollte das bei uns so sein, dass wir sehen, dass wirklich Rechtsextremismus vorhanden wäre, würde ich mir auch einen Skinhead aufsuchen – wo ich den finde, weiß ich noch nicht – würde mir den einladen und würde mir auch andere einladen, die anderer Meinung sind – aus dem linken Lager und vielleicht auch welche aus der Friedensgruppierung, die sich hier stark machen – um das Thema anzugehen, um Aufklärung zu betreiben: „Was steckt dahinter?“ (männlich, 39, Jugendrotkreuz).

Eine andere Jugendgruppenleiterin verweist aufgrund ihrer Berufsrolle als Historikerin und Studienrätin auf die Bedeutung von historischer Bildung und Aufklärungsstrategien, um im hypothetischen Fall den Jugendlichen ihr Wissen und ihren Standpunkt verdeutlichen zu können.

Ich würde versuchen, Bilder zu organisieren und sie vorlegen. Ich würde versuchen zu sagen: „Das waren KZs und das ist gelaufen“, ganz einfach. Also ich würde versuchen, aus der Geschichte heraus deutlich zu machen, warum Hass gegen bestimmte Gruppen für einen Staat eigentlich tödlich ist. Für die Menschen sowieso, aber für den Staat auch (weiblich, 43, Sportjugend).

Zwei Interviewte geben an, dass im Gruppenalltag keine Zeit für die Thematisierung von Rechtsextremismus mit Kindern und Jugendlichen ist und zwei ande-

re Jugendgruppenleiter halten die von ihnen betreuten Kinder für zu jung für eine Auseinandersetzung mit dem Thema.

Wenige [Gespräche, Anm. d. Verf.], weil die Zeit auch einfach gar nicht da ist. Das wird vielleicht noch kommen. Wie gesagt, wir sind ein Verein, der ist erst anderthalb Jahre alt, zwei Jahre, glaube ich, und ich denke, das wird im Laufe der Zeit immer mehr werden, weil dann doch mal das eine oder andere Betriebsfest ansteht. Dann ist auch mal Zeit. Dann kommt auch mal was, vielleicht die Rede da drauf. „Warum ist das so? Oder warum das?“. Dann kann man sich mit den Kindern mal ganz anders auseinandersetzen. Nur für die eine Stunde Training pro Woche, da bleibt keine Zeit (weiblich, 43, Sportverein).

Also man soll ja Kinder auch nicht so stark belasten. Und mit Dingen belasten, die sie nicht einordnen können, denke ich (weiblich, 62, Sportverein).

Vier Jugendgruppenleiter sehen die Verantwortung und Thematisierung bei Institutionen wie Schule und Elternhaus.

Also ich sage mal, das ist ein Sportverein, das soll auch so bleiben. Die sollen hier Fußball spielen. Ich sage mal, es würde negative Auswirkungen haben, wahrscheinlich auch von Elternseite: „Was macht ihr jetzt?“ Dafür gibt es andere Institutionen, die Schule hauptsächlich (männlich, 26, Sportjugend).

Ja, also ich denke auch, wissen sie, also ich würde versuchen, das anzusprechen. Aber ich kann nicht viel machen. Ich bin nicht das Elternhaus (weiblich, 43, Sportjugend).

Vor allem die Vertreter der Sportvereine unterstreichen immer wieder, dass sich unter ihren Mitgliedern eher politikferne Jugendliche befinden und der Sportverein nicht der richtige Ort für eine Thematisierung sei.

Der Sport ist nicht unbedingt der Ort, wo man dann aktiv über Politik anfängt zu diskutieren. Zumal die meisten Jugendlichen, die in den Verein kommen, wahrscheinlich auch eher ein bisschen politikfern sind, sonst hätten sie sich vielleicht in einer anderen Gruppe engagiert (weiblich, 56, Sportjugend).

Ängste und Befürchtungen

Sieben Jugendgruppenleiter formulieren Unsicherheiten und Ängste im Umgang mit dem Rechtsextremismus. Sie beziehen sich vor allem auf die Gewaltförmigkeit der rechtsextremen Szene, die Unüberschaubarkeit bei Demonstrationen, dann auf die Fragen, wer die Verantwortung trägt, wenn sie mit den Jugendlichen an diesen teilnehmen, und thematisieren das Eigentum, das zerstört werden könnte.

Drei Jugendgruppenleiter beschreiben Ängste, die vor allem darauf beruhen, dass sie die Gefahr, die von der rechtsextremen Szene ausgehen kann, nur schwer einschätzen können. Sie haben Angst davor auf Listen aufzutauchen, und dass sie mit Gewalt konfrontiert werden. Die Unberechenbarkeit des Rechtsextremismus und die Angst vor physischer Gewalt werden von allen drei Personen betont. Sie fragen sich, ob Informationen über ihr Engagement von Mitbürgern an die rechtsextreme Szene weitergegeben werden könnte.

(...) wenn ich hier jetzt was machen würde, und man weiß ja nicht, wer da als Spitzel dient (...) dann kann der genau sagen: „Der und der und der und der war dabei“, und dann weiß man halt nicht die Folgen davon. Weil man diese Gruppe ja nicht einschätzen kann. Was würden sie tun? Wie weit würden sie gehen? Ich denk schon, das ist ein Problem damit (weiblich, 43, Sportjugend).

Selbstverständnis der Jugendgruppenleiter

Die Mehrheit der befragten Jugendgruppenleiter sieht ihre Rolle und den Verein aufgrund ihres eher unpolitischen Selbstverständnisses nicht in der Verantwortung für eine aktive Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus; auch die beschriebenen Ängste und Unsicherheiten halten sie von einem aktiven Engagement eher ab.

Im Mittelpunkt des Rollenverständnis der Jugendgruppenleiter stehen soziale, gemeinschaftsbezogene Aspekte des Gruppenlebens, ihre persönliche Verantwortung gegenüber den Jugendlichen wie auch gegenüber dem Verein. In ihrer Rolle als Ansprechpartner für die Jugendlichen und den persönlichen Beziehungen se-

hen sie ein Kommunikationspotenzial für die Einübung demokratischer Positionen und Werte.

Funktionen der Jugendarbeit

Jugendgruppenleiter sind in die Kommunikations- und Interaktionskultur des Vereins eingebunden. Diese hat Einfluss auf die Funktionen und Aufgaben, die der Jugendarbeit zugeschrieben werden und dann auch auf die Ausgestaltung durch die Jugendgruppenleiter.

In den Interviews wurde gefragt, welche Bedeutung die Jugendarbeit für den Verein hat und was die Jugendlichen aus der Zeit ihrer Mitgliedschaft in der Gruppe mitnehmen sollen. Zunächst betonen nahezu alle Jugendgruppenleiter, dass die Vereine im ländlichen Raum wichtige Anlaufpunkte für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen sind, weil sich ihnen dort kaum andere Möglichkeiten bieten. Für die Befragten gibt es nicht „die“ Funktion, die der Jugendarbeit in den Vereinen zugeschrieben wird und ihnen sind vier Dimensionen zentral: das Sachthema zu vermitteln, die Sicherung des Nachwuchses, das soziale Lernen und das Miteinander/die Gemeinschaft.

Das Sach- oder Vereinsthema zu vermitteln ist der Mehrheit der Befragten wichtig. Es geht ihnen dabei um den Spaß und das Interesse am Vereinsthema, das den Jugendlichen näher gebracht werden soll.

Ich sage mal, Lebensfreude ist vielleicht ein bisschen übertrieben, aber die sollen einfach Freude daran haben, wenn es schön ist, wenn man mittags mal ein bisschen Fußball spielt oder sich sonst irgendwie bewegt, anstatt dass sie an der Playstation sitzen oder am PC, oder wo auch immer, was die meisten so heute machen (männlich, 27, Sportjugend).

Das Interesse und der Spaß am „Thema“ sollen die Jugendlichen motivieren, sich möglichst lange an den Aktivitäten des Vereins zu beteiligen und auch als Erwachsene dabei zu bleiben. Daraus leitet sich eine zweite wichtige Funktion der Jugendarbeit ab: **die Sicherung des Nachwuchses** für den Erwachsenenverein. Dieser Wunsch resultiert geschieht bei einigen Befragten vor allem aus der eigenen Be-

geisterung für das Vereinsthema; ein Jugendgruppenleiter bezeichnet dies als „Generationenvertrag im Kleinen“, ein anderer als „Lebenszyklus“.

Ja, das ist für den Verein und für diejenigen, die jetzt Tischtennis als ihre favorisierte Sportart erkoren haben, die wollen natürlich, dass ihre Sektion nicht abstirbt. Die wollen Nachwuchs haben. Die wollen möglichst gut in den Wettkämpfen dastehen und eine gute Reputation innerhalb des Turnvereins haben. Das ist eben die Liebe zu dieser Sportart, die man versucht weiterzugeben und zu pflegen. Das ist die Hauptmotivation eigentlich (männlich, 50, Sportjugend).

Für die Erwachsenenverbände der Feuerwehren und des Roten Kreuzes stellt die Sicherung des Nachwuchses eine besondere Herausforderung dar. Sie übernehmen bedeutsame soziale und helfende Aufgaben innerhalb der Kommunen, und nach Auskunft der befragten Gruppenleiter fällt es ihnen schwer, den nötigen Nachwuchs zu rekrutieren. Eine Herabsetzung des Eintrittsalters, Schnupperangebote und/oder gezieltes Ansprechen von Kindern und Jugendlichen sind einige Strategien, mit denen sie versuchen dem negativen Trend entgegen zu wirken. Darüber hinaus wird in einer möglichst frühen vereinsbezogenen Ausbildung eine gute Grundlage für die spätere Arbeit im Erwachsenenverband gesehen.

Jugendarbeit ist eigentlich für meine Begriffe sehr wichtig, denn wenn man einen Jugendlichen über diese Schiene gut ausgebildet hat und dem auch ein entsprechendes Interesse verschafft hat, hat man hinterher einen Grundstock, mit dem man weiterarbeiten kann in der Einsatzabteilung. Ansonsten müsste man sich die Leute ja woanders her holen und meistens sind die Leute dann schon orientiert und man hat das Nachsehen. (...)Und da ist man über jeden froh, und deswegen sind auch teilweise die Altersgrenzen herunter gesetzt worden. Jeder will so früh wie möglich an seine Nachfolger bzw. an die Leute herankommen, sprich Schützenvereine, Sportvereine, Feuerwehr hat auch heruntersetzt, früher 12 Jahre, jetzt zehn Jahre Eingangsalter. Also man versucht, zeitig daran zu kommen. (...)Und wir machen es dann noch so, da durch das (...) Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistung eine neue Aufgabe auf die Feuerwehren übertragen wurde, nämlich der vorbeugende Brandschutz und da die Brandschutzerziehung, versuchen wir über die Brandschutzerziehung, wo wir sehr rege sind, im Kindergarten und Schule schon entsprechende Ausbildung zu ma-

chen, entsprechend dem Gesetzauftrag, aber logischerweise mit dem Hintergrund, dann die Kinder dafür zu begeistern: „Hey, das ist toll bei denen!“; zeigen das Gerätehaus, um nachher auch, wenn sie gerade zehn werden, sie mal anzuschreiben, da weiß man ungefähr wer das dann ist, weil wir die Brandschutzerziehung im dritten



Schuljahr machen, also so mit neun Jahren, das heißt, da weiß man ganz genau hinterher, wer hinterher zehn wird, und dann kann man die mal anschreiben oder ansprechen um dann denen dort auch die Möglichkeit zu geben zur Jugendfeuerwehr zu kommen (männlich, 43, Jugendfeuerwehr).

Die dritte zentrale Dimension ist das **soziale Lernen**, das heißt zu Lernen in einer Gruppe zu leben, sich in eine Gemeinschaft zu integrieren und mit anderen Jugendlichen oder auch dem Jugendgruppenleiter umzugehen.

Bei den Jugendlichen, was mir da wichtig ist? (...) Dass sie dann mal rauskommen, dass sie sich in der Gesellschaft das Plus und Minus mal geben können. (...) So in der Gesellschaft sich dann einfügen (...) das soziale Verhalten. Das ist sehr wichtig, sich in der Gruppe zu engagieren oder bzw. auch sich da zurecht zu finden. Das finde ich, ist auch sehr wichtig. Egal ob Fußball oder andere Sportarten (männlich, 47, Sportjugend).

Mit dem sozialen Lernen ist die vierte Dimension verbunden, die den Jugendlichen in der Jugendgruppe eine „soziale Heimat“ geben soll. Das **Miteinander bzw. die Gemeinschaft** im Verein wird – mit entsprechenden Regeln – von allen Befragten betont.

*Ja, ich denke, einmal die Erfahrung, dass Gemeinschaft Spaß machen kann. Dass man was gibt, aber auch was nimmt. Und jetzt im Sportverein ist natürlich, speziell auf den Sport bezogen, dass sie eben **ihren Sport treiben können**. Aber durch den Sport eben auch Gemeinschaftserlebnisse haben und natürlich auch sich einordnen lernen und Erfahrungen sammeln, die sie vielleicht sonst, im täglichen Leben, so nicht sammeln könnten (weiblich, 56, Sportjugend).*

Weil ich das ganz wichtig finde, (...) dass die Kinder einen Verein haben, einen Halt haben. Wir haben zum Beispiel jetzt viele Mädchen, die beim Tischtennis aufhören möchten und gesagt haben: „Nehmt ihr uns auf?“ oder so was (weiblich, 40, Gardetanz).

Die beschriebenen vier Dimensionen finden sich bei den Gruppen der Sportjugend, der Gardetanzgruppe, der Dorfburschenschaft, den Jugendfeuerwehren und dem Jugendrotkreuz. Von den Mitarbeitern der konfessionellen Jugendarbeit wird der Aspekt der Sicherung des Nachwuchses im Vergleich zu den anderen Befragten weniger stark betont; ihnen ist die Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen Jugendlichen von besonderer Bedeutung.

Die Mehrheit der befragten Jugendgruppenleiter beschreibt das Lern- und Erfahrungsfeld der Gruppe als ein Präventivangebot – auch gegen Rechtsextremismus. Nach ihrer Ansicht bietet der Verein unter anderem eine Möglichkeit die Jugendlichen von der Straße zu holen; dabei taucht das Bild des „Rumhängens auf der Straße“ in Abgrenzung zum Mitmachen im Verein immer wieder auf. Sie beschreiben die Gefahr, dass die jungen Menschen in „falsche Kreise“ geraten könnten und über das Miteinander im Verein und das soziale Lernen in der Jugendgruppe entfaltet der Verein hier seine präventive Wirkung.

(...) also ich sag die Zeit im Verein, die wollt ich nicht missen. War eine schöne Zeit. Weil ich sag' immer Vereinsleute sind andere Leute, wie die auf der Straße. Da kann

man sagen, was man will. Also ich denk, man kann's halt vermeiden, dass die Jugendlichen in solche Gruppierungen tendieren, wenn man sie halt in Vereine steckt oder wenn sie sich woanders engagieren können (weiblich, 40, Sportjugend).

Rolle und Beziehungsarbeit

Die Mehrheit der Jugendgruppenleiter haben in ihrer Rolle vor allem den Aspekt der Beziehungsarbeit hervorgehoben. Ihnen sind vertrauensvolle Beziehungen wichtig, in denen die Interessen der Kinder und Jugendlichen ernst genommen und in die Planungen der Gruppenstunden einbezogen werden. Den Befragten liegt an einer positiven Atmosphäre, in der sich Kinder und Jugendliche wohl fühlen; ihnen ist bewusst, welche verantwortungsvolle Rolle sie im Leben der Jugendlichen einnehmen können. Sie beschreiben, dass sie von Jugendlichen bei Sorgen und Problemen angesprochen werden, wenn diese nicht mehr mit den Eltern geteilt werden; sie reflektieren hier eine Stärke von Jugendarbeit als informellem Lernraum. Einige Jugendgruppenleiter verstehen die Gruppe auch als notwendigen Schutzraum im Ablösungsprozess vom Elternhaus.

(...) es geht darum, dass wir gemeinsam da sozusagen, ja, dass wir uns kennen. Und da geht's nicht darum, dass irgendwelche Eltern sagen: „Ach, ich könnte ja auch mal das Ganze machen.“. Das muss auch so ein gewisser Schutzraum sein für die Jugendlichen und (...) das entwickelt sich eben gut, und ich kriege natürlich viel mit, ich rede auch viel mit ihnen über die Dinge. Die wissen inzwischen, ich bin eben nicht ihr Elternteil, ich bin kein Lehrer und so. Also aus dieser anderen Position heraus. Und sie daraus heraus auch mal zu bestärken, offener zu reden (männlich, 35, konfessionelle Jugendarbeit).

Andere Befragte sehen sich als wichtige Bezugspersonen und ihre Meinung und ihr Urteil haben bei den Jugendlichen Gewicht. Sie gehen daher sensibel mit positiven und negativen Rückmeldungen um und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen wollen sie nicht enttäuschen. Sie äußern gleichwohl Unsicherheiten, wie sie mit schwierigen Situationen umzugehen sollen, da ihnen dafür die professionelle Ausbildung fehle. Sie handeln eher intuitiv, mit dem „gesunden Menschenverstand“.

Für mich war es immer wichtig, dass ich das Vertrauen halte, d.h. also, was Kinder einem rübergebracht haben, habe ich auch eigentlich nie an die Eltern weitergebracht. Das hat mich mal an einen Punkt gebracht, gerade wie das mit den Drogen war, dass ich mir gesagt habe: „Mensch war das eigentlich richtig? Hast die Klappe gehalten, hast zu hause nichts gesagt. Hättest du vielleicht mal rechtzeitig was sagen sollen, dass dagegen gesteuert worden wäre?“. Eltern haben mir vielleicht das auch mal vorgeworfen. Aber für mich war immer wichtig, dass ich das Vertrauen, was die Kinder zu einem haben, dass ich das behalte (...) und ich habe also versucht mit meinen Mitteln, (...) was anderes vorzuleben und meine besten Ratschläge – die Finger davon zu lassen – weiter zu geben (**männlich, 39, Jugendrotkreuz**).

Die Mehrheit der Jugendgruppenleiter übernimmt Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen auch über das Vereinsthema hinaus. Wie weit diese reicht, ist sehr unterschiedlich. Der größere Teil der Befragten beschreibt dies als Verantwortungsübernahme im Sinne von Hinhören bei Fragen und Problemen, die Kinder und Jugendlichen haben.

Etwa ein Drittel der Befragten würde die Jugendlichen ansprechen, wenn sie außerhalb des Vereins „Mist bauen“ und würden dies problematisieren.

*Ich denke mal, wenn da jetzt irgendwelche Sachen vorkämen und ich das mitbekommen würde, würde ich auch dann mit den Kindern sprechen und sagen: „Hier Moment, was war da? Das möchten wir so hier nicht.“. Ich denke, das kommt dann auch so auf den Tisch (**weiblich, 43, Sportjugend**).*

Drei Jugendgruppenleiter gehen auf ihre Kontakte zu den Eltern ein. Die Frage, ob man bei Problemen auf die Eltern zugehen soll, ist jedoch mit Unsicherheiten verbunden; dies bezieht sich vor allem auf Überlegungen, wie weit ihre „Befugnisse“ reichen. Sie formulieren Zurückhaltung, weil das Ansprechen der Eltern als Eingriff und Einmischung in die Erziehung begriffen werden könnte.

*Eigentlich ist das schon auf den Verein begrenzt. Ich kann da ja auch nicht irgendwo groß in die Erziehung eingreifen. Wenn mal was vorfällt, und ein Elternteil ist jetzt da, wird schon mal gefragt: „Ja, wie läuft es denn so...?“. Und wenn mal was nicht passt, spricht man das schon an (**männlich, 34, Sportjugend**).*

Vor dem Hintergrund der Dimensionen ihrer Funktion und der Ausgestaltung der Jugendgruppenarbeit sind die überwiegende Mehrheit der Jugendgruppenleiter engagiert. Sie haben ein offenes Ohr für die Fragen und Probleme der Jugendlichen, sie sind jedoch auch unsicher im Umgang mit schwierigen Situationen und in der Reichweite ihrer Kompetenzen. Idealtypisch lassen sich aus dem Interviewmaterial drei Typen von Jugendgruppenleitern ableiten:

Typ 1: „Beziehung und Anerkennung der Jugendphase“

Bei diesem Typ ist die Beziehung zu den Jugendlichen von großer Bedeutung. Er nimmt die Jugendlichen über ihre Mitgliedsrolle hinaus als Persönlichkeit wahr und der Anerkennung der Jugendphase als eigenständiger Lebensphase kommt ein hoher Stellenwert zu. Dieser Typ übernimmt in der Jugendarbeit über die Gruppenstunden hinaus eine besondere Verantwortung für die Jugendlichen. Von den befragten Jugendgruppenleiter lassen sich acht diesem Typ zuordnen.

Typ 2: „Beziehung und Verein“

Bei diesem Typ spielt die Beziehungsorientierung gegenüber den Jugendlichen eine zentrale Rolle. Er nimmt den Jugendlichen als eigene Persönlichkeit mit seinen Bedürfnissen und über seine Mitgliedsrolle hinaus wahr; und er übernimmt in der Beziehung (pädagogische) Verantwortung. Darüber hinaus ist ihm der Erhalt der Organisation wichtig; die Jugendarbeit dient dabei unter anderem auch der Nachwuchsrekrutierung, sie hat für ihn sowohl einen pädagogischen als auch einen instrumentellen Charakter. Von den befragten Jugendgruppenleiter lassen sich 13 diesem Typ zuordnen.

Typ 3: „Traditioneller Anleiter“

Dieser Typ lässt sich zugespitzt mit dem Begriff des „traditionellen Anleiters“ beschreiben. Seine Beziehung zu den Jugendlichen ist geprägt von einem mehr hierarchisch-traditionellen Rollenverständnis. Seine Verantwortung für Jugendliche beschränkt sich weitgehend auf deren Rolle als Vereinsmitglieder und wird vor allem in diesem Kontext wahrgenommen; das Vereinsthema und die Rekrutierung von Nachwuchs stehen bei der Arbeit mit den Jugendlichen im Vordergrund. Von den befragten Jugendgruppenleiter lassen sich fünf diesem Typ zuordnen.

Staatsbürger und Rechtsextremismus

Der überwiegende Teil der Interviewten hat sich als „Bürger der Gemeinde“ zum lokalen Rechtsextremismus verhalten und die Jugendgruppe bleibt bis auf wenige Ausnahmen von diesem Engagement ausgenommen. Dies beruht vor allem auf einem Bild des „unpolitischen Vereins“, der vor allem dem Sachthema dient und gleichzeitig ein kommunikativ-geselliger Lebensraum sein soll.

Fünf Jugendgruppenleiter gaben an, dass sie sich auch als Staatsbürger nicht aktiv gegen den Rechtsextremismus in ihrer Gemeinde positioniert haben.

(...) aber dass ich jetzt definitiv hier was dagegen gemacht hätte? Ich hab halt gedacht: „Solang es uns nicht direkt betrifft, will ich mit dem Ganzen erst mal nicht viel zu tun haben.“ (weiblich, 21, Sportjugend).

Zwei der Befragten haben sich öffentlich positioniert und ihre Haltung gegen den lokalen Rechtsextremismus deutlich gemacht. Diese Positionierung sah unterschiedlich aus. So hat sich ein Befragter entschieden, mit dem lokalen Akteur der rechtsextremen Szene, trotz jahrelanger Bekanntschaft, kein Wort mehr zu wechseln um zu verdeutlichen, dass er seine Haltung ablehnt.

Ich für meine Person, ich hab's dann irgendwann so gehalten und gesagt: „Okay, mit ihm keinen ‚Guten Tag‘, kein nix mehr. Er soll merken, dass man das nicht will.“. Sobald man sich mit dem unterhält, normal halt, ist der wie jeder normale Bürger und er denkt dann, das wäre so akzeptiert (männlich, 43, Jugendfeuerwehr).

Eine Befragte musste sich mit erheblichen Widerständen aus der Gemeinde auseinandersetzen, als sie – als eine der Ersten – versuchte, den lokalen Rechtsextremismus in der Gemeinde öffentlich zu machen. Erst durch die Unterstützung von anderen meinungsbildenden Personen der Gemeinde wurde das Thema als Konflikt akzeptiert. Das Beispiel unterstreicht die beschriebenen Befürchtungen einiger Jugendgruppenleiter, sich mit einem politischen Engagement in einer ländlichen Kommune in eine schwierige Situation zu bringen, wenn dieses von anderen Bewohnern (noch) nicht mit getragen wird.

*Ganz am Anfang, als ich mich positioniert habe nach außen und sehr deutlich gesagt habe: „Ich bin gegen diese Form von rechts Denken oder von Rechtsextremismus“, da kamen viele aus der Kerngemeinde auch, die gesagt haben, dazu haben sie nichts zu sagen. Also das war ein ganz hohes Konfliktpotenzial und das hat sich beruhigt. Sie haben akzeptiert dadurch, dass die Akzeptanz innerhalb des Ortes, und auch der Bürgermeister hat eine große Rolle gespielt, dass es andere Meinungsmacher auf einmal auch gesagt haben: „Das ist richtig. Da muss man was dagegen sagen.“, da wird das jetzt geduldet. Ich empfinde, dass keine Anfeindungen mehr kommen **(weiblich, ohne Altersangabe, konfessionelle Jugendarbeit)**.*

Fünf Befragte engagieren sich – unterschiedlich stark – in den Bürgerbündnissen, die in allen drei Orten gegründet wurden. Dabei reicht die eigene Mitwirkung von punktuellen Kontakten mit dem Bürgerbündnis, über die Bearbeitung von Vorhaben bis hin zu einer sehr engagierten Mitarbeit, die auch mit einer stärkeren Außenwirkung der Person verbunden ist. Sieben Befragte berichten, an den durch die Bürgerbündnisse organisierten Gegenveranstaltungen teilgenommen zu haben.

*(...) aber sonst eben privat da gewesen bei den Gegendemonstrationen. Bei der ersten da war es im Prinzip ja nur so, dass 15, 16, 20 Gegendemonstranten da waren. Das hat im Prinzip geschickt und dann ist das eben immer mehr geworden. Und dann war das irgendwann so, dass immer mehr Gegendemonstranten da waren als Nazis. Ja und im Prinzip hat man ja schon was getan, dadurch dass man anwesend war. Dadurch dass man den Nazis keinen Raum gelassen hat, auf den Marktplatz zu kommen **(männlich, 19, Jugendfeuerwehr)**.*

Parallel zur Positionierung in Form der Teilnahme an den Demonstrationen verweisen fünf Befragte darauf, dass sie in Alltagsgesprächen mit Freunden und Bekannten eindeutig Stellung bezogen haben.

Es ist eine deutliche Trennung zwischen den Rollen identifizierbar, die im Jugendverband und die als Staatsbürger übernommen werden. Der Verein und die Jugendverbandsgruppe werden von den Jugendgruppenleitern überwiegend als unpolitische Orte (im engeren Sinne) wahrgenommen; die meisten bewerten sie jedoch als „Werkstatt der Demokratie“.

„Werkstatt der Demokratie“

Die Zuschreibung „Werkstatt der Demokratie“ wird überwiegend mit zwei Dimensionen versehen: Erstens wird Demokratiebildung als die **Einübung von sozialen Regeln** im Verein verstanden. Die Mehrheit der Jugendgruppenleiter beschreibt, dass die Jugendlichen so Demokratie „im Kleinen“ lernen können und wie das soziale Miteinander funktioniert; dies sollen sie dann auf Situationen außerhalb der Gruppenstunden übertragen.

Wir vermitteln ja Werte, wir haben Regeln in unserem Verein. Und gerade im Tischtennis ist Fairness ein ganz wichtiges Wort. Die Spieler geben sich die Hand vor dem Wettkampf und hinterher geben sie sich auch wieder die Hand. Auch wenn sie verloren haben sagen sie: „Danke dir für das gute Spiel.“. Das ist so üblich. Und insofern vermitteln wir erzieherische Werte und von denen hoffen wir eben, dass sie sich auch in das sonstige soziale Umfeld transferieren und von daher, denk ich, ist das schon auch ein Beitrag zur Demokratieerziehung. Und zur Erziehung, miteinander fair umzugehen (männlich, 50, Sportjugend).



Die Hälfte der Interviewten gibt zweitens Hinweise auf die **Mitbestimmungsmöglichkeiten** ihrer Mitglieder. Jugendliche werden in die Gestaltung von Übungs-/Gruppenstunden einbezogen, können bei der Durchführung von Fahrten mitbestimmen und haben Möglichkeiten der Einflussnahme im Verein.

Und bei den Kindern kann man hingehen und kann fragen: „Hier, wie sieht es aus? Wollen wir Rad fahren oder wollen wir lieber wandern? Oder wollen wir die und die Trainer dieses Mal haben, auf dem Lehrgang?“; und dann sagen die Kinder dann auch schon, was sie haben wollen, und was nicht. Und das find ich dann schon ganz klasse. Das geht auch im Wettkampfbereich, da kann ich hingehen und sagen: „Hier, wie sieht es aus? Wer möchte gerne auf die Meisterschaft fahren, und wer nicht?“, weil da gibt’s auch genügend andere Stätten wo man dann hingehet und sagt: „Du, du, du, ihr fahrt auf die Meisterschaft.“, und das mach ich nicht. Die Kinder kriegen das bei mir freigestellt. Wer hinfahren möchte, und wer nicht. Und von daher ist das schon was, wo sie mitbestimmen können und sich mitteilen können (männlich, 36, Sportjugend).

Eine Jugendgruppenleiterin benennt ein Strukturelement in ihrem Verein, das Jugendlichen ermöglichen soll, stärker die eigenen Bedürfnisse einzubringen. Dies wird jedoch nicht vom gesamten Verein getragen und sie berichtet in diesem Zusammenhang von möglichen Widerständen des Vorstandes.

Also wenn wir das Juniorteam jetzt wieder auffrischen oder so, denk ich schon. Also die sollen schon Mitspracherecht haben und sollen auch für sich Veranstaltungen planen, die für sie sind. Ob der Vorstand dann immer einverstanden ist, ist die andere Frage (weiblich, 40, Sportjugend).

Ein Jugendgruppenleiter aus der konfessionellen Jugendarbeit geht ausführlich auf sein Ideal einer gelungenen Jugendarbeit ein und hebt sich damit deutlich von anderen Befragten ab. Für ihn sind vor allem die Selbstorganisation und Selbstbestimmung zentrale Dimensionen einer guten Jugendarbeit.

Weil ich halt der Ansicht bin, dass Jugendarbeit wird von Jugendlichen gemacht, das andere ist meinetwegen Jugendsozialarbeit. (...) Jugendliche sollen etwas für sich tun. (...) Im Moment sind wir aber eben noch in diesem Missverhältnis, dass ich



eben auch der Pädagoge bin. Und das ist natürlich... also ich mache das, daher lebe ich mit der Rolle. Aber das ist die Rolle, die ich halt auch immer schwierig finde. Also, die haben wir woanders ja auch überall. Spannender ist es, wenn Jugendliche das selber machen. Wie man das sonst auch aus einer Schülervertretung oder so kennt. Und das ist dann auch ein ganz anderes lernen. Wenn sie eben selber gucken müssen, wie sie sich ihre Meinung bilden, Abstimmungen, und was umsetzen, eben, dass eine Meinung haben dann auch Konsequenzen bedeutet (männlich, 35, konfessionelle Jugendarbeit).

Er bezieht diese Vorstellungen aus gelungenen Projekten der Jugendarbeit in anderen Regionen, an denen er mitgewirkt hat. Zudem verfügt er über eine Sozialisation im Jugendverband (unter anderem regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen und Erfahrungen in der Mitarbeit in der Landeskirche), die zur Herausbildung einer „gewissen Professionalität“ in seiner Rolle als Jugendgruppenleiter geführt hat. Dies unterscheidet ihn von den anderen befragten Jugendgruppenleitern, die primär durch die lokalen Vereine sozialisiert sind und aus dieser Erfahrung ihr Verständnis von Jugendarbeit entwickelt haben.

Fazit

Auf der Basis des Interviewmaterials konnten die Konfrontationslinien mit dem lokalen Rechtsextremismus, die Thematisierungsebenen innerhalb der Vereine und der Jugendgruppen sowie vereinspolitische Umgangsstrategien nachgezeichnet werden. Weiter wurde ein komplexes Bild über das Verständnis der Jugendarbeit, der Rolle als ehrenamtliche Mitarbeiter und des persönlichen Umgangs mit Rechtsextremismus deutlich.

1. Die Umgangsstrategien der Vereine sind im Kontext der kommunalen Konfliktlagen und -dynamiken zu sehen. Einflussfaktoren sind hier die Erscheinungsformen des lokalen Rechtsextremismus, die Akzeptanz der rechtsextremen Szene im Ort und die sich daraus ergebenden Fragen und Konfrontationslinien. Vereine, die mit Angehörigen der rechtsextremen Szene oder deren Aktivitäten konfrontiert sind, reagieren vereinspolitisch immer mit Abgrenzung und Distanzierung; dazu zählen Vereinsausschluss, Haus- oder Platzverbot. Eine Thematisierung findet statt, wenn es in der Kommune eine Problemwahrnehmung und öffentliche Diskussion gibt. Die kommunalen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements durch Bürgerinitiativen und die öffentliche Thematisierung durch die politischen Akteure haben Einfluss auf die Reaktionsweisen der Vereine. Sie nehmen Beteiligungsmöglichkeiten an zivilgesellschaftlichen Gegenaktivitäten wie der (formellen und informellen) Teilnahme an Veranstaltungen, Festen („Bunt-statt-braun“) oder die Verabschiedung einer kommunalen Resolution wahr.

2. Die Umgangsstrategien in der Jugendarbeit sind beeinflusst durch ihre organisatorische Einbindung in die lokalen Vereine. Sie prägen mit ihrer Kommunikations- und Interaktionskultur und ihrem Selbstverständnis den Thematisierungs- und Handlungsrahmen der Jugendgruppen und Jugendgruppenleiter in der Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus. Die Beschäftigung mit kommunalpolitischen Themen hat in vielen Vereinen einen eher geringen Stellenwert; im Vordergrund stehen die Vereinsthemen und kommunikativ-gesellige Interessen. Vereinspolitische Entscheidungen und Beschlüsse zum Umgang mit dem lokalen Rechtsextremismus werden vor allem von den Erwachsenen in den Vorständen ge-

troffen und vereinzelt auch in Mitgliederversammlungen diskutiert. Vorstandsbeschlüsse haben für die Jugendgruppenleiter einen wichtigen Stellenwert und eine vereinspolitische Positionierung dient zudem der Sicherung des „guten Rufs“ des Vereins und damit der Mitgliederbindung.

3. Kinder und Jugendliche sind an der vereinspolitischen Verständigung darüber, wie der lokale Rechtsextremismus einzuschätzen ist und wie der Verein reagieren sollte, kaum beteiligt. Mit Kindern und Jugendlichen wird der lokale Rechtsextremismus mehr in informellen Gesprächssituationen des Vereinsalltags als „kommunale Neuigkeit“ besprochen. Der Austausch bleibt vor allem auf diese punktuelle Form der Thematisierung bezogen. Eine Ausnahme ist hier die evangelische Jugendarbeit, bei der auch eine politisch-zivilgesellschaftlich und pädagogisch motivierte Auseinandersetzung in der Gruppenstunde bzw. im Rahmen des Konfirmandenunterrichtes stattgefunden hat.

4. Im Selbstbild der Jugendgruppenleiter sind die Verantwortungsübernahme für Jugendliche, ihre Rolle als Ansprechpartner, dann vor allem Fürsorge und Beziehungsarbeit (und vereinzelt auch Hierarchie, Strenge und Disziplin) wichtige Elemente. Vor allem die Nähe zu den Jugendlichen und die informellen Situationen in der Jugendgruppe bieten Gelegenheiten des Gespräches – auch überkomplizierte Themen; hier können Jugendgruppenleiter ihre Positionen anbieten.

5. Viele Jugendgruppenleiter trennen zwischen ihrer Rolle im Verein und ihrer Staatsbürgerrolle. Während in der Jugendarbeit der interviewten Gruppenleiter politisches Engagement und die Thematisierung politischer Themen weniger favorisiert wird, sind zahlreiche Jugendgruppenleiter in ihrer Staatsbürgerrolle aktiv. Das Potenzial zur Vermittlung demokratischer Werte ist in den starken gemeinschaftsbezogenen und sozialen Aspekten der Jugendgruppe, in der persönlichen Beziehung zwischen Jugendlichen und Jugendgruppenleitern und in der Wahrnehmung gegenseitiger Verantwortung begründet.



JUGENDGRUPPEN IN KIRTORF

Im Rahmen des Projektes wurden Mitte des Jahres 2007 Jugendliche und junge Erwachsene aus **Kirtorf** zu ihrer Wahrnehmung, ihrer Position und ihrem Umgang mit dem lokalen Rechtsextremismus interviewt. Sie waren Mitglieder in drei Jugendgruppen; vier Jugendliche waren im Alter von 15 bis 18 Jahren und in der Jugendfeuerwehr, sechs Jugendliche und junge Erwachsene aus der Tennisjugend waren im Alter von 17 bis 19 Jahren und die fünf Mädchen und junge Frauen aus der Gardetanzgruppe waren zwischen 13 und 19 Jahre alt.⁹

Einige ausgewählte Auszüge aus dem umfangreichen Interviewmaterial zeigen, wie unterschiedlich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Zeitpunkt des Interviews das lokale Phänomen der „Berserker“ wahrnehmen, sich positionieren und mit ihm umgehen.

⁹ Nach einem zunächst breiter angelegten Vorhaben sollten mehrere Jugendgruppen aus den drei Kommunen interviewt werden; dies war aus Zeitgründen aber nicht realisierbar.

Jugendfeuerwehr

Die vier Jugendlichen aus der Jugendfeuerwehr sind über das Elternhaus oder „durch Kumpels“ und Freunde zum Jugendverband gekommen und aktive Mitglieder geworden. Sie finden die Jugendarbeit – feuerwehrtechnische Ausbildung, Theorie und Praxis, Freizeitaktivitäten wie Spiele, Kino und Schwimmbad u. a. – interessant und attraktiv; sie sind gerne in der Verbandsgruppe.

Die Jugendlichen kennen die „Berserker“ in Kirtorf – „wenn man hier wohnt, dann kommt man nicht drum rum“. Sie haben „keine direkten Kontakte“, aber man trifft und kennt die Aktivisten und den Treffpunkt (ausgebauter Stall) und hat – auch durch die Polizeipräsenz – schon „früher mitgekriegt, was die treiben“. Ein Jugendlicher ist eher verwundert: „Also es gibt schon ein paar Leute, die man so kennt, die man mal trifft und von denen man denkt, dass die so stark darin verwickelt sind“. Ein Akteur (B. K.) der „Berserker“ ist für sie „ein ganz normaler Mensch, den man überall antrifft“; es sind für die Jugendlichen „Menschen die alle nicht verkehrt sind“ und der B. K. hat sich für sie „da schon ziemlich weit reinreißen lassen“.

Die Interviewten sind in ihren Einstellungen durchaus ambivalent und unterscheiden zwischen Person(en) einerseits und Ideologie und Verhaltensweisen andererseits. Sie lehnen die ihnen bekannten Personen nicht ab, die gehören für sie „zum Ort“ und ihnen gegenüber wird eine gewisse Sympathie bekundet. Dass „die so tief da drin hängen“, da reingerutscht sind – so ein entschuldigendes, mit Verführung verbundenes Erklärungsmuster – wird von den Jugendlichen bedauert; ebenso, dass Räume für Treffen und Konzerte zur Verfügung gestellt wurden. Sie akzeptieren vor allem B. K. „als Mensch“, kritisieren dann seine Einstellung; angeboten wird weiter eine neutrale und formale Position, nach der „jeder denken kann, was er will“ und „die denken nun mal so, haben halt nur ihre Einstellung“.

Für die Jugendlichen kommen nur wenig Aktive der „Berserker“ aus Kirtorf und die meisten aus der näheren Umgebung; insgesamt ist für sie „das ganze Thema bisschen zu übertrieben, sie haben halt ihre Meinung und ich finde das jetzt nicht so extrem“. Es wird weiter auf das Dorf – mit einem quasi-pädagogischen Auftrag

– verwiesen, „wenn man sich zusammengetan hätte, hätte man vielleicht auch helfen können raus zu kommen“.

In der Jugendfeuerwehr waren Rechtsextremismus und die „Berserker“ kein Thema und es hat auch „keiner danach gefragt“; verwiesen wird auf Schule, Fernsehen und Zeitungen, die für Aufklärung zuständig seien.

Tennisjugend

Die sechs Jugendlichen sind im Verein, weil ihnen der Sport mit seinem Training, seinen Punktspielen und Turnieren „Spaß macht“; sie sind mit der Trainerin, dem Vereinsleben (z. B. der Maitour) und den Aktivitäten „im Großen und Ganzen eigentlich zufrieden“.

Man kennt die rechtsextreme Szene („Berserker“) und hier vor allem zwei, drei Leute „vom sehen“. Die Jugendlichen distanzieren sich deutlich vom (lokalen) Rechtsextremismus und seinen Akteuren, sie nennen sie „mehr Feinde, mit denen und deren ausländerfeindlichen Einstellungen man nix zu tun haben will“. Die Jugendlichen wissen ihre ablehnende Position gegenüber dem (lokalen) Rechtsextremismus mit Hinweisen zur „Ausländerfeindlichkeit“ und „ns-verherrlichender Ideologie“ zu begründen. Aus ihrer Sicht kommt eine kleine Gruppe aus Kirtorf und hier war ihr Treffpunkt, aber „sie kamen von überall hierher, aus umliegenden Dörfern“.

Im Verein wurde das Thema nicht aufgegriffen – „da wird nicht drüber geredet“ und „das hat da auch nix verloren“; es „gibt keinen Bedarf“. Sie sehen aktuell keine Notwendigkeit und keinen Grund die lokale Situation in der Verbandsgruppe zu thematisieren, würden sich aber – wenn gewünscht und notwendig – nicht dagegen sperren. Weiter sind die Jugendlichen mit dem Ruf des Ortes konfrontiert, sie werden u. a. an ihrem Ausbildungsplatz außerhalb „auf Kirtorf“ angesprochen mit Formulierungen wie „ach so, da, wo die Rechten sind“.

Gardetanzgruppe

Die fünf Mädchen und jungen Frauen aus der Gardetanzgruppe des Karnevalvereins in Kirtorf sind in der Gruppe, weil ihnen das „Tanzen, die Übungen, die Auftritte an Fasching und bei der Kirmes“ als Hobby viel Spaß machen. Mit der Jugendgruppenleiterin und in dem Verein kommen sie „gut zurecht“; die Jugendgruppenleiterin „ist engagiert“ und „setzt sich für uns ein“. Sie sind mit den weiteren Aktivitäten (z. B. Besuche in der Partnerstadt, „viel quatschen“, „gemeinsam joggen“) zufrieden, aber „es könnten ein paar mehr Auftritte sein“.

Die interviewten Mädchen und jungen Frauen kennen die rechtsextreme Szene („Berserker“) und die Akteure in Kirtorf, die sie in zweierlei – lokal-kommunikativer und politisch-bewertenden – Richtung so kommentieren: deren Ansichten sind „falsch“, „schrecklich“, „ausländerfeindlich“ und „sie verharmlosen die NS-Zeit“; dann verhalten „die sich eigentlich ganz nett, grüßen einem“. Sie haben mit „denen nichts zu tun“ und wollen „auch nichts mit ihnen zu tun haben“; eine Interviewte formuliert: „der Sinn ist nicht nachvollziehbar“. Die Aktivitäten der „Berserker“ sind den Mädchen und jungen Frauen u. a. durch die wiederholten Polizeiaufgebote und durch Erzählungen bekannt; sie „haben an Fasching Stunk gemacht, Schlägereien angefangen“. Für sie kommen aus Kirtorf zwei oder drei Akteure und „es gibt



auch Ältere in der Szene“; die anderen kommen aus benachbarten Orten und auch die Treffen (Feiern) sind „in den Nachbarort verlegt worden“. Für die Mädchen und jungen Frauen ist es „heftig, was man im Fernsehen gesehen hat“. Sie positionieren sich eindeutig, sind engagiert gegen rechts und planen (zum Zeitpunkt der Interviews) „von der Stadt aus eine Veranstaltung zum Rechtsextremismus“. Vor allem sind sie wiederholt mit dem „Ruf der Stadt“ konfrontiert; es wird „sich lustig gemacht über Kirtorf als Nazikaff“, und „jeder weiß Kirtorf, das nervt“.

In der Gruppe ist der lokale Rechtsextremismus nicht „das große Thema, aber man redet schon“. Für die Interviewten gehört es eher nicht in den Verein, sondern in die Schule; aber sie fühlen sich aufgeklärt: „ich glaub, wir wissen alle genug darüber“. Für sie ist klar, dass rechtsextreme Einstellungen in Vereinen nicht toleriert werden dürfen und ggf. „mit Ausschluss“ geahndet werden muss. Sie selbst würden in ihrem Verein bzw. in ihrer Gruppe „erst reden, helfen da rauszukommen, dann in der ganzen Garde drüber reden und einen Ausschluss begrüßen“.

Alle Jugendlichen nehmen die lokale Kameradschaft und deren Aktivitäten sensibel wahr, die Akteure sind ihnen in der kleinen Kommune bekannt. Während die Jugendlichen aus der Tennisjugend und der Gardetanzgruppe eine eindeutig distanzierende Stellung einnehmen, sind die Jugendlichen aus der Jugendfeuerwehr ambivalent; sie trennen zwischen den ihnen vertrauten Personen und deren politischen Orientierungen und Aktivitäten.



QUALIFIZIERUNG VON JUGENDGRUPPENLEITERN

Im Rahmen des Projektes wurden Jugendgruppenleiter in den beiden Kommunen Kirtorf und Hoch-Weisel mit dem Ziel qualifiziert, sie durch Beratungs- und Bildungsangebote als Akteure und Träger von zivilgesellschaftlichem Engagement zu stärken und in ihrer Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus zu unterstützen. Als Anregungen für die Konzeption dieses Angebotes – insbesondere in Fragen des Beratungsansatzes, der Rolle der Berater, des Zugangs zur Zielgruppe und des kommunalen Kontextes – dienten die Erfahrungen aus dem Civitas-Bundesprogramm.¹⁰

¹⁰ Civitas war ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit dem in den Jahren 2001 bis 2006 Projekte gegen „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in den neuen Bundesländern gefördert wurden, vgl.: Lynen von Berg, H.; Palloks, K.; Steil, A.; Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim und München 2007

Konzeptionelle Überlegungen

In den letzten Jahren hat eine präventiv ausgerichtete Bildungs- und Beratungsarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren neben der politisch-pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen einen hohen Stellenwert bekommen. Exemplarisch für diese Entwicklung war das Bundesprogramm „Civitas“ mit seinen Schwerpunkten in der mobilen, gemeinwesenorientierten Beratung und der Vernetzungsarbeit. Um Demokratie zu stärken, wurden kommunale Netzwerke und Kooperationen gefördert sowie zivilgesellschaftliche Akteure mit ihrem sozialen und kulturellen Kapital unterstützt. Die Jugendarbeit hat als kommunales Handlungsfeld in diesem Kontext eine entscheidende Rolle gespielt und Grundgedanke war, eine demokratische kommunale Zivilgesellschaft zu fördern und zu unterstützen, sowie lokale Vereine/Verbände und Verantwortliche in der Jugendarbeit miteinander zu vernetzen.

In den Interviews wurde zunächst deutlich, dass es (bisher) kaum eine vereins- und gruppenbezogene Auseinandersetzung mit dem Thema und wenig Austausch zwischen den Vereinen und Jugendgruppen gegeben hat. Gleichzeitig zeichnete sich in den Interviews eine hohe Bereitschaft der Jugendgruppenleiter ab, auf den lokalen Rechtsextremismus zu reagieren und ein präventives, demokratieorientiertes Selbstverständnis in ihrer Jugendarbeit zu akzentuieren. Aufgrund des angebotenen und von den Jugendgruppenleitern formulierten Bedarfs nach Austausch, Informationen und Qualifizierung entwickelten wir ein Beratungs- und Bildungsangebot. Intendiert war, Jugendgruppenleitern im Rahmen von regelmäßigen Treffen ein Forum für einen Austausch und eine gemeinsame Reflexion der kommunalen Situation anzubieten. Neben einem Verständigungsprozess unter den Jugendgruppenleitern über die kommunalen Konflikt- und Problemstellungen sollte Raum für die gemeinsamen Suche nach tragfähigen Thematisierungswegen für die Jugendarbeit geschaffen und Unterstützung angeboten werden.

Der Vernetzungsprozess wurde vom Projektteam moderierend und mit fachlichen Inputs begleitet. Bei allen Treffen stellte zunächst der lokale Rechtsextremismus den Ausgangspunkt dar; gleichzeitig war die Qualifizierung so angelegt, dass

alle gewünschten Themen der Teilnehmer aufgenommen und bearbeitet wurden. Nach den Erfahrungen des Civitas-Programms sind Beratungsprozesse dann erfolgreich, wenn es den Beratern gelingt, die Ziele und das Vorgehen den Bedarfs- und Problemlagen vor Ort anzupassen und dabei kommunale Interaktionsmuster zu berücksichtigen. Für das Bildungs- und Beratungsangebot des Projektes bedeutete das, im Spannungsfeld zwischen einem **offen-moderierenden** und einem **gegnerschafts-fixierten Ansatz** zu agieren. Die Berater übernahmen im Sinne des offen-moderierenden Ansatzes keine politische Akteursrolle in der Kommune und vermieden eine polarisierende Bekämpfungshaltung, die eine dialogische Verständigung über Problemdefinitionen und Umgangsstrategien erschweren würde. So wurde ein „sanfter“ und nicht einen konfrontativer Einstieg sowie eine offene Haltung gegenüber den Bedarfen und Thematisierungswünschen der Teilnehmer favorisiert. Darüber hinaus ging es bei der Qualifizierung darum, die Jugendgruppenleiter – im Sinne des Empowerment-Ansatzes – durch Beratung und Begleitung, politische Bildung und Informationsvermittlung zu befähigen, selbst mit ihren Problemen umzugehen und ihre Kompetenzen zu stärken. Dabei war eine wertschätzende Grundhaltung der Berater wesentliche Voraussetzung; die Beratung wurde dialogisch gestaltet und die Jugendgruppenleiter wurden als „Experten in eigener Sache“ anerkannt.

Teilnehmer

In der Projektzeit fanden in **Kirtorf** sechs Treffen mit jeweils etwa sieben Teilnehmern statt; neben Jugendgruppenleitern nahmen Vorstandsmitglieder der Verein und engagierte Bürger teil. Zunächst wurde das Qualifizierungsangebot eher zögernd und vorsichtig aufgenommen; aus dem kleinen Teilnehmerkreis konnte jedoch ein Jugendgruppenleiter gewonnen werden, der dann als „Bindeglied“ zu weiteren Interessierten diente. Das Angebot konnte über ihn kommuniziert werden und gleichzeitig erhöhte seine Ansprache die Verbindlichkeit der Treffen – und machte neugierig, sich zu informieren. Durch die guten Kontakte und das Engagement dieses Jugendgruppenleiters war die folgende Veranstaltung mit etwa 15 Teilnehmern gut besucht. Bei den weiteren Treffen bildete sich eine Kerngruppe aus

etwa acht Personen aus unterschiedlichen Jugendgruppen heraus, die stabil war und ähnlich besetzt blieb.

In **Hoch-Weisel** gab es sechs Treffen mit jeweils etwa sechs Teilnehmern. Sie waren bis auf eine Ausnahme Jugendgruppenleiter, die aus der Interviewphase bekannt waren. Der lokale Rechtsextremismus stellte in Hoch-Weisel eine aktuelle kommunale Konfliktsituation dar, was dazu führte, dass hier die themenbezogenen Qualifizierungsrunden gut angenommen wurden. Zunächst wurde für die Treffen ein Veranstaltungsort in der Nachbarkommune gewählt, um einen räumlichen Abstand zur angespannten Situation zu haben; das gab den Teilnehmern eine gewisse Sicherheit für eine offene Thematisierung.

Die Teilnehmer schätzten das Qualifizierungsangebot und begrüßten es, eine Plattform für einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zu haben. Die Vergegenwärtigung, dass sie mit ihren Ängsten und Befürchtungen nicht alleine sind, stärkte die Jugendgruppenleiter und schaffte eine hohe Verbindlichkeit der Treffen.

In **Gladenbach** gab es zum Zeitpunkt des Projekts keine aktive rechtsextreme Szene und die interviewten Jugendgruppenleiter schienen keinen Bedarf an kontinuierlichen Beratungs- und Bildungsangeboten zu haben. Wenn es auch keine regelmäßigen Qualifizierungstreffen gab, so nahmen doch zahlreiche Interviewte aus den Jugendgruppen, hauptamtliche Mitarbeiter aus der Jugendarbeit und Mitglieder des Bürgerbündnisses an einer Veranstaltung teil, bei der die Ergebnisse der Befragung präsentiert wurden.

Themen der Treffen

Die Treffen waren so gestaltet, dass es zunächst eine Austauschrunde gab, bei der die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, den lokalen Rechtsextremismus und aktuelle Probleme zu thematisieren. Dieses Angebot war ein wichtiger und kontinuierlicher Bestandteil der Treffen; die Jugendgruppenleiter nutzten die Gelegenheit, um entsprechende kommunale Neuigkeiten mitzuteilen und sich auszutauschen. Weiter wurde in Absprache mit den Jugendgruppenleitern für jedes Treffen ein The-



ma festgelegt, das entweder anhand von Inputs (z.T. von externen Referenten) oder anhand von Gesprächs-/Diskussionsrunden mit „Workshopcharakter“ bearbeitet wurde.

Nachdem in **Kirtorf** das Projekt beim ersten Treffen vorgestellt und Möglichkeiten und Perspektiven erläutert wurden, war in der anschließenden Diskussion zu erkennen, dass die Thematisierung des lokalen Rechtsextremismus für die Jugendgruppenleiter nicht im Zentrum stand. Die rechtsextremen Akteure hatten aufgrund des polizeilichen Einschreitens keine Treffmöglichkeiten mehr und sie hatten ihre Aktivitäten in die umliegenden Orte verlagert. Diese Situation wurde mit der Formulierung „es brodelt, aber an der Oberfläche ist es ruhig“ charakterisiert. Die Jugendgruppenleiter beschäftigte vielmehr die Frage nach einer möglichst guten präventiven Jugendarbeit; ihre Themen waren beispielsweise die „Beteiligung von Jugendlichen“ und „Jugendgewalt“.

Auf Initiative eines Teilnehmers wurde für das zweite Treffen das Thema „Vom Mitmachen zur Verantwortung“ aufgenommen. Hier wurde diskutiert, welche Angebote die Vereine und die Jugendverbandsgruppen – vor dem Hintergrund von Veränderungen im Alltag der Jugendlichen – bereithalten müssen, um junge Menschen langfristig in ihren Gruppen zu halten und für ein stärkeres Engagement attraktiv zu machen. Das Thema beschäftigte die Anwesenden und es gab eine kontroverse Diskussion, bei der sich einige Teilnehmer für einen flexibleren Umgang

mit Vereinsstrukturen (Ämter, etc.) einsetzten und anderen die bisherigen Strukturen als nicht verhandelbar galten.

In dieser Veranstaltung kamen außerdem Gewalterfahrungen von Jugendlichen zur Sprache und die Anregung, sich beim folgenden Treffen mit dem Thema „Gewalt“ zu beschäftigen, wurde vom Projektteam aufgegriffen. Eine Referentin der Jugendkonflikthilfe aus Marburg, die sich mit Gewaltsituationen von Jugendlichen



auseinandersetzt, hielt einen Vortrag zum Aspekt, wie sich die Teilnehmer in ihren Rollen als Jugendgruppenleiter oder als Eltern verhalten können. Aufgrund der großen Relevanz und den durch das Treffen hergestellten Kontakt wurde die Referentin in der Kommune zu einer späteren Veranstaltung erneut eingeladen.

Während der Projektzeit entwickelte sich in Kirtorf ein kommunales Netzwerk aus aktiven Jugendgruppenleitern und Mitgliedern des Aktionsbündnis (die z.T. zu den Teilnehmern unserer Qualifizierungsangebote gehörten), das zum Ziel hatte, die Jugendlichen stärker ins kommunale Geschehen einzubeziehen; sie machten ihnen in diesem Zusammenhang unterschiedliche Freizeit- und Bildungsangebote. Zur Unterstützung der Jugendgruppenleiter wählte das Projektteam für ein weiteres Treffen das Thema „Mit Jugendlichen ins Gespräch kommen“. Hier wurden Me-

thoden zu den Fragen vermittelt, wie man mit Jugendlichen ins Gespräch kommen kann oder mit größeren Gruppen an einem bestimmten Thema arbeiten kann.

Beim letzten Treffen wurde die Methode der kollegialen Beratung vorgestellt, um den Jugendgruppenleitern eine Möglichkeit zu zeigen, selbst strukturiert über Probleme ihrer Jugendarbeit ins Gespräch zu kommen.

In **Hoch-Weisel** war über die gesamte Projektzeit die Thematisierung des lokalen Rechtsextremismus zentral. Die Teilnehmer nutzten das Qualifizierungsangebot überwiegend als Plattform, um zu berichten, wie die Jugendgruppe und der eigene Verein mit dem Rechtsextremismus konfrontiert ist und wie sie in ihrer Rolle mit den Problemen umgehen.

Bei den ersten drei Treffen spielte der Austausch über den lokalen Rechtsextremismus und mögliche Handlungsstrategien der Vereine und Jugendgruppen eine zentrale Rolle. Fragen waren: Wie entwickelt sich der Rechtsextremismus in Hoch-Weisel? Mit welchen Problemstellungen sind Jugendgruppenleiter konfrontiert? Muss sich die Jugendarbeit in Hoch-Weisel aufgrund dieser Herausforderung verändern? Die Teilnehmer äußerten außerdem Interesse an Informationen über den „Rechtsextremismus als Jugendkultur“; dies wurde als Thema bei einem weiteren Treffen aufgegriffen.

Bei allen Qualifizierungstreffen wurde über die Frage diskutiert, ob das Kind des lokalen Akteurs – des damaligen Landesvorsitzenden der NPD – in die Hoch-Weiseler Vereine aufgenommen werden sollte. Ängste und Befürchtungen, die bereits in den Interviews geäußert wurden, waren Thema bei den Gesprächsrunden; das Für und Wider wurde abgewogen und kontrovers diskutiert und die Argumentation bewegte sich im Spannungsfeld zwischen einer moralisch-pädagogischen Verpflichtung und einem vermuteten „Sprengpotenzial“. Eine Referentin der Hessischen Sportjugend, die zu einem späteren Treffen eingeladen wurde, konnte von ihren Erfahrungen berichten und den Teilnehmern als Expertin wichtige Hinweise zum Umgang mit dem Rechtsextremismus im Kontext von Vereinen und Jugendgruppen geben.

Das folgende Treffen fand in der Sporthalle in Hoch-Weisel statt; nach einem intensiven Austausch über die kommunale Situation wurde von den Jugendgruppenleitern das Interesse an einem Workshop formuliert, der zum einen die eigenen Handlungskompetenzen erweitern und zum anderen der Thematisierung von Rechtsextremismus in der Jugendgruppe dienen sollte. Hierzu veranstaltete die Projektgruppe ein „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“. Hintergründe von Stammtischparolen und Vorurteilen wurden diskutiert, verschiedene Situationen des Alltags und der Jugendarbeit, in denen Stammtischparolen auftreten können, nachgestellt und durchgespielt. Den Teilnehmern konnten bei diesem Workshop unterschiedliche Handlungsstrategien vermittelt werden.

Rolle des Projektteams

Bei den Qualifizierungstreffen veränderte sich die Rolle des Projektteams. Zu Beginn hatten wir einen eher distanzierten und forschenden Blick auf die Gemeinde und die Jugendgruppenleiter. Die Teilnehmer hatten jedoch Ansprüche an das Projekt und nahmen uns eher als externe (politische) Akteure in der Gemeinde wahr, die neben der Bürgerinitiative auch aktiv gegen Rechtsextremismus handeln wollten. Dies erzeugte eine Ambivalenz zwischen der im Projektzusammenhang definierten Rolle einerseits und den Erwartungen der Jugendgruppenleiter andererseits. Die Position veränderte sich hin zu einer stärkeren Anteilnahme am Gemeinde- und Vereinsgeschehen, vereinzelt trat das Projektteam auch als Akteur im kommunalen Kontext auf, z.B. mit einer Beteiligung an der Veranstaltung „Mitternachtssport“. Wir haben dabei aber darauf geachtet, Aktivitäten in der Gemeinde nicht selbst zu initiieren und das Engagement sollte stets von den Mitgliedern in der Gemeinde angeregt und getragen werden. Die Reflexion der eigenen Rolle als externes Projektteam und die Intention, die Teilnehmer als lokale Akteure und Träger von zivilgesellschaftlichem Engagement zu stärken, war zentrale Orientierung der Arbeit in der Gemeinde und der Rollenfindung.

Weitere Aktivitäten

Die im Projekt gewonnen Erkenntnisse und Erfahrungen sollten in den Jugendverbänden bekannt gemacht, einer breiten Fachöffentlichkeit und in den drei Gemeinden Gladenbach, Kirtorf und Hoch-Weisel der kommunalen Öffentlichkeit vorgestellt werden. Daher gab es in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain eine Fachtagung und bei einzelnen Jugendverbänden wurden Vorträge gehalten und Workshops durchgeführt.

Im Rahmen der zweitägigen Fachtagung „Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus“ in der Evangelischen Akademie Arnoldshain wurden die Ergebnisse des Projektes der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Die Fachtagung richtete sich an Fachkräfte, ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter und an zivilgesellschaftlich engagierte Initiativen und Bündnisse in Hessen. Themen der Fachtagung waren die „aktuelle Entwicklung des Rechtsextremismus“, „Beratung in ländlichen Kommunen“ und die „Bildung eines Beratungsnetzwerkes in Hessen“. Die Fachtagung wurde u.a. von Mitgliedern aus Bürgerinitiativen, Fachkräften und professionellen Beratern, Lehrern, Mitarbeitern der Kirchen und aus Jugendverbänden besucht.

Jugendverbände

Die Projektergebnisse wurden auf Landesebene bei der Sportjugend, der Johanner-Jugend, dem BDKJ und der DGB-Jugend, der Landjugend sowie der Jugendfeuerwehr vorgestellt. In der Jugendfeuerwehr gab es darüber hinaus Workshops mit Ehrenamtlichen auf Landes- und Kreisebene. Ziel der Veranstaltungen war, grundlegende Information über Rechtsextremismus zu vermitteln, die Thematisierungsbedarfe im jeweiligen Jugendverband aufzugreifen und Umgangsstrategien zu diskutieren.

Kommunale Öffentlichkeit

In den drei Kommunen Hoch-Weisel, Gladenbach und Kirtorf wurden zum Abschluss des Projektes die Ergebnisse der kommunalen Öffentlichkeit vorgestellt. In den Gemeinden fand eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt, zu der interessierte Jugendliche, Mitglieder aus den örtlichen Bürgerinitiativen, die Jugendgruppenleiter aus den Verbandsgruppen und Mitarbeiter der kommunalen Jugendarbeit kamen. Neben der Information über die Projektergebnisse wurden die Veranstaltungen von den Teilnehmern genutzt, sich über die Fragen „Was wurde erreicht?“ und „Wie geht es weiter?“ zu verständigen. In Kirtorf nutzten zwei Vertreter des örtlichen „Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus“ die Veranstaltung dazu, ihre Aktivitäten der kommunalen Öffentlichkeit vorzustellen.

Fazit

1. Es war in den beiden Gemeinden zunächst schwierig, Teilnehmer für das Qualifizierungsangebot zu gewinnen. Die Einladungen zu den Treffen wurden eher kritisch kommentiert: „zu kompliziert“ und „zu unklar, was passieren und da rauskommen soll“. An die Zielgruppe angepasste Formulierungen und die Benennung bzw. Absprache der Themen und Absichten für das jeweilige Qualifizierungstreffen zeigten jedoch positive Wirkungen. Ehrenamtliche setzen in ihrer meist knappen Freizeit Prioritäten und wollen den Nutzen der Angebote für sich und den Jugendgruppenalltag erkennen.

2. In der ersten Phase des Beratungs- und Qualifizierungsprozesses war es hilfreich, dass lokale Akteure das Angebot in der Kommune kommunizierten. Sie machten durch persönliche Ansprache andere Jugendgruppenleiter auf das Angebot aufmerksam und konnten deren Interesse für eine Teilnahme wecken. Persönliche Kontakte und Ansprache in den Gemeinden haben eine größere Verbindlichkeit hervorgerufen als die Einladung „von außen“ – vom Projektteam.

3. Der Projektverlauf hat gezeigt, dass die Offenheit gegenüber den Themen der Teilnehmer für die Intention der Qualifizierung – Stärkung der Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure – wichtig war. Die Treffen wurden von den Jugendgruppenleitern als Plattform zum Austausch über ihre Jugendarbeit genutzt; neben dem lokalen Rechtsextremismus waren für sie auch andere Themen ihres Jugendgruppenalltages von. Bei den Qualifizierungstreffen wurden diese Themen aufgenommen und mit den Jugendgruppenleitern durch Impulsreferate, Diskussionen und praktische Übungen bearbeitet.

4. Die Rollenzuschreibungen, mit denen das Projektteam in der Gemeinde konfrontiert wurde, bewegte sich zwischen der eines „Helfers“, einer Expertenrolle und einer Rolle als zivilgesellschaftlicher Akteur. Für Berater ist es notwendig, sich diese Rollenzuschreibungen bzw. sich seine Rolle bewusst zu machen und vor dem Hintergrund professioneller Beratung zu reflektieren. Im Rahmen des Projektes wurde kein aktivistischer, sondern ein offen-moderierender Ansatz realisiert, weil die Ju-



gendgruppenleiter in ihrer Verantwortung in der Gemeinde und für die Jugendlichen im Mittelpunkt standen.

Öffentliche Berichterstattung

Die Berichterstattung im Rahmen der lokalen Presse und verteilten Flugblätter sind wichtige Zeugnisse der öffentlich-medialen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen lokalen Rechtsextremismus. In einer knappen Analyse soll der Frage des medialen Umgangs mit dem Thema nachgegangen werden. Zunächst wird beschrieben, was in der Presse thematisiert wurde und welche Ereignisse zu Schlagzeilen wurden; dann wird der Frage nachgegangen, welche Gruppen und Personen sich positionieren und welche Akzente in der Berichterstattung zu finden sind.

Lokale Presse

Tageszeitungen wie die „Butzbacher Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“, „Oberhessische Zeitung“, „Alsfelder Allgemeine Zeitung“ sowie die „Oberhessische Presse“ haben ausführlich über die rechtsextremistischen Aktivitäten in der jeweiligen

Gemeinde sowie über die zivilgesellschaftlichen, kommunalen und staatlichen Gegenaktivitäten berichtet. Weiter wurden Termine wie die öffentlichen Treffen der Bürgerbündnisse kommuniziert, deren Aktionen angekündigt und über einschlägige Ereignisse (z.B. Ausschreitungen bei Demonstrationen) berichtet.

Die rechtsextreme Szene in **Kirtorf** wurde durch die Filmaufnahmen über ein neonazistisches Rechtsrock-Konzert, die in dem bereits erwähnten ausgebauten Schweinestall gemacht wurden, bundesweit bekannt. Dieses Konzert, weitere Konzerte und Treffen von Kameradschaftsmitgliedern aus dem gesamten Bundesgebiet in Kirtorf wurden jetzt in der lokalen Presse thematisiert.

Über **Gladenbach** berichteten zahlreiche Zeitungsartikel von den Nazi-Aufmärschen und Demonstrationen; wiederholt wurden die Aktivitäten in der Presse dokumentiert: „Rechte wollen erneut in Gladenbach marschieren“ oder „Rechte und Linke gingen auf die Straße“ – lauteten die Schlagzeilen aus dieser hessischen Kommune.

In **Hoch-Weisel** erzeugte der Zuzug von Rechtsextremisten und der Kauf eines Anwesens öffentliche Aufmerksamkeit – auch die der Medien. Es wird von Flugblattaktionen („Wer sind wir? Was wollen wir?“) der rechten Aktivisten berichtet und auch die Hausdurchsuchungen in Kirtorf und Hoch-Weisel (bei denen u. a. verbotene Tonträger sichergestellt werden konnten) waren Thema in der Presse.

Neben den rechtsextremistischen Aktivitäten wurden in der lokalen Presse vor allem die zivilgesellschaftlichen Gegenaktivitäten thematisiert. In allen drei Gemeinden haben sich Bürgerbündnisse gebildet um gemeinsam gegen rechtsextremistische Aktivitäten vorzugehen. In der lokalen Presse wurde regelmäßig über bevorstehende Planungstreffen, die Aktionen und Veranstaltungen berichtet. Zu nennen sind das „Aktionsbündnis Kirtorf gegen Rechtsextremismus“, der Arbeitskreis „Demokratisches Hoch-Weisel“ (dann Gründung eines neuen Bündnisses „Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz“ im Jahr 2007) sowie die Bürgerinitiative in Gladenbach „Gladenbach ist bunt nicht braun“. Interessierte Bürger haben sich bei Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen getroffen und gemeinsam nach Strategien gegen die aktuellen rechtsextremistischen Aktivitäten

gesucht. Diese Treffen wurden in der Regel von ortsansässigen Gruppen und Initiativen strukturiert, Gastredner von der Polizei, vom Verfassungsschutz und aus der Wissenschaft wurden eingeladen und berichteten über die aktuelle Entwicklung des Rechtsextremismus in Hessen (und auch bundesweit).

Anlässlich dieser Veranstaltungen gab es Hintergrundinformationen über die rechte Szene und die Presse informierte ihre Leser neben den aktuellen Ereignissen vor Ort über neuere Entwicklungen, über Kleidung, Symbole und Musik sowie die rechtsextrem motivierte Gewalt.

Öffentliche Kommunikation

Die Medien werden immer wieder als Plattform genutzt um Öffentlichkeit herzustellen. Es gab unterschiedliche Personen und Gruppen, die sich öffentlich äußerten, von Journalisten interviewt wurden und Stellung bezogen haben. Nicht nur in der Öffentlichkeit agierende Personen, wie Bürgermeister und Pfarrer wurden um ihre Meinung gefragt, auch die Leser waren Teil der öffentlichen Diskussion und sind zu Wort gekommen.

Vor allem Politiker aus unterschiedlichen Parteien und die Bürgermeister positionierten sich zu den Vorkommnissen in ihrer Gemeinde; demokratische Parteien nutzten die Medien, um ihrerseits Informationsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus anzubieten und Termine publik zu machen.

Auch die Mitglieder der Aktionsbündnisse bezogen Stellung, schrieben Leserbriefe, wenn es um gewaltverherrlichende Texte in Liedern lokaler Szenebands oder um den Rückblick auf den erfolgreichen und friedlichen Protest der Bürger ging. Sie nutzen die Medien um Termine für Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden zu kommunizieren und die Gemeindemitglieder über die Geschehnisse vor Ort aufzuklären.

Ebenso wurden Pfarrer und Kirchenmitglieder aktiv; sie waren selbst Mitglieder der Aktionsbündnisse oder thematisierten die Geschehnisse in Gottesdiensten (was nicht immer positiv von Gemeindemitgliedern aufgenommen wurde).

Die rechtsextremen Akteure und ihre Aktionen wurden in der Presse verhandelt, ohne dass sie selbst zu Wort kamen. Sie provozierten die Öffentlichkeit, indem sie Aufmärsche und Demonstrationen anmeldeten, Flugblätter verteilten oder Informationsstände auf den Marktplätzen errichteten.

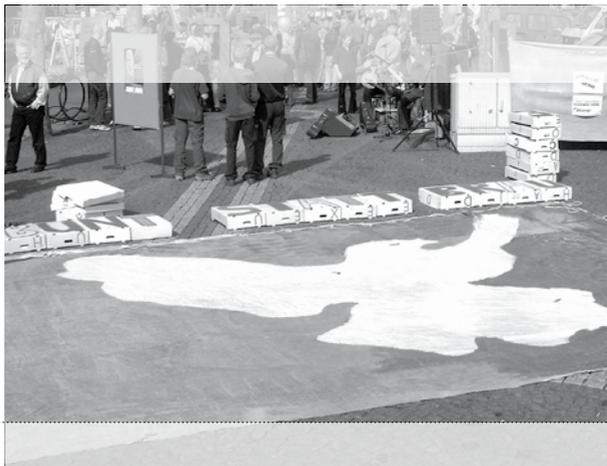
Typologie der Medienberichterstattung

In allen drei Gemeinden berichten die Medien über die Geschehnisse vor Ort, und in allen drei Gemeinden lässt sich die Medienberichterstattung nach den drei Aspekten als „bürgernah“, „informativ“ und „kontrovers“ charakterisieren.

Bürgernah: Die lokale Presse wurde von den Bürgerinitiativen, demokratischen Parteien und Schulen genutzt, um Termine für Infoveranstaltungen und Podiumsdiskussionen zu kommunizieren.

Informativ: Die Leser wurden über Ergebnisse und Erfolge von Veranstaltungen und Aktivitäten informiert, wiederholt wurden Hintergrundinformationen zum Thema Rechtsextremismus – Kleidung, Musik, Symbole, Weltanschauung, Gewalt u.a. – vermittelt.

Kontrovers: Durch Leserbriefe hat eine öffentliche, teilweise emotionale Diskussion der Ereignisse stattgefunden. Insbesondere Sprecher der Bürgerbündnisse, aber auch deren Kritiker nutzten die Gelegenheit Leserbriefe zu verfassen und unterschiedliche Sichtweisen zu vertreten. Die Mitglieder der Bürgerinitiativen wollten den Gemeindemitgliedern die brisante Situation vor Ort verdeutlichen, ihnen Möglichkeiten zu Partizipation bieten und auf die Dringlichkeit des Themas hinweisen. Ihre Kritiker vertraten die Sichtweise, dass es nicht sinnvoll sei, die Geschehnisse vor Ort über zu bewerten und so den Rechtsextremisten Aufmerksamkeit zu bieten. Dies sei nicht angebracht und hätte negative Folgen für die Gemeinde; der gute Ruf der Gemeinde dürfe nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.



BÜRGERBÜNDNISSE UND -INITIATIVEN

Der Zivil-/Bürgergesellschaft kommt eine zentrale Akteursrolle im kommunalen Leben und öffentlichen Sozialraum zu. Sie hat eine lange Tradition und ist vielfältig in Vereinen und Verbänden, in Kirchengemeinden sowie unterschiedlichen Interessengruppen, Initiativen und Netzwerken formell wie informell organisiert; sie ist ein wichtiger und akzeptierter Bestandteil kommunaler Öffentlichkeit, in der Kommunikation und Besetzung des sozialen Raumes. In der sozialen und lebensweltlichen Integration der Bürger spielt die Zivilgesellschaft eine herausragende Rolle. Eine spezifische Form zivilgesellschaftlicher Strukturen und von Engagement sind freiwillige und selbstorganisierte – punktuelle oder auch langfristige – Zusammenschlüsse, Bündnisse und Initiativen von meist erwachsenen Bürgern, die Verantwortung übernehmen, ihre Interessen formulieren, auf Probleme aufmerksam machen und (politischen) Widerstand sowie Öffentlichkeit organisieren. So haben sich auch in den drei ländlich-kleinstädtischen Kommunen Gladenbach, Kirtorf und Hochweisel – mit unterschiedlichen Bezeichnungen versehene – Bürgerbündnisse/-initiativen (BI) gegründet, die eine aktive und kreative, effektive und federführende Rolle spielen sowie einen wesentlichen Einfluss in der Thematisierung und öffentlichen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen lokalen Rechtsextremismus hatten.

Mit Vertretern aus den drei BI wurde im Rahmen des Projektes im Jahr 2007 ein längeres (offenes, leitfadengestütztes) Interview zu ihrer Gründung und Zusammensetzung, ihren konkreten Aktivitäten und Zielen, ihren Konflikten und Perspektiven geführt. Im Folgenden werden aus den umfangreichen Transkripten einige ausgewählte Passagen vorgestellt und kommentiert.¹¹

Arbeitskreis demokratisches Hoch-Weisel (ADHW)

Die Kommune war bzw. ist überraschend mit einem Rechtsextremismus „von innen kommend“ (einer Wohngemeinschaft mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden der NPD) konfrontiert worden und der Arbeitskreis (AK) hat sich gegründet, nachdem in Hoch-Weisel „die Rechtsradikalen in die Langgasse zugezogen sind“. Eine erste Informationsveranstaltung einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürger fand am 13.5.2005 im Haus der freiwilligen Feuerwehr statt; dabei wurde eine Steuerungsgruppe gegründet, die sich ADHW nannte und mit einem ersten Infoblatt an die Öffentlichkeit gewendet hat.

Schwierigkeiten

Zunächst war der Arbeitskreis in der Gemeinde nicht anerkannt und wurde wiederholt mit erheblichen Widerstand von Bürgern konfrontiert; nach Angaben der Interviewten gab es negative Rückmeldungen, Angriffe und Verleumdungen in der kommunalen Kommunikation und bei Veranstaltungen sowie Schwierigkeiten für Treffen geeignete Räumlichkeiten im Ort (mit Ausnahme der Feuerwehr) zu finden. Weiter gab es Hinweise wie, „es doch sein zu lassen“ und eine Grundeinstellung, „die seien eigentlich gar nicht so schlimm, dass wir Unruhe ins Dorf bringen, wir eine Hetzjagd betreiben“ würden; auch werden in Teilen der Bevölkerung problematische Orientierungen (Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit) und Zustimmungen gesehen. Gleichzeitig kamen von rechtsextremer Seite zwei Flugblätter in die Bevölkerung, in der sie sich zunächst als „nette Nachbarn“ vorstellten, die

¹¹ Die Bürgerbündnisse in Gladenbach und Kirtorf sind für ihr zivilgesellschaftliches Engagement mit Preisen politisch gewürdigt und ausgezeichnet worden.

hier „in Frieden leben“ wollen; dann aber auch in einem „Hetzblatt“ zeigten, „was sie für Leute sind“.

Im ADHW fanden „heiße Diskussionen“ mit der und über die ANTIFA in Frankfurt statt; nach einem Treffen war man „ganz entsetzt“, ebenso über deren Teilnahme an einer Demonstration und deren Auftreten, weil damit 2006 die Stimmung in der Bevölkerung gekippt ist und es ein Angstpotenzial von beiden Seiten („den Nazis und der ANTIFA“) gab: „Und vorneweg die schwarz gekleidete ANTIFA mit ihren Sprüchen, das hat die ganze Hoch-Weiseler Bevölkerung eigentlich total verunsichert und auf die Seite der Nazis gebracht“. Zu dem Droh- und Angstpotenzial der extremen Rechten heißt es weiter: „Es gab eine ganze Reihe von Leuten, die es nicht gewagt haben zu den Treffen unseres Bündnisses zu kommen, weil sie meinten, sie würden gefilmt auf dem Weg hierher und würden von Nazis zu Hause aufgesucht“.

Deutlich wahrgenommen wurde von den Interviewten die Unsicherheiten in der Bevölkerung und die Unruhe sowie die gestörte Harmonie im Dorf bzw. Dorfleben. Hingewiesen wurde auf eine paradoxe Situation, weil „Streitereien und Konflikte, die in Vereine, Familie, das ganze Dorfleben hinein getragen werden“ zunächst dem Arbeitskreis und „nicht den Nazis zur Last gelegt wurden, weil wir darüber redeten“.



Erfolge

Als Motiv in dem Arbeitskreis mit zu machen; wird von den Mitgliedern u. a. genannt: „Weil ich den Nazis keinen Raum geben will, weil sie ein verbrecherisches, rassistisches, faschistisches, antisemitisches Menschenbild haben. Es geht um Wahrhaftigkeit, dass ich zu mir selbst stehen kann und mich nicht schämen muss, gekniffen zu haben.“ Um die Arbeit zu qualifizieren, ließ sich der Arbeitskreis (AK) von der Anne-Frank-Begegnungsstätte in Frankfurt inhaltlich sowie in Organisationsfragen fortbilden.

In der zweieinhalbjährigen Arbeit hat der AK „schon was erreicht. Die Arbeit war nicht sinnlos. Es hat sich ein Umdenken in der Bevölkerung breit gemacht soweit wir das feststellen können“. Die Veranstaltungen waren gut besucht, bspw. kamen zur ersten Veranstaltung im Haus der „freiwilligen Feuerwehr überraschend viele Jugendliche“ und bei der „Vortragsveranstaltung hier in der Wetterauhalle waren erstaunlich viele Menschen gekommen“. Die Veranstaltungen, Vorträge und der Mitternachtssport (im November 2007) – mit nahezu 500 Teilnehmern – haben dem ADHW Mut gemacht und Wirkung gezeigt, weil deutlich geworden ist: „Wir sind eine Mehrheit“; auch wenn sich die Besucher nicht aktiv der Arbeit des AK angeschlossen haben. Es hat sich für die Interviewten mit der Zeit viel gewandelt und sie glauben, dass „mittlerweile das Dorf zu größeren Teilen auf ihrer Seite ist.“

Breites Bündnis

Die Gemeinde bot zunächst kaum Unterstützung an. Die Mitglieder waren mit Argumenten und Verhaltensweisen konfrontiert wie, „ist doch gar nicht so schlimm. Wir schweigen das lieber tot. Wir werten die nur auf, wenn wir was dagegen machen“. Das hatte sich nach einer öffentlichen Veranstaltung (bei der auch Aktivisten der Kameradschaft anwesend waren) mit Vertretern aus dem Landeskriminalamt (LKA), dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), aus der Wissenschaft und dem Butzbacher Bürgermeister geändert und führte zu einer breiten und mobilisierenden Bündnisdiskussion in Butzbach und zu positiven Zielen –, für Demokratie und Toleranz“. Nach Auffassung der Interviewten sind alle Veranstaltungen

gut gelaufen; es sind keine Probleme aufgetreten und die Kooperation mit der Polizei wurde positiv bewertet. Aufgrund der großen Teilnehmerzahl und öffentlichen Resonanz wird „der Mitternachtssport als die bisher am besten gelungene Veranstaltung“ gesehen, weil er „einfach auch die größte Öffentlichkeitswirkung hatte“. Mit Ausnahme der Feuerwehr fand zunächst keine Kooperation mit den Vereinen (als Träger der lokalen Zivilgesellschaft) statt; sie wurden jedoch immer eingeladen und informiert. Stärker ist der Arbeitskreis nicht auf die Vereine zugegangen, „so richtig geworben haben wir seiner Zeit nicht. Es war uns einfach auch zu viel, man konnte nicht alles machen“. Das hat sich dann mit der Entwicklung hin zum Butzbacher Bündnis und einer breiten Zusammenarbeit von Parteien, Vereinen, Schulen und weiteren Gruppierungen geändert; so haben beim Mitternachtssport schließlich „der Tennisverein, der Radfahrverein und der Fußballverein mitgemacht“.

Es gab ein Sprechergremium des zeitweise großen Arbeitskreises, der für die aktive Umsetzung der geplanten Vorhaben zuständig war und nach außen kommunizierte. Hingewiesen wird auf einen weiteren Erfolg, dass „es für viele Butzbacher das erste mal war, dass sie so ne Demonstration erlebt haben“; viele haben aktiv mitgemacht „und nicht nur aus dem Fenster gelehnt und geguckt wie seinerzeit in Hoch-Weisel“.

Bürgerbündnis (BB) Gladenbach

Das Bürgerbündnis ist in Gladenbach aus der schon lange Jahre bestehenden Friedensinitiative hervorgegangen. Nach dem ersten Aufmarsch und weiteren drohenden Aufmärschen der extremen Rechten hat „man telefoniert, rumgefragt und sich zusammengesetzt um etwas dagegen zu tun“. Es gab keine kommunale rechtsextreme Szene und Verankerung, die Aktivitäten sind „von außen kommend“ von einem regional bekannten Aktivisten ausgegangen, der eine zeitlang in Gladenbach wohnte.

Kerngruppe

Zum „inneren Kreis“ des BB gehörten der Schulleiter der Europaschule, der Bürgermeister, eine Vertreterin vom Ver.di-Bildungszentrum, ein Pfarrer und ein Dekan der evangelischen Kirche, ein Kaufhausbesitzer (Vorsitzender des Gewerbevereins) sowie – so wird von den Interviewten hervorgehoben – eine aktive Frau aus dem Kreis der ehemaligen Friedensinitiative. Sie waren der Kern des Bündnisses, haben die Ideen gesammelt und umgesetzt; zum „äußeren Bereich“ gehörten etwa 25 Leute und „es kamen auch ständig noch Leute hinzu“.

Als Motiv, in dem BB mitzumachen, wurde genannt, das „man ja aus der Geschichte lernt: wehret den Anfängen“ und „dass Gladenbach keine Nazi-Hochburg wird“. Weiter gab es religiöse Motive, nach denen „alle Menschen gleich sind und keiner das Recht hat, sich zu erheben“. Dem Bündnis war wichtig „ganz konkret in unserer Stadt etwas zu tun“ und zu verhindern, dass die Nazis „Resonanz bei einigen Jugendlichen finden“ und kein positives Meinungsumfeld finden.

Aktivität und Erfolge

Eine Vielzahl phantasievoller Aktivitäten sind vom Bürgerbündnis ausgegangen; im Zeitraum der drei folgenden Aufmärsche wurde beispielsweise der Slogan „Gladenbach ist bunt nicht braun“ geprägt, es gab zahlreiche Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Mitmachaktionen auf dem Marktplatz (z.B. töpfern von Friedenstauben, eine Luftballonaktion, Musik und Volkstanz sowie eine Kehrausaktion), eine Fotoschau und Ausstellungen, eine Sammlung von 2.800 Unterschriften, Glockenläuten; gelb-grüne Bändchen (die Gladenbacher Farben) wurden als Bekenntnis und Zeichen der Zugehörigkeit aufgehängt. Bei dem Fest auf dem Marktplatz und auch bei vielen anderen Aktivitäten des Bündnisses haben aufgrund dessen partizipativer Struktur viele Bürger, Kirchengemeinden und Vereine mitgemacht. Die Interviewten heben in diesem Zusammenhang die „gute Zusammenarbeit mit der Presse“ und die breite regionale und überregionale Berichterstattung in den Medien hervor. Die dritte Demonstration der extremen Rechten mit 450 Personen „war der entscheidende Moment, wo dann Gladenbach auch begann ganz stolz auf

sich zu sein, da haben sich viele Gladenbacher solidarisiert und bei Aktionen mitgemacht“. Die vom BB ausgehende Besetzung des Marktplatzes – „dem Herz der Stadt, das den Gladenbachern gehört“ – und die vielen Aktionen werden als überwältigender Erfolg bezeichnet. Die formelle wie informelle Zusammenarbeit mit der Stadt – z.B. dem Ordnungsamt – wird als sehr positiv beschrieben. In dem Gebiet am Stadtrand, in dem die Demonstration der extremen Rechten verlief, „hatten wir aufgefordert: Leute lasst die Rollläden zu, Türen und Fenster dicht. Das hat auch eigentlich jedes Haus, nahezu jedes Haus, wirklich gemacht“. Das BB ist mit den Resultat der Aktivitäten äußerst zufrieden, unter anderem da bei den „Aktionen viele Menschen in Kontakt miteinander gekommen sind, die sonst nie miteinander geredet hätten“.

Skepsis – Antifa

Das Bürgerbündnis hat „die Bürger gezwungen, Stellung zu beziehen. Und das denke ich, war ganz wichtig. Also, entweder ihr seid dafür oder ihr seid dagegen“. Das BB ist jedoch zunächst mit einer anderen Meinung in der Bevölkerung konfrontiert worden: „Lasst sie doch kommen. Die kommen einmal und dann haben wir Ruhe. Denn, je mehr wir uns wehren, desto eher locken wir sie an, reizen sie“. Auch einige Vereine und einzelne Geschäftsleute verhielten sich eher zurückhaltend und waren über die Präsenz und den Aktivitäten der angereisten ANTIFA aus Gießen und Marburg verärgert. Es kam zur Auseinandersetzung, bei der das Bürgerbündnis der ANTIFA in einem Gespräch deutlich machte, dass ihre Aktivitäten „kontraproduktiv wären, dass es unsere Angelegenheit und Sache der Gladenbacher sei und daran hat sich die Antifa dann auch gehalten“.

Zurückhaltende Vereine

Das BB hatte nur vereinzelt Kontakte zu Vereinen und informierte diese, „sie wurden [jedoch, Anm. d. Verf.] nicht erreicht“. Die Vereinsstrukturen und die Bereitschaft der Vereine für politisches Engagement wurden vom BB eher skeptisch eingeschätzt: „Aber um Vereine zu motivieren, bei Gegendemos auf dem Markt mitzu-

machen, das haben wir dann auch gar nicht probiert, weil wir gemerkt haben, das macht keinen Sinn. Damit überfordern wir uns. Da würden wir uns abrackern und unnötig Energien rein geben. Die wollen das irgendwie nicht“.

Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus Kirtorf (AB)

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses in Kirtorf sehen den Anlass ihrer Gründung und die Motive ihres Engagements in „einem Demo-Tag im April 2004“. Die Kommune ist seit mehreren Jahren mit einem „von innen kommenden“ Rechtsextremismus konfrontiert (Kameradschaft „Berserker“, mit einem Bauernhof bzw. ausgebauten Schweinestall als Treffpunkt). Ein Interviewausschnitt macht die Betroffenheit eines Kirtorfer Bürgers deutlich: „Mich hat der Tag seinerzeit geschockt, wo hier in Kirtorf mehr Polizisten als Einwohner unterwegs waren und wir von der Außenwelt hermetisch abgeriegelt wurden. Bei dem Treffen auf dem besagten Gelände bei dem Herrn K. [ein lokaler Aktivist der rechtsextremen Szene, Anm. d. V.], wurde mit einigen Hundert Rechtsextremen aus ganz Deutschland gerechnet. Und dazu hatten sich noch die Linken angesagt und es war die Gefahr einer riesigen Schlägerei. Und da habe ich für mich beschlossen: So kann es nicht weitergehen, es muss etwas passieren. Ich wohne hier, ich möchte mich einbringen“.

Einige Bürger haben sich spontan zusammengeschlossen und sind zum Bürgermeister gegangen. Ihr Leitmotiv war, „wir machen was dagegen, wir Bürger wehren uns dagegen, wenn die Stadt nichts macht, machen wir was!“ Daraufhin erfolgte eine Einladung des Bürgermeisters zu einem gemeinsamen Treffen, von Personen aus verschiedenen Vereinen, politisch Aktiven und die in der Öffentlichkeit stehen; „die haben sich dann tatsächlich zu einem losen Haufen getroffen“.

Aktiv werden

In Kirtorf waren bereits seit mehr als 10 Jahren wiederholte und eindeutige Aktivitäten der rechtsextremen Szene im lokalen öffentlichen Raum beobachtet worden; dazu gehörten „das Feiern von Führers Geburtstag“ und dem „Todestag von

Hess“; „Traktoren, die mit der Reichskriegsflagge und Leuten auf dem Anhänger durch den Ort gefahren wurden“..„Zu den Treffen kamen, das sah man an den Nummernschildern, Leute aus Thüringen und Sachsen. Die stellten dann die Autos schon außerhalb des Dorfes auf und marschierten dann dahin [zu dem Bauernhof im Ort, Anm. d. V.]. Man konnte die dann immer durch den Ort laufen sehen“. Die bisherige Politik, diesen lokalen Rechtsextremismus „unter den Teppich zu kehren“ und „zu verharmlosen“, wollten viele der Interviewten nicht mehr mitmachen.

Das neu begründete Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und sein Anliegen wurden durch einen aufklärenden Fernsehbericht in der Sendung Kontraste unterstützt. Hier wurde ein Konzert der Szene in deren lokalen Treffpunkt (ein umgebauter Schweinestall) gezeigt und deutlich gemacht, mit welcher harten Ideologie und mit welchen Akteuren man es in Kirtorf zu hatte. Nach Auffassung der Interviewten haben „die Demo und der Filmbeitrag die Bevölkerung wachgerüttelt“. Damit verstummten verharmlosende, relativierende und vereinzelt sympathisierende Einstellungen „in der Mitte der Gesellschaft“ und gegen die Polizeipräsenz gerichtete Argumente wie: „Ach was wollt ihr mit einer Bürgerinitiative, lass die Jungen doch da unten machen. Das ist doch gar nicht so schlimm, was die da machen“. „Müsst ihr das so aufbauschen? Es ist doch gar nicht so schlimm“. „So viel Polizei, das treibt das Ganze nur hoch“.

Aktivitäten und Erfolge

Zu den ersten Aktivitäten des AB gehörte eine Unterschriftensammlung; weiter gab es Gruppenarbeiten und das Motto „Kirtorf ist bunt“ an den Ortseingängen. Mit Tischen und Bänken hatte man sich vor den Hof des Aktivisten der Szene gestellt; Plakate wurden entworfen und Informations- und Diskussionsveranstaltungen abgehalten (u. a. in der Gleentalhalle, bei der auch lokale Aktivisten der rechtsextremen Kameradschaft anwesend waren); für Vereinssatzungen wurde eine Präambel empfohlen, nach welcher in den Vereinen kein Rechtsextremismus bzw. jede Art von Extremismus geduldet wird. Nach der Gründung erhielten Mitglieder des Aktionsbündnisses Drohbriefe und Drohanrufe, bzw. wurden z.T. direkt von Personen aus der Szene angesprochen. Somit war die Beteiligung unter anderem mit

Ängsten verbunden: „Also ich hatte auch ein bisschen Angst“. Trotzdem ließ sich das AB nicht einschüchtern und war weiterhin erfolgreich aktiv: So konnte „Presse/ Öffentlichkeit hergestellt“ und „die Bevölkerung sensibel für dieses Thema gemacht“ werden; „die [Rechtsextremen, Anm. d. Verf.] haben gemerkt, dass sie hier auf Widerstand stoßen“. In der Bevölkerung wurde ein „kritisches Bewusstsein geschaffen“, darüber hinaus konnte bis in die umliegenden Kommunen hinein vermittelt werden: „Macht nicht den Fehler wie in Kirtorf, jahrelang ist alles verschwiegen worden, es ist nichts gemacht worden; macht nicht den Fehler, geht sofort dagegen“.



Von Seiten der Stadt gab es kleinere Unterstützungsleistungen (Kopien, Aufkleber), „aber es war kein aktives Engagement“. Vom Bürgermeister und der Stadt waren einige enttäuscht: „Oft wurde man alleine gelassen. Nicht eine Sitzung, die ich mitgemacht habe, nicht einmal habe ich den Bürgermeister gesehen“. Positiv wird dagegen die Presseberichterstattung – „die hat uns wirklich unterstützt“ – und die Unterstützung durch und Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz bewertet. Die Schule konnte als wichtiger Ort von Prävention und Intervention genutzt werden: „Mit Herrn O. [vom Staatsschutz, Anm. d. V.] war ich an zwei Schulen. Da haben wir Filmbeiträge gezeigt und die Lehrerschaft aufgeklärt“.

Alle drei Bürgerinitiativen hatten bzw. haben als kommunale Akteure wesentlich Einfluss auf die öffentliche Meinung bzw. auf die Entwicklung eines ausgeprägten Problembewusstseins. Von ihnen gingen Informationsveranstaltungen und vielfältige öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus; sie stellten Wissen zur Verfügung und prägten das Bild (Image) „ihrer“ Kommune mit. Dabei gab es in der ländlich-kleinstädtischen Gesellschaft zunächst durchaus auch Skepsis und Ablehnung (Gegnerschaft), die Einbindung der Bevölkerung und eine kommunalpolitische Integration zeigte sich als ein langwieriger und kontroverser Prozess; Aufklärung und Einmischung hatte z.T. auch eine polarisierende Wirkung in der Bevölkerung. Eine positive und seriöse Medienunterstützung (unter anderem der lokalen Presse) spielte dabei eine wichtige Rolle. Die drei Bürgerinitiativen waren bzw. sind in den drei ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen ein Motor und weichenstellender Kern für die Entwicklung eines Meinungsklimas und einer offenen Struktur der Kommunikation und der Mobilisierung von Widerstand; und ihnen kommt eine Initiativfunktion für die Entwicklung einer breiteren Kooperation mit Politik und Verwaltung zu.



RECHTSEXTREMISMUS UND JUGENDVERBÄNDE AUF LANDESEBENE

Im Rahmen des Untersuchungs- und Qualifizierungsprojekts wurden vier hauptamtliche Jugendbildungsreferenten und zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen zu Umgangsstrategien mit lokalem Rechtsextremismus interviewt: aus unterschiedlichen Jugendverbänden in Hessen waren das eine Bildungsreferentin der Sportjugend und der Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), eine Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend und des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), ein Bildungsreferent der Jugendfeuerwehr und der Landjugend.¹² Die explorativen Experteninterviews wurden im Zeitraum von Juli bis August 2007 durchgeführt und beinhalteten zwei zentrale Fragen: Zum einen sollte geklärt werden, wie Jugendverbände aus der Perspektive der Jugendbildungsreferenten und der Mitarbeiterinnen den Rechtsextremismus im lokalen Raum thematisieren und zum anderen, welche Umgangsstrategien auf Landesebene im Verband favorisiert werden. Die zentralen Erkenntnisse der Untersuchung lassen sich fünf thematischen Aspek-

¹² Jugendbildungsreferenten sind für die Bildungsarbeit zuständig und haben damit – im Rahmen ihrer Angebote – auch Kontakte zu Jugendgruppen und Jugendgruppenleitern; die beiden Mitarbeiterinnen haben andere Arbeitsschwerpunkte und sind u. a. für jugendpolitische und organisatorische Aufgaben im Jugendverband zuständig.

ten zuweisen, die im Folgenden beschrieben werden: **Erstens** wird dargestellt, wie aus Sicht von vier Jugendbildungsreferenten und zwei Mitarbeiterinnen der Rechtsextremismus innerhalb der Jugendverbände thematisiert wird. **Zweitens** lässt sich abbilden, welchen Stellenwert die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in ihrer beruflichen Tätigkeit hat. **Drittens** wird gefragt, ob die Interviewten rechtsextreme Orientierungen im eigenen Verband wahrnehmen. **Viertens** werden innerverbandliche Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus deutlich und **fünftens** wird ersichtlich wie die Jugendbildungsreferenten und Mitarbeiterinnen das Verhältnis zwischen Mitgliederbasis und Landesebene bewerten und welche Angebote in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus für die lokale Ebene bereitgehalten werden.

Thematisierung innerhalb des Jugendverbandes

Die Aussagen der Interviewpartner bestätigen, dass Rechtsextremismus in allen sechs Jugendverbänden thematisiert wird; wie dies geschieht und warum, unterscheidet sich jedoch.

Die Sportjugend Hessen und der BDKJ wurden auf vereinzelte Vorfälle an der Mitgliederbasis aufmerksam gemacht. Beide Jugendverbände erhöhten in Folge dessen ihr Engagement, indem sie das Thema verstärkt in die Verbands- und Bildungsarbeit hinein nahmen. Die Mitarbeiterin des BDKJ verdeutlicht, warum sich ihr Verband stärker mit Rechtsextremismus auseinandersetzt:

Also interessanterweise ist das ein Thema, das von unten, von der Basis kam und das macht es gerade so spannend. Zum einen natürlich, dass es in der kirchlichen Jugendarbeit Probleme mit Rechtsextremen gibt, wo man ja eher sagt, da sind die behüteten, gut situierten Jugendlichen, die damit nicht in Verbindung gebracht werden und trotzdem kam es von einer Ortsgruppe, die selbst gemerkt haben, dass die Kontakt mit Rechtsextremen haben.

Während sich die Sportjugend schon längere Zeit im Rahmen der interkulturellen Arbeit mit Rechtsextremismus beschäftigt hatte, rückte beim BDKJ das Thema



jetzt in den Mittelpunkt. In beiden Jugendverbänden waren u. a. Berichte über das Auftreten von Rechtsextremismus auf der lokalen Ebene Auslöser für eine intensivere Beschäftigung.

In der DGB-Jugend ist das Thema „Rechtsextremismus“ schon aus historischen Gründen präsent. Zur gewerkschaftlichen Tradition gehört es, Vortrags- und Informationsveranstaltungen durchzuführen; weiter ist es ein Bedürfnis von vielen Jugendlichen in den Gewerkschaften sich mit dem Thema auseinander zu setzen.

Innerhalb der Gewerkschaft oder des DGB ist das auf jeden Fall ein Thema auch im Erwachsenenbereich. Das hängt mit der gewerkschaftlichen Tradition zusammen und es gibt immer wieder Vortragsveranstaltungen, Informationsveranstaltungen und so weiter. Es hat auch eine gewisse Tradition, dass wir zu Demonstrationen gegen Rechts mobilisieren und aufrufen und die auch anmelden, wenn es sein muss. Auf der Jugendebene ist das natürlich auch ein Thema bei uns. Die Jugendlichen, mit

denen ich zum Beispiel zusammenarbeite, das sind viele, die in Schülervertretungen aktiv sind (...). Das ist auf jeden Fall ein Thema, was die Jugendlichen bei uns interessiert.

Die Hessische Jugendfeuerwehr sieht Rechtsextremismus in einem inhaltlichen Zusammenhang mit Gewalt. Der Verband positioniert sich eindeutig in einer Kampagne, die zeigen soll, dass rechtsextremes Gedankengut und Gewalt nicht geduldet werden.

Bei der Evangelischen Jugend und der Hessischen Landjugend wird die Thematik über Informations- und Fortbildungsveranstaltungen den Mitgliedern angeboten, um sie über die Gefahren des Rechtsextremismus aufzuklären.

In den Aussagen der Interviewpartner sind unterschiedliche Gründe für die Thematisierung von Rechtsextremismus erkennbar: Aktualität bzw. Präsenz der Problematik, Tradition bzw. historische Selbstverpflichtung, Prävention bzw. öffentliche Positionierung sowie Information bzw. Aufklärungsarbeit.

Auseinandersetzung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit

In welchem Umfang sich die Jugendbildungsreferenten und Mitarbeiterinnen mit Rechtsextremismus im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit auseinandersetzen, hängt maßgeblich von der Ausgestaltung ihrer Stelle ab. Der Referent der Jugendfeuerwehr weist darauf hin, dass sein Zeitbudget keinen Arbeitsschwerpunkt auf diesem Gebiet zulässt. Das Thema ist für ihn meist nur ein Teilaspekt seiner Tätigkeiten im Jugendbildungsbereich:

Es ist nicht so, dass wir jetzt hier einen besonderen Aufgabenschwerpunkt haben. Das würden auch die Ressourcen, die grundsätzlich ein Bildungsreferent hat, bei weitem nicht hergeben. (...) Natürlich ist es so, dass es da im täglichen Arbeitsleben immer wieder eine Rolle spielt. Wir sind ja auch Mitglied im Hessischen Jugendring. Von daher gibt es da auch eine entsprechende Positionierung. Wir versuchen da auch zu kooperieren mit den unterschiedlichsten Projekten, mit den unterschiedlichsten Einrichtungen, die sich damit beschäftigen. Wir machen eine sehr starke internationa-

le Jugendarbeit. Wir haben sehr viele Schwerpunkte auch gerade im Bereich der geschichtlichen Aufarbeitung. Exkursionen an bestimmte Orte der Geschichte, wo man auch so was thematisieren kann, aber es läuft natürlich nicht unter dem Schwerpunkt Rechtsextremismus, sondern wir versuchen eben auch bewusst zu machen, welche Auswirkungen extremistisches Verhalten in diesem Bereich haben kann und dazu fallen mir Auschwitz, Dachau oder auch Berlin ein.

Die Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend zeichnet ein ähnliches Bild. In ihrem Arbeitsumfeld kommt sie mit Rechtsextremismus kaum in Berührung. Dennoch verwendete sie zum Zeitpunkt des Interviews etwa zehn Prozent ihrer Arbeitszeit auf die Thematik, u. a. plante sie eine Fortbildungsveranstaltung für hauptamtliche Mitarbeiter. Obwohl sich der Referent der Hessischen Landjugend persönlich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, spielt das Thema im Rahmen seiner Tätigkeit nur eine geringe Rolle; er ist lediglich mit der Organisation von einer Veranstaltung in diesem Bereich beschäftigt.

Bei der Referentin der Sportjugend und der Mitarbeiterin beim BDKJ nimmt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einen größeren Teil ihrer Arbeitszeit in Anspruch. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Auftreten von rechtsextremen Äußerungen oder (jugendkulturellen) Orientierungen an der Mitgliederbasis. Bei der Jugendbildungsreferentin der Sportjugend hat sich zudem im Laufe der Zeit das Thema „Rechtsextremismus“ als Aufgabenschwerpunkt in ihrem Stellenprofil herausgebildet:

Im Moment groß, ja. Das kommt aber auch, weil wir das Thema so richtig auf die Agenda genommen haben, wie das so schön heißt. Wir haben ein Arbeitsprogramm, das der Vorstand verabschiedet. Er wurde letztes Jahr gewählt und wenn du dann unser Arbeitsprogramm siehst, würdest du nur am Rande das Thema Rechtsextremismus finden. Das war letztes Jahr, für uns noch nicht absehbar, dass das so einen Stellenwert einnimmt. Nun war ich als Bildungsreferentin auf relativ vielen Fachveranstaltungen, Tagungen eingeladen. Da war klar, dass das einen viel größeren Stellenwert einnimmt und dadurch bin ich im Moment relativ viel damit beschäftigt. Ich kann jetzt keine Prozentzahl sagen, aber das ist nicht wenig im Moment. Das ist aber auch immer temporär.

Für die Referentin der DGB-Jugend gilt, dass sie etwa 25 Prozent ihrer Arbeitszeit für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aufwendet. Dies geschieht im Rahmen von Bildungsveranstaltungen und ist mit einer Zunahme von politischen Initiativen auf diesem Gebiet begründet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich von den befragten Bildungsreferenten zwei schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus beschäftigen. Eine Mitarbeiterin verwendet einen geringen Teil ihrer Arbeitszeit für das Thema und drei Interviewte geben an, dass ihre Arbeitsschwerpunkte in anderen Bereichen liegen.

Wahrnehmung von rechtsextremen Vorfällen und Tendenzen im Jugendverband

Die Interviewpartner stellen nur vereinzelt rechtsextreme Vorfälle in ihrem Jugendverband fest. Die Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend nimmt hierzu Stellung:

Also mir sind keine Vorfälle bekannt derzeit. Also ich weiß das es Berührungen gab, aber nicht im Verband selber, sondern in den Orten wo Jugendarbeit bei uns passiert, dass es drum herum auch rechtsextreme Gruppen gab und damit auch (...) Auseinandersetzungen mit dem Thema. Aber es gab keine Jugendlichen, die direkt bei uns im Verband waren, die als solche zu identifizieren waren, sich da eingeschleust haben, also jedenfalls nicht, dass es mir bekannt ist. Dass das nicht trotzdem vorkommt, muss das nicht heißen. Also wir kriegen natürlich auch nicht alles hier mit.

Die Mitarbeiterin hat ein Problembewusstsein, jedoch keine Kenntnis von konkreten rechtsextremistischen Vorfällen innerhalb ihres Verbandes; dies gilt auch für die Aussagen des Referenten der Landjugend. Er berichtet zwar von Problemen mit Russlanddeutschen im Verband in Nordhessen, bringt diese aber nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung. Angstgefühle gegenüber den Russlanddeutschen werden seiner Ansicht nach auch von Medienberichten ausgelöst. Beide geben jedoch an, dass Jugendgruppen mit rechtsextremen Orientierungen und Personen in Berührung kommen, die sich außerhalb des Jugendverbands bewegen.

Die anderen Befragten konnten in ihren Jugendverbänden vereinzelt rechtsextreme Vorfälle beobachten. Für die DGB-Jugend und die Sportjugend werden solche Vorfälle beschrieben, mit denen die Bildungsreferentinnen in Kontakt kamen; auch die Mitarbeiterin des BDKJ und der Referent der Jugendfeuerwehr sprechen von Einzelfällen. Dazu der Referent der Jugendfeuerwehr:

Also wir wissen oder ich weiß, dass er durchaus Gruppen gibt, die dort schon Berührungspunkte haben. Sie sind gemessen an dem, was unser Verband sozusagen an Profil hat, eine absolute Minderheit.

Obwohl sie selbst keine Probleme beobachten konnten, gehen die Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend und der Referent der Landjugend auf mögliche Gründe für das Auftreten von Rechtsextremismus in Jugendverbänden ein. Die Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend vermutet, dass Jugendverbände ein Ziel von Rechtsextremisten sind, die dort ihre Ideologien verbreiten wollen:

Ich denke, weil das natürlich auch als Boden genutzt wird, um dort die Ideologien zu verbreiten. Also man findet erst mal eine Gruppe von Jugendlichen, die da auch versammelt und tätig ist und ähnlich wie diese sogenannten Schulhof-CDs an Schulen verteilt werden, werden genauso Jugendorganisationen genutzt, um die zu unterwandern und mit entsprechender Ideologie zu infiltrieren.

Diese These stützt der Referent der Jugendfeuerwehr, indem er auf Strategiepapiere der NPD verweist, die Jugendfeuerwehren als attraktiven Ort zur Rekrutierung von Nachwuchs nennen. Die Bildungsreferentinnen der Sportjugend und der DGB-Jugend sowie die Mitarbeiterin des BDKJ konstatieren, dass man Jugendverbände nicht losgelöst von der Gesellschaft betrachten könne; hier trete Rechtsextremismus ebenso auf, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Interviewpartner nennen im Wesentlichen zwei Gründe für rechtsextremistische Vorfälle in Jugendverbänden: Die Attraktivität von einzelnen Jugendverbänden für Akteure mit rechtsextremistischen Orientierungen sowie die Einbettung der Verbände in einer Gesellschaft, in der es rechtsextreme Orientierungen und Strömungen gibt.



Strategien im Umgang

Die Interviewpartner halten für ihre Jugendverbände unterschiedliche Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus bereit. Ihre Herangehensweise hängt auch davon ab, ob die Jugendverbände tatsächlich mit Phänomenen konfrontiert sind.

Der Referent der Landjugend und die Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend geben an, dass es in ihren Verbänden keine Probleme und Schwierigkeiten gibt, sie versuchen aber dennoch durch Präventionsarbeit aktiv zu sein. Haupt- und Ehrenamtliche werden über aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus informiert und sensibilisiert. Auch in anderen Jugendverbänden spielt Prävention eine wichtige Rolle. Die Varianten reichen hier von Multiplikatoren ausbildungen bei der Jugendfeuerwehr bis hin zur Mediation in der Sportjugend. Die Referentin der Sportjugend verdeutlicht ihre Vorgehensweise:

Also ich würde unterscheiden in Prävention, Frühwarnsystem und Intervention. Aktiv bin ich im Sinne der Prävention, dass ich im Moment relativ viel Vorträge zum Thema „Konflikte und Fußball“ und „Gewaltprävention und Sport“ halte, da bin ich sehr stark in der „Gewaltdebatte“. Das ist anschlussfähig dann an die Themen „Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus“. Also, wenn die mich einladen oder wenn die ein Projekt machen zum Thema „Gewalt“, versuche ich immer genau zu

gucken, denn Gewalt ist ja nur ein Mittel zur Austragung von Konflikten. Was sind denn die Konflikte und was sind die Hintergründe und da kommt man relativ schnell auch auf gegenseitige Zuschreibungen, zum Beispiel im Fußball mit ‚Scheiß Kanacke‘, ‚Scheiß Nazi‘ und da kommt man dann auch auf Themen wie „Rassismus“ oder „Ethnisierung“ oder eben auch „Antisemitismus“ und „Rechtsextremismus“. Das heißt, ich sensibilisiere die im weitesten Sinne.

Die Mitarbeiterin des BDKJ berät die Mitglieder ihres Jugendverbands bei akuten Problemfällen. Die Präventionsarbeit erfordert spezifisches Fachwissen und die Referenten der Jugendfeuerwehr, der Sportjugend sowie die Mitarbeiterin des BDKJ geben an, dass ihr Verband hierfür auf Experten von außerhalb zurückgreift.

In eindeutigen Fällen wurden rechtsextrem orientierte Jugendliche aus Verbänden ausgeschlossen; darauf verweisen die Interviewten aus der Sportjugend, des BDKJ, der Jugendfeuerwehr und der DGB-Jugend. Der Referent der Jugendfeuerwehr berichtet von einem Fall auf dem südhessischen Raum:

Ich kenne konkret ein Beispiel aus dem südhessischen Bereich, wo man dann mit den betreffenden Personen geredet hat und wo man letztendlich dann auch diese Personen aus den Gruppen ausgeschlossen hat. Das ist oftmals das einzige Mittel, was ein ehrenamtlicher Betreuer, eine Betreuerin vor Ort hat, weil er gar nicht die Möglichkeiten hat, sich damit weiter zu beschäftigen.

Die Referentin der Sportjugend und die Mitarbeiterin des BDKJ machen deutlich, dass ein Ausschluss allein das Problem vor Ort nicht löst. Vielmehr seien umfangreiche Begleitmaßnahmen wie die Einbeziehung des kompletten Umfeldes und die kontinuierliche Begleitung von Vereinen und Ortsgruppen nötig. Für die Bildungsreferentin der DGB-Jugend ist der Ausschluss von Personen in ihrem Jugendverband die einzige Strategie im Umgang mit Rechtsextremismus.

Alle Befragten geben an, dass sie zur Bearbeitung des Rechtsextremismus mit unterschiedlichen Institutionen kooperieren. Dazu zählen lokale Bürgerbündnisse, der Hessische Jugendring und Bildungseinrichtungen; die DGB-Jugend und der BDKJ arbeiten zudem im „Netzwerk für Demokratie und Courage“ öffentlichkeits-

wirksam zusammen. Die Kooperationen beziehen sich in der Regel auf Interventions- und Präventionsmaßnahmen.

Die Motive für eine aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus variieren bei den Interviewpartnern nur wenig. Am häufigsten wird die Bewahrung von demokratischen Grundwerten genannt, die mit rechtsextremistischen Orientierungen nicht vereinbar sind. Dies spiegelt sich häufig in den Satzungen der Jugendverbände wider. Die konfessionellen Jugendverbände betonen zudem christliche Werte wie Nächstenliebe und Toleranz, während die Referentin der DGB-Jugend auf die antifaschistische Tradition ihres Jugendverbandes verweist:

„Ich glaube, das eine ist die historische Ebene, was auch mit den Gewerkschaften im Nationalsozialismus passiert ist; das andere ist eine Art ideologische linke Tradition, antifaschistische Tradition. Das spiegelt sich auch in den Satzungen der meisten Gewerkschaften wider und passt in die aktuelle gewerkschaftliche Politik, mit Werten wie Toleranz und Offenheit. Es passt in das eigene Selbstbild von Gewerkschaften.“

Es lässt sich festhalten, dass sich die Motive der Interviewpartner für eine aktive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ähneln. Die Umgangsstrategien lassen sich in präventive, intervenierende sowie kooperative Maßnahmen unterteilen. Für die Aussagen der Befragten gilt: Je unmittelbarer die Jugendverbände mit Rechtsextremismus konfrontiert werden, desto konkreter werden die Umgangsstrategien.

Verhältnis zu den lokalen Jugendgruppen/Vereinen

Die Zusammenarbeit zwischen der Landesebene der Jugendverbände und der Mitgliederbasis wird durch mehrere Faktoren beeinflusst. Unter anderem bestimmt die Größe und die Personalausstattung, ob die Bildungsreferenten in direktem Kontakt zu den Vereinen und Gruppen vor Ort stehen (können). Während man bei den konfessionellen Jugendverbänden und der Jugendfeuerwehr über Multiplikatoren mit der Basis kommuniziert, kann der Referent der Hessischen Landjugend mit den meisten Mitgliedern persönlich in Kontakt treten:

Ja, wir haben zentrale und dezentrale Veranstaltungen und bei den zentralen Veranstaltungen sehen wir eher die Leitungsebene der Vereine, dazu zählen dann Ausbildungsveranstaltungen wie Juleica und unsere Gremien wie Vertreterversammlungen, Mitgliederversammlungen. Aber wir machen auch Projekte in den Gruppen, weil wir mehr zur Basis wollen, und rufen die auch an, wenn sie irgendwelche Probleme haben. Da ist schon ein ganz guter Kontakt vorhanden.

Bei der Sportjugend ist der Kontakt vor allem von der Aufgeschlossenheit der Vereine abhängig. Die Referentin der DGB-Jugend macht darauf aufmerksam, dass sie für einen Dachverband arbeitet und sich mit der Mitgliederbasis nur sporadisch austauscht. Der Referent der Jugendfeuerwehr verweist darauf, dass die personelle Ausstattung einen direkten Kontakt zur Basis im Regelfall nicht zulässt.

Es zeigt sich, dass die Größe eines Jugendverbandes den direkten Austausch zwischen Landesebene und Ortsebene beeinflusst. Während die konfessionellen Verbände über Dritte mit der Basis kommunizieren, ergeben sich Austauschmöglichkeiten für den pädagogischen Mitarbeiter der Jugendfeuerwehr nur gelegentlich. Des Weiteren sieht er es nicht als seine Aufgabe an, die Kommunikation in diesem Bereich zu fördern, da er in seiner Tätigkeit andere Arbeitsschwerpunkte hat. Der Referent der Landjugend hat weit weniger Mitglieder in seinem Jugendverband zu betreuen. Er geht davon aus, dass sich betroffene Ortsgruppen bei Problemen an die Landesebene wenden. Die lokale Ebene der Sportjugend nimmt diese Möglichkeit wahr; weiter versucht die Referentin durch ihre Kontakte und Vortragstätigkeiten den Informationsfluss zu den Vereinen zu erhöhen:

Ja es kommt drauf an, wie die betroffen sind. Also wenn die betroffen sind wie zum Beispiel in Hessen, dann treten die auch an uns heran. Der Landessportbund, unser großes Dach, ist natürlich ein kräftiger Partner, wenn es darum geht, Positionen zu markieren oder sich Unterstützung zu holen. Anders ist es bei Vereinen, die damit nichts zu tun haben. Da muss ich dann eher gucken, dass ich auf allgemeinen Veranstaltungen das Thema platziere. Dieses Bedürfnis ist erst mal bei den meisten nicht da. Das heißt, ich muss gucken, dass das Thema zum Thema wird; und das ganz un-aufgereg.

Die Unterstützung, die die Basis von der Landesebene erhält, orientiert sich an den Umgangsstrategien der einzelnen Verbände. Dazu gehört die Vermittlung von professioneller Hilfe und Beratung; der BDKJ erstellt Arbeitshilfen für die lokale Ebene. Die Ausführungen der Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend und des Referenten der Landjugend sind hypothetisch, da sie jugendverbandsintern noch keine Probleme beobachtet haben. Der Referent der Jugendfeuerwehr gibt an, dass sein Jugendverband für dieses Szenario keinen ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog erarbeitet hat.

Ein weiterer Faktor für eine gute Zusammenarbeit zwischen der Mitgliederbasis und den Jugendbildungsreferenten ist deren Bekanntheitsgrad bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern. Der Referent der Landjugend, der DGB-Jugend, der Jugendfeuerwehr sowie die Mitarbeiterin der Evangelischen Jugend gehen davon aus, dass sie den Ehrenamtlichen bekannt sind. Der Bildungsreferent der Jugendfeuerwehr schätzt seinen Bekanntheitsgrad als hoch ein:

Also bei mir kommt hinzu, dass ich doch eine sehr lange Mitarbeit als Bildungsreferent in diesem Verband nachweisen kann. Das hat gewisse Vorteile, zum Beispiel wenn es um Kontinuität geht, wenn es um Gremienarbeit, um innerverbandliche Auseinandersetzungen und Diskussionen geht, die da geführt werden.

Die Jugendbildungsreferentin der Sportjugend und die Mitarbeiterin des BDKJ schränken ihre Bekanntheit auf Arbeitszusammenhänge und persönliche Kontakte ein.

Die Aussagen der Interviewpartner umfassen unterschiedliche Faktoren, die das Verhältnis zwischen den lokalen Gruppen und der Landesebene prägen. Genannt werden die persönlichen Beziehungsnetzwerke der Hauptamtlichen und ihr Bekanntheitsgrad sowie die Größe des Jugendverbandes und die personelle Ausstattung. Die genannten Faktoren spielen auch eine zentrale Rolle beim Austausch zum Thema Rechtsextremismus und bei der Unterstützung für die lokalen Gruppen. Ein wichtiges Indiz für das Verhältnis zwischen lokaler Ebene und Landesebene sind zudem die für die Mitgliederbasis bereitgehaltenen Umgangsstrategien.

Fazit

Die Kategorie „Thematisierung von Rechtsextremismus innerhalb des Verbandes“ zeigt, dass die Jugendverbände verschiedene Angebote für ihre Mitglieder bereithalten. Diese sind im Bereich der Präventionsmaßnahmen und Positionierungskampagnen angesiedelt. Die Bedeutung des Themas „Rechtsextremismus“ unterscheidet sich von Jugendverband zu Jugendverband. Dies lässt sich zum einen daran festmachen, ob der jeweilige Verband ein Rechtsextremismusproblem hat oder nicht; zum anderen kommt es auch darauf an, wie viel Arbeitszeit die Befragten für die Thematik aufwenden. In der Kategorie „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Rahmen der beruflichen Tätigkeit“ geben zwei der sechs Interviewpartner an, dass sie sich schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus befassen; für die anderen Interviewten spielt das Thema eher eine untergeordnete Rolle.

Die Kategorie „Wahrnehmung von rechtsextremen Tendenzen im eigenen Verband“ verdeutlicht, dass vier von sechs Interviewte mit Rechtsextremismus im Jugendverband konfrontiert sind; den anderen Befragten sind keine internen Vorkommnisse bekannt. Die Interviewpartner bieten zwei Erklärungsmuster für rechtsextremistische Vorfälle in Jugendverbänden an: die Attraktivität von einzelnen Jugendverbänden für Personen mit rechtsextremistischen Orientierungen und die Einbettung der Verbände in eine Gesellschaft, in der es rechtsextreme Orientierung und Strömungen gibt.

In den Interviewsequenzen der Kategorie „Eigene Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus“ finden sich am häufigsten präventive Maßnahmen. Auf diesem Gebiet sind alle Jugendverbände tätig und kooperieren oftmals mit anderen Verbänden oder Institutionen. Intervenierende Maßnahmen kommen nur bei den Jugendverbänden zum Tragen, die ein erkennbares Problem mit Rechtsextremismus haben; dies kann im Einzelfall zum Ausschluss der betroffenen Personen führen. Die Umgangsstrategien orientieren sich also daran, ob es im Jugendverband ein akutes Rechtsextremismusproblem gibt. Werden die Verbände auf entsprechende Vorkommnisse aufmerksam, dann entwickeln sie auch konkretere Maßnahmen. Die Motive für einen Einsatz gegen Rechtsextremismus unterscheiden sich nicht. Alle



Befragten geben an, dass ihr Antrieb die Bewahrung der demokratischen Grundwerte ist; im Einzelfall geben hierfür historische Verpflichtungen oder christliche Werte den Ausschlag.

Die Antworten zur Frage, „Verhältnis zu den eigenen lokalen Gruppen/Vereinen“ zeigen, dass der Austausch zum Thema Rechtsextremismus maßgeblich von den bereitgehaltenen Umgangsstrategien abhängt. Die Beziehung zwischen Landesebene und Ortsebene ist von weiteren Faktoren abhängig, die nur zum Teil von den Interviewpartnern beeinflussbar sind. Erwähnt werden hier die Größe des Jugendverbandes, die personelle Ausstattung, die persönlichen Beziehungsnetzwerke und der Bekanntheitsgrad. Je größer der Jugendverband und je schlechter die personelle Ausstattung ist, desto weniger Kontakte gibt es mit der Basis. Die Beziehungsnetzwerke der Bildungsreferenten und Mitarbeiterinnen und ihr Bekanntheitsgrad können helfen, das Thema „Rechtsextremismus“ an die Basis heranzutragen.



RECHTSEXTREMISMUS IN HESSEN – BERICHTE AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die im Rahmen eines Antrags im Hessischen Landtag eingereichten 33 Stellungnahmen von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen, Institutionen und Akteuren zur „Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen“ (Drucksache 16/6708)¹³ geben Einblick, wie in Hessen der Rechtsextremismus wahrgenommen wird. Das Spektrum erstreckt sich von Vereinen, (Jugend-) Verbänden und Bürgerinitiativen über Stiftungen bis hin zu staatlichen Organisationen und wissenschaftlichen Institutionen. Anlass für den Antrag war die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie „Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“. In dieser Untersuchung wurde deutlich, dass rechtsextreme Einstellungen in allen Gesellschaftsschichten – auch „in der Mitte der Gesellschaft“ – existieren. Die folgende Übersicht zeigt die mitgeteilten Wahrnehmungen, Positionen und Forderungen.

¹³ Der Antrag wurde von der Landtagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen eingebracht und bezieht sich auf den Zeitraum von 12/06 – 04/07.

Einschätzungen

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau stellt fest, dass es „nur in einzelnen Regionen“ rechtsextremistische Tendenzen gibt. Aus der Wissenschaft und vom Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) kommen dagegen andere Stimmen; hier wird das Problem weitreichender wahrgenommen: „Rechtsextremismus ist besonders ein Problem in ländlichen strukturschwachen Räumen“, davon geht ein Marburger Wissenschaftler aus. Nach Angaben des Mobilen Beratungsteams (MBT) in Kassel ist vor allem in Nordhessen eine spürbare qualitative wie auch quantitative Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten zu erkennen.

Ein lokaler Brennpunkt wird vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (APABIZ e.V.) genannt; es ist die Nationale Wohngemeinschaft in Hochweisel; und eine Wissenschaftlerin aus Gießen weist auf diverse Burschenschaften in Marburg und Gießen hin. Der hessische Verfassungsschutz liefert in seiner Stellungnahme konkrete Hinweise und Daten. Im Bericht des Jahres 2006 ist nachzulesen, dass Rechtsextreme im ganzen Land aktiv sind. Die NPD und die Neonazis sind besonders im Raum Mittel- und Südhessen und im Rhein-Main Gebiet verbreitet; rechte Jugendcliquen existieren in Süd-, Mittel- und teilweise in Nordhessen.

Organisationen wie der Landesverband der GEW in Hessen und einige Wissenschaftler machen darauf aufmerksam, dass sich die rechtsextremistische Szene in den letzten Jahren spürbar verjüngt und qualitativ verändert hat. Bei immer mehr jungen Menschen wird eine zunehmende Akzeptanz und Gewöhnung, zum Teil auch Übernahme von rechtsextremen Orientierungen, Lebensbildern und der Kultur vermutet. Die Werbung rechtsextremer Parteien – unter anderem der NPD Hessen – um Jugendliche wird als gefährlich erachtet. Das von der Jugendorganisation der NPD (JN) ausgearbeitete so genannte „Vier-Säulen-Konzept“¹⁴ erwähnen in diesem Zusammenhang die GEW und die Wissenschaftler in ihren Stellungnahmen. Andere Akteure, z.B. die Fachstelle „Jugendschutz.net“, gehen auf den Generations-

14 „Vier-Säulen-Konzept“ der NPD: 1. Kampf um die Straße, 2. Kampf um die Köpfe, 3. Kampf um die Parlamente und 4. Kampf um den organisierten Willen. „Vier-Säulen-Konzept“ der JN: 1. Kampf um die Dörfer, 2. Kampf um die Schule, 3. Zusammenarbeit mit den Kameradschaften und 4. Intellektualisierung der Jugend.

wechsel und moderne Methoden, wie die Internetpräsenz und die Internetchats der NPD ein. In Bezug auf Kameradschaften wird ein Trend von einem offen erkennbaren Rechtsextremismus weg, hin zu einer alltagsnahen, jüngeren Bewegung beschrieben. Entgegen der landläufigen Meinung, Frauen seien nur eine marginale Größe in der rechten Szene, stellt der Verfassungsschutz in Hessen fest, dass der Frauenanteil mittlerweile 10 – 20% beträgt und vermutlich weiter steigt.

Der Bildungshintergrund der „Neonazis“ ist nach Angaben des APABIZ e.V. stark ausdifferenziert. Es wird darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Aktiven keineswegs „gescheiterte Existenzen“ sind, sondern aus gut situierten Verhältnissen stammen.

Außerdem wird von einer Veränderung der Bildungsniveaus ausgegangen. Zum Führungskreis der Kameradschaftsszene in Südhessen und im Rhein-Main-Gebiet gehören beispielsweise ein gutes Dutzend Personen mit akademischem Hintergrund.

Eine Zunahme an Gewaltdelikten durch Personen aus dem rechtsextremen Spektrum vermuten Vertreter von GEW, der DGB-Jugend und des MBT Hessen. Nach Angaben des Hessischen Verfassungsschutzes und des Hessischen Landeskriminalamtes kann ein Anstieg des Personenpotenzials und der erfassten Straf- und Gewalttaten festgestellt werden. Dies bekräftigt der Verein „Schule machen ohne Gewalt“ (SMOG) mit einem Verweis auf die Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums Osthessen. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kriminologischen Zentralstelle e.V. sieht im Gegensatz zur Mehrheit der Stellungnahmen in Hessen eine stagnierende Entwicklung der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) – im Vergleich mit anderen Bundesländern seien diese eher auf einem niedrigen Niveau. Er hält die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Hessen für ausreichend. Durch die Einrichtung des Aussteigerprogramms „Informations- und Kompetenzzentrums - Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ (IKARUS) habe das Land aus kriminologischer Sicht begrüßenswerte und zielführende Maßnahmen getroffen; Defizite im Bereich der PMK-Forschung seien nicht spezifisch für das Land Hessen.

APABIZ e.V. wirft den politisch Verantwortlichen in Hessen dagegen unzureichende Bemühungen im Kampf gegen Rechtsextremismus vor. Nach ihm bekommen antifaschistische und antirassistische Initiativen in Hessen so wenig Unterstützung wie in kaum einem anderen Bundesland. Es herrsche eine antiquierte Wahrnehmung der extremen Rechten vor, was sich unter anderem in unzureichenden Methoden der Bekämpfung widerspiegeln würde.

Aktivitäten gegen Rechts

Neben dem Hessischen Jugendring gibt es einige weitere Organisationen und Initiativen die sich mit dem Thema „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen. Diese bieten im Bereich der Prävention regelmäßig Seminare und Schulungen an. Zum Beispiel veranstaltet das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Projektstage für Jugendliche und junge Erwachsene, die im Rahmen von Schule und außerschulischer Jugendarbeit unterschiedliche Themen behandeln (wie z.B. Rassismus, Gewalt, Demokratie, Partizipation oder Zivilcourage). Andere Initiativen und Stiftungen, beispielsweise die Jugendbegegnungsstätte „Anne Frank“ in Frankfurt, bieten Beratung und Bildungsangebote für Personen, Gemeinden und Institutionen an, die sich mit dem Problem des Rechtsextremismus konfrontiert sehen. Andere Organisationen verknüpfen Antigewaltprogramme mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus: SMOG e.V. hat auf seinem Programm z. B. neben präventiven Angeboten unter anderem Antigewalttraining und ein Mentorenprogramm. Die evangelische Kirche Hessen Nassau hat ein breites Schulungsangebot für Haupt- und Ehrenamtliche, veranstaltet Fachtagungen und regionale Projekte gegen Rechts und ist in der Gedenkstättenpädagogik aktiv; Jugendverbände wie der Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) bieten interne Schulungen und kleinere Projekte an. Von staatlicher Seite aus wurde eine landesweite Netzwerkstelle aufgebaut. Das vom Hessischen Landeskriminalamt ausgehende Projekt IKARUS ist präventiv und intervenierend tätig. Neben der im Vordergrund stehenden Betreuung von Aussteigern aus der Rechten Szene, werden vom Projekt Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Schulen abgehalten.

Handlungsanregungen

Vertreter aus Kommunen, Wissenschaft und der verbandlichen Jugendarbeit fordern in ihren Stellungnahmen von allen politischen Ebenen eine stärkere ideelle und finanzielle Unterstützung. Der Hessische Jugendring setzt sich dafür ein, dass Jugendbildungsarbeit in Hessen finanziell gestärkt und gezielt gegen die Ausbreitung von rechtsextremen Tendenzen eingesetzt wird. Die im Zuge der Föderalismusreform wegfallenden Bundesförderungen müssten vom Land Hessen aufgefangen werden (SMOG e.V.). Das MBT schlägt vor, auch kleinere Organisationen und Bündnisse in die Finanzierung mit einzubeziehen. Ein Wissenschaftler ist der Meinung, dass Instrumente und Förderungen der Landespolitik nicht kurzfristig und anlassbezogen, sondern dauerhaft präventiv, bildend und intervenierend eingesetzt werden sollten.

Neben der Forderung nach einer verbesserten finanziellen Ausstattung der Akteure, die in der Bekämpfung des Rechtsextremismus aktiv sind, wird die Erhaltung von alternativen Jugendzentren hervorgehoben. Die GEW macht sich dafür stark, dass die Schließungen von Jugend- bzw. Erwachsenenbildungsstätten im Rahmen der Initiative „Operation sichere Zukunft“ der Hessischen Landesregierung wieder rückgängig gemacht wird.

Eine von fast allen Gruppen und Organisationen als notwendig empfundene Maßnahme stellt die Einrichtung der landesweiten Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus dar. Die Vorstellung über die konkrete Realisierung der Koordinierung erstreckte sich von vernetzenden bis hin zu intervenierenden Aufgaben. Mehrfach wird vorgeschlagen, sich an bereits bestehenden oder ausgelaufenen Projekten zu orientieren (z.B. dem Bundesprogramm CIVITAS mit seinen MBTs in Ostdeutschland oder der zentralen Informationsstelle in Schleswig Holstein).

Die Schule als einer der zentralen Orte von Bildung muss für das Problem des Rechtsextremismus sensibilisiert werden. Von den meisten Trägern wird aufgrund dessen die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte gefordert. Sie vermuten, dass es hier einen Wissensbedarf des Lehrpersonals über aktuelle Entwicklungen und Veränderungen im Bereich „Rechtsextremismus“ gibt. Der BDP plädiert für eine

verbesserte Ausbildung der Lehrer und Sozialarbeiter, z.B. in Form eines universitären Pflichtmoduls. Das Amt für Lehrerbildung (AfL) macht den Vorschlag, Mediations- und Demokratietrainings für Lehrkräfte, Schüler und Eltern durchzuführen. Ein Wissenschaftler und das Fritz Bauer Institut raten dazu, das Projekt „Demokratie lernen und leben“ zu evaluieren und auf Hessen anzuwenden. In einer offenen, verbesserten Schulkultur sieht der Wissenschaftler eine Möglichkeit der demokratischen Partizipation. Hier könnten Partizipations- und Verantwortungsräume geschaffen und Handlungs- und Anerkennungserfahrungen gemacht werden.

Für die Unterrichtsgestaltung werden konkrete Vorschläge gegeben. Im Fach „Geschichte“ sollte stärker auf die Interessen der Schüler eingegangen und nicht nur Daten und Fakten vermittelt werden. Der BDP warnt davor, das Fach Politik und Wirtschaft (PoWi) weiter zu entpolitisieren, statt dessen rät er dazu, die Politikvermittlung auszubauen.

Nicht nur in der schulischen Ausbildung, sondern auch in der Erwachsenenbildung ist die Thematisierung von hoher Bedeutung – das wird in einigen Stellungnahmen betont. Vor dem Hintergrund des Verschwimmens der Grenze zwischen rechtsextremen Sprüchen und verbalen Entgleisungen von Politikern „etablierter“ Parteien legt der Landesverband der jüdischen Gemeinden großen Wert auf eine verbesserte politische Bildung über das Jugendalter hinaus.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Problemfeld „Rechtsextremismus“ in Hessen von den einzelnen Organisationen, Verbänden und Institutionen zwar unterschiedlich wahrgenommen wird, aber es gleichzeitig eine relativ große Schnittmenge der einzelnen Akteure in der Bewertung von Präventions- bzw. Interventionskonzepten gibt. Als eine zentrale Forderung zeichnet sich die verstärkte ideelle, strukturelle sowie finanzielle Unterstützung der Beratungs- und Bildungsinfrastruktur ab: Ausbau und Erhaltung von präventiven Bildungs- und alternativen Jugendangeboten, Einrichtung einer landesweiten Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus; Sensibilisierung im Bereich „Schule“.

ZWÖLF REFLEXIONS- UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Aus den Erfahrungen der knapp zweijährigen Untersuchungs- und Qualifizierungsarbeit in den drei Kommunen können folgende Empfehlungen begründet werden. Sie verstehen sich als ein Beitrag zur Profilierung von Jugendverbandsarbeit und deren ehrenamtlichen Gruppenleitern gegenüber lokalen Rechtsextremismusphänomenen. Das gilt einerseits für die verbandliche Qualifizierung „nach innen“ und für realistische Handlungsstrategien in der Jugendverbandsarbeit; und die Empfehlungen zielen andererseits „nach außen“, auf eine Mitarbeit an einer aktivierenden Gemeinwesenarbeit, sich als Akteur der Zivilgesellschaft und von zivilgesellschaftlichem Engagement zu verstehen.

1. Zunächst ist festzuhalten: Ehrenamtliche Jugend(gruppen)arbeit von Vereinen und Verbänden ist in Kommunen aufgrund ihres jeweiligen „nützlichen“ Beitrages im kommunalen – u. a. politischen, sozialen, kulturellen, sportlichen, kirchlichen, gesellschaftlichen, helfenden – Leben geschätzt und anerkannt; die Jugendgruppenleiter sind mit ihrem ehrenamtlichen Engagement anerkannte und geachtete Bürger. Dies ist eine notwendige strukturelle, interaktive und personelle Voraussetzung, um in die junge Generation und das kommunale Leben hineinwirken zu können, gehört zu werden und sich Gehör zu verschaffen.

2. Das lokale Gruppenleben und die Angebote der Jugendverbände auf ihren unterschiedlichen Ebenen können für Jugendliche attraktiv, prägend und biografisch entwicklungsfördernd sein. Sie sind originelle und konkret-anschauliche Lern-, Bildungs- und Aufklärungsorte, in denen Jugendliche in ihrer Freizeit erreicht werden. Interesse an Themen (wie hier dem lokalen Rechtsextremismus) sensibel aufzunehmen, zu erschließen und anregende Lernangebote zu machen, das macht die Jugendverbände (auf allen Ebenen) zu einem unverwechselbaren und einzigartigen informellen Bildungs- und Lernort. Dies setzt wiederum ein hohes Qualifizierungsniveau der Ehrenamtlichen wie auch eine systematische und kontinuierliche Struktur der Aus- und Fortbildung in den Jugendverbänden – angeboten von der Landesebene mit ihrer Professionalität – voraus.

3. Bei vielen (nicht bei allen) ehrenamtlichen Jugendgruppenleitern aus dem Verbandsspektrum gab es ein großes Interesse sich mit dem Thema „Rechtsextremismus“ auseinander zu setzen. Es konnte ein Informations- und Diskussionsbedarf identifiziert werden, aber Jugendleiter haben vielfach wenig Wissen, kaum Erfahrungen und formulieren Unsicherheit in möglichen Thematisierungs- und Auseinandersetzungswegen. Die Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Themen und Herausforderungen war bisher kaum in das Selbstverständnis der lokalen Jugend(verbands)arbeit und in das Arbeitsrepertoire der Mitarbeiter integriert (es sei denn, es geht um verbandliche Interessen). Es ist deshalb empfehlenswert innerhalb von ehrenamtlichen Strukturen die Voraussetzungen für tragfähige Wege und Ebenen der Kommunikation und des vertrauensvollen Miteinanders auszuloten – so innerhalb eines Vereins (mit seinen Abteilungen), zwischen Vorstand, Jugendgruppe und Erwachsenenstruktur, zwischen Jugendgruppen, mit der Kommune und der Bürgerinitiative.

4. Es ist zu empfehlen, sich auf der Basis von überschaubaren Kooperationsstrukturen in und zwischen den verbandlichen Jugendgruppen (von Gruppenleitern, Interessierten) mit dem Thema zu befassen – ohne Konkurrenz, in einer angemessenen Gesprächskultur und in aller Offenheit. In vertrauensvollen Treffen und tragbaren Beziehungen sind Unkenntnisse, Unsicherheiten und unterschiedliche Interessen an dem Thema (und darüber hinaus) aufzunehmen; es können unterschiedliche Wahrnehmungen, Problemdefinitionen und Betroffenheiten (z.B. was der lokale Rechtsextremismus ist und was er bedeutet) miteinander geklärt werden. Solche „kleinen“ Arbeitszusammenhänge können häufig nicht regelmäßig und dauerhaft von den Jugendverbänden (auf Landesebene) professionell begleitet werden; aber eine professionelle Beratung und Begleitung durch eine regionale oder auch kommunale Professionalität trägt zum Gelingen bei. Hier sollte der Arbeits- und Beratungszusammenhang von Landesebene und kommunaler Ebene neu reflektiert werden und über den Zugang zu den Möglichkeiten der Beratung und Information in Hessen (z. B. das Landesprogramm „Beratungsnetzwerk Hessen. Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“) nachgedacht werden.

5. Das Engagement und die Engagementbereitschaft ist abhängig von konkreten Personen, die sich (pädagogisch und/oder politisch-anwaltlich) den Kindern und Jugendlichen in „ihren“ Gruppen verpflichtet fühlen. Das ist eine basale Voraussetzung, an der Beratung und Fortbildung anknüpfen können. Viele Jugendgruppenleiter haben unabhängig von ihrem Verband/Verein in ihrer Ausbildung/Fortbildung, in ihrem Beruf und durch ihr politisches Interesse wichtige Kompetenzen erworben, die sie befähigen, das Thema aufzugreifen. Deren Engagement – häufig als „Einzelkämpfer“ – gilt es zu unterstützen und zu ermutigen. In der Suche nach Orientierung und Halt kommt ihnen eine bedeutsame Rolle für Kinder und Jugendliche zu. Interessante und interessierte Erwachsene sind eine wichtige soziale Gruppe in Jugendverbänden(-gruppen), die Kindern und Jugendlichen im Prozess des Erwachsenwerdens prägende Erfahrungen und Erinnerungen vermitteln können.

6. In Fortbildungen für Jugendgruppenleiter gibt es – neben einer eigenen Betroffenheit und konkreten Herausforderungen in der Jugendarbeit – Erfahrungen, die zeigen, wie potenziell mit rechtsextremen Orientierungen (Äußerungen, Verhaltensweisen) umgegangen werden kann. In der Fortbildung kann dicht an den Möglichkeiten der Jugendgruppen orientiert der Umgang mit dem Thema „durchgespielt“ sowie Sicherheit gewonnen werden; hier kann erprobt werden, welche Argumente und Verhaltensweisen man einsetzen und wie man mit dem Thema umgehen würde. Es besteht die Möglichkeit weitere „Trainingskonzepte“ (z. B. im Rahmen der Juleica) für die lokale Gruppenarbeit zu erproben und Praxismaterialien zu entwickeln. (Politische) Bildung ist eine Möglichkeit, Probleme mit Rechtsextremismus zu bearbeiten und das kommunale demokratische Gemeinwesen zu stärken. Sie muss so gestaltet sein, dass Menschen zu eigenständigem Denken und Handeln befähigt werden und sich ihnen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit eröffnen.

Handlungsschritte

Im Rahmen der Qualifizierung von Jugendgruppenleitern aus der Hessischen Jugendfeuerwehr zum Thema „Rechtsextremismus in Hessen“ wurden von den Teilnehmern folgende acht Empfehlungen bzw. Handlungsschritte erarbeitet. Sie zeigen exemplarisch, welche Wege und Formen der Thematisierung bzw. Auseinandersetzung gesehen werden.

Bei rechten Äußerungen von einzelnen Jugendlichen oder Gruppen solle man die Situation ausloten und überprüfen, was hinter einer Parole oder einer „Tat“ steckt.

Mit der Person, die das Statement geäußert hat, ein persönliches Einzelgespräch führen und Grenzen setzen; zudem soll die Unvereinbarkeit mit den Vereinszielen aufgezeigt werden.

Gegebenenfalls sollte ein Gruppengespräch geführt und die Gruppe sensibilisiert werden (möglichst außerhalb der Übungszeiten).

Die Eltern, der (Vereins-)Vorstand und ggf. auch externe Fachleute sollten einbezogen und gefragt werden.

Konsequenzen sollten angedroht und begründet werden.

Ausweg aus der rechten Szene aufzeigen („Es geht auch anders“, positives Zureden für den Ausstieg).

Die sechs Punkte sehen die Teilnehmer bei Jugendlichen angebracht, deren Orientierung nicht gefestigt ist und die nicht organisiert sind. Dann formulierten sie weiter:

Resolution im Verein/ Satzungsänderung

Androhung des Ausschluss der Person(en)

7. Die Jugendgruppenleiter formulieren durchweg ihren präventiven und demokratiebildenden Beitrag. Der gelebte demokratisch-partizipative Alltag und die Stärkung von verbandlichen Jugendkulturen sind somit ein wichtiger Beitrag in der Verhinderung und Bekämpfung einer rechten Jugendkultur und von demokratiegefährdeten Tendenzen. Darin liegt ein zentrales und besonders akzentuiertes (in der langen Tradition der Jugendverbände und durch biografisch prägende Erfahrungen im Verband immer wieder begründetes) Interesse der Teilnehmer bei den Qualifizierungs- und Beratungstreffen. Die lokale Präsenz einer rechten Jugendszene mit ihren Treffpunkten ist in zweierlei Richtung eine besondere Herausforderung: einerseits, sich in der „Konkurrenz“ um die junge Generation mit der rechten Jugendszene auseinander zu setzen und andererseits über die Attraktivität der eigenen Jugendarbeit nachzudenken. Dabei ist zu beachten, sich die Themen nicht vorgeben zu lassen und reaktiv „Jugendarbeit gegen...“ zu machen, sondern eine attraktive „Jugendarbeit mit...“ und „Jugendarbeit für...“ nach vorne zu machen. Es

sind die vielen guten und unspektakulären Ansätze, Aktivitäten und Beziehungen sowie eine fachlich kompetente und kontinuierliche Jugendarbeit, die Kinder und Jugendliche in Verbandsgruppen einbinden und deren soziale und moralische Kompetenzen fördern.

8. Lokale Jugendgruppen mit ihren ehrenamtlichen Gruppenleitern spielen hinsichtlich der jungen Generation eine bedeutsame Rolle und sind gleichzeitig im kommunalen Leben ein zivilgesellschaftlicher Akteur unter anderen Gruppen (Erwachsenenverbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Arbeitgeber etc.). Zwei Ebenen sollten beachtet werden, um lokale Jugendgruppen bzw. Gruppenleiter möglichst erfolgreich für demokratisch-zivilgesellschaftliches Engagement zu gewinnen: Die Rückendeckung, Unterstützung und Förderung von Seiten der jeweiligen Erwachsenenverbände und dann von Seiten der kommunalen Politik (Bürgermeister, Verwaltung, Parteien). Darüber hinaus stellt sich bei einem kommunalen Bündnis (Bürgerinitiative, Netzwerk) die Frage, wie eine Mitarbeit und eine mitgestaltende kommunale Öffentlichkeit aussehen kann. Meist sind Bürgerinitiativen – so auch in den drei hier untersuchten Kommunen – federführend in der kommunalen Auseinandersetzung; von ihnen gehen Öffentlichkeit, Aktivitäten und Mobilisierung aus. In einer Kooperation und „Bündelung der Kräfte“ können Jugendverbandsgruppen ihre eigenen kreativen Potenziale bei öffentlichen Aktivitäten einbringen und in der Entwicklung einer lebendigen demokratischen politischen Kultur auf der Ebene von Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten. Das haben die Aktivitäten auf dem „Marktplatz von Gladenbach“, der „Mitternachtssport“ in Hoch-Weisel und das „Engagement für die Jugend“ in Kirtorf anschaulich gezeigt.

9. Neben den Möglichkeiten der pädagogischen und kommunal-zivilgesellschaftlichen Thematisierung und Auseinandersetzung ist – das zeigen mehrere Beispiele aus den drei Kommunen – eine verbandspolitische und öffentliche Positionierung von Bedeutung. Beschlüsse auf Gremienebene (Vorstand, Mitgliederversammlung) und eindeutige Satzungsregelungen markieren das eigene demokratische Selbstverständnis und die Grenzen, nach denen (rechts)extremistische Orientierungen und Mitgliedschaften nicht geduldet werden. Das ist sowohl eine

wichtige Botschaft an die eigene Mitgliedschaft als auch an die kommunale Politik und Zivilgesellschaft.

10. Ehrenamtliches Engagement (der Jugendverbände) darf nicht überfrachtet (überfordert) oder gar instrumentalisiert werden. Es ist Teil einer breiten politischen, rechtlichen und auch pädagogischen Auseinandersetzung, die mit unterschiedlichen Zuständigkeiten verbunden ist. Es muss im realistischen Zusammenhang mit anderen Zuständigkeiten und Akteursgruppen der jeweiligen politischen Ebenen (Kommune, Landkreis, Land) gesehen werden: der Politik und Behörden, der Polizei und Justiz, den Schulen und der sozialen Arbeit, den Medien und der öffentlichen Kommunikation, der Vielfalt der Zivilgesellschaft.

11. Es gibt keine Patentrezepte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und zu berücksichtigen sind immer die lokalen Gegebenheiten. Daher sind die lokalen Jugendverbandsgruppen herausgefordert im jeweiligen kommunalen Kontext (und zu erstellenden Problemanalysen) selbst zu entscheiden, welche Thematisierungswege sie gehen wollen, welche Prozesse und Aktivitäten sie tragen und unterstützen können und wo ihre Möglichkeiten und Grenzen liegen.

12. Vier Hinweise markieren die Richtung und zeigen den Klärungsbedarf, wenn Thematisierungs- und Auseinandersetzungswege erfolgreich sein sollen: Erstens ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Problem Rechtsextremismus – ohne enge Fixierung auf das Thema – nötig; zweitens ist eine angemessene Qualifizierung hervorzuheben; drittens geht um die Befähigung der Zielgruppen (hier waren es Jugendgruppenleiter), sich eine eigene Bewertung der Problemlagen zu erarbeiten und selbständig Lösungswege zu entwickeln; viertens ist eine Einbettung der Thematisierung und der Aktivitäten in das soziale Umfeld (Politik, Zivilgesellschaft) geboten.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

- Decker, O. u.a.: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin 2008
- DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. (Hg.): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, Erfurt 2005
- Feldmann-Wojtachnia, E. (Hrsg.): Praxishandbuch „Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit“ – Seminarbausteine zur bewussten Auseinandersetzung mit Identität und Toleranz, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2008
- Frölich, M./Hafeneger, B./Kaletsch, C./Oppenhäuser, H. (Hrsg.): Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen, Brandes & Apsel, Frankfurt am Main, 2007
- Glaser, S./Pfeiffer, T. (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Hintergründe, Methoden, Praxis der Prävention, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2007
- Hafeneger, B./Becker, R.: Rechte Jugendcliquen. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2007
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände (Folge 1-6), Sührkamp, Frankfurt/M., 2003-2008
- Hufer, K. P.: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2001
- Hufer, K. P.: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2006
- Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.): Rechtsextremismus – was heißt das eigentliche heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage, Prävention für Schule und Bildungsarbeit, Brandes & Apsel, Frankfurt am Main, 2003
- Lynen von Berg, H./Palloks, K./Steil, A.: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Juventa, Weinheim und München 2007
- Lynen von Berg, H./Roth, R. (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet, Leske + Budrich, Opladen, 2003
- Molthagen, D, Klärner, A., Korgel, L., Pauli, B., Ziegenhagen, M. (Hg.): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie, Dietz-Verlag, Bonn, 2008
- Palloks, K./Steil, A.: Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen, Juventa, Weinheim und München 2008
- Virchow, F./Dornbusch, Chr. (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauungen, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts., 2008



zusammen



Gegen Gewalt, Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus
Jugend für Zivilcourage

Gefördert aus dem Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ der Bundesregierung 2001

www.hessischer-jugendring.de

Diese Dokumentation zeigt neuere Praxisansätze für ein Engagement der Jugendverbände gegen rechtsextreme Versuche, die auf Kinder und Jugendliche abzielen.

Rechtsextreme agieren in modernisierter Art und Weise mit Musikproduktionen und Schulhof-CD's, Rechtsextreme zeigen sich offen mit Schmähschriften oder treten mit unsäglichen Beiträgen in Parlamenten auf. Jugendliche werden über den Versandhandel, in Läden und mit Publikationen versorgt und provoziert.

Die hier vorgelegten Untersuchungen zeigen den Umgang von Jugendgruppen mit rechtsextremen Aktivitäten im Vogelsbergkreis, im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Wetteraukreis. Die Ergebnisse sind exemplarisch zu verstehen. Das Projekt stellt keine Jugendverbandsstudie auf Landesebene dar.

Die Jugendverbände und der Hessische Jugendring setzen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf den Dreischritt: professionelle Intervention bei akuten Krisen, langfristige Qualifizierung im Umgang mit Rechtsextremismus sowie Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung zur Stärkung von Jugendlichen in ihrem Demokratieverständnis und ihrer Zivilcourage. Die Dokumentation plädiert für eine stärkere Befassung mit Jugendgruppen im kommunalen Raum.

Bisherige Ansätze in der Qualifizierungsarbeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, wie durch politische Bildung, durch Gedenkstättenfahrten oder die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust, sind neu zu reflektieren und mit sozialen und politischen Kompetenzangeboten für Alltagssituationen zu aktualisieren.

ISBN 3-929601-24-9



Arbeiter-Samariter-Jugend
Arbeitsgemeinschaft
Jugend für Umwelt Hessen
Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Bund der Pfadfinderinnen
und Pfadfinder
Bund Deutscher Pfadfinder-
Innen
Bund kultureller Jugend
DAG-Jugend
Deutsche Beamtenschaftjugend
Deutsche Jugend in Europa
Deutsche Philatelisten-Jugend
Deutsches Jugendrotkreuz
Deutsche Wanderjugend
DGB-Jugend
DLRG-Jugend Hessen
Evangelische Jugend Hessen
Hessische Landjugend
Hessische Jugendfeuerwehr
Hessische Stenografenjugend
Jugendwerk der
Arbeiterwohlfahrt
Arbeitsgemeinschaft der
Jugendwerke Evangelischer
Freikirchen in Hessen
Landesmusikjugend Hessen
LAG JUPP 21
Naturfreundejugend
Ring junger Bünde Hessen
SJD - Die Falken
Solidaritätsjugend
Sportjugend Hessen
THW-Jugend Hessen